

spw

Heft 220

Ausgabe 3 - 2017 | 7,00 Euro

Aktuelle Kapitalismusanalysen – neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung?!

Benjamin Mikfeld, Thilo Scholle
Debatten über Kapitalismus und gesellschaftliche
Transformation – aktuelle Schlaglichter

Arno Brandt
Digitaler Kapitalismus – Dynamiken, Potenziale, Monopole

Philipp Staab
Souveränität im digitalen Kapitalismus

Mechthild Schrooten
Shareholder-Kapitalismus wird uns noch länger begleiten



Uwe Kremer	
Kurzum	4

MEINUNG

Mohammed Afridi	
Wie Corbyn das Unmögliche möglich machte.....	5

Timo Grunden, Sascha Vogt	
Die Chance nutzen	8

Gülistan Gürbey	
Nach dem Referendum: Innen- und außenpolitische Perspektiven der Türkei	10

Mathieu Pouydesseau	
Demokratie oder Bonapartismus: Die Ermüdung der Demokratie in Frankreich und der Tod der Parti Socialiste	14

Joachim Schuster	
Europäische Politik statt deutsche Dominanz	17

Ernst Dieter Rossmann, Behrang Samsami	
Die Autokraten, der autoritäre Charakter und der Kampf um Liberalität, Weltoffenheit und Humanität	21

SCHWERPUNKT: AKTUELLE KAPITALISMUSANALYSEN – NEUER KAPITALISMUS IM ZEITALTER DER DIGITALISIERUNG?!

Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder, Thilo Scholle	
Einleitung zum Schwerpunkt.....	25

Benjamin Mikfeld, Thilo Scholle	
Debatten über Kapitalismus und gesellschaftliche Transformation – aktuelle Schlaglichter.....	28

Arno Brandt	
Digitaler Kapitalismus – Dynamiken, Potenziale, Monopole	39

Philipp Staab	
Souveränität im digitalen Kapitalismus	48

Mechthild Schrooten	
Shareholder-Kapitalismus wird uns noch länger begleiten.....	55

Rainer Land	
Postwachstum versus Entwicklung – Ist eine ökologische Kapitalverwertungs-wirtschaft denkbar?.....	60

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise

Stichwort Wirtschaftspolitik: Das Reflektionspapier der EU-Kommission
zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion..... 67

Michael Reschke

Die aktuelle Zahl: 4 Eckpunkte..... 69

Reinhold Rünker

Circular Economy und Zirkuläre Wertschöpfung – Für eine moderne Industrie
im 21. Jahrhundert..... 70

Jörg Deml

Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung..... 77

Thilo Scholle

Rezensionen: Jenny Marx / Heinrich Heine 81

Thilo Scholle

Rezension: Transformation – Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs 83

PERSONEN & POSITIONEN

Hilde Mattheis

DL 21 Aktuell: Mut zu Rot-Rot-Grün 85

Meldungen: WSI-Studie – Nicht nur mehr Geld: Arbeitsbedingungen und
Arbeitszufriedenheit von Niedriglohnbeschäftigten mit Mindestlohn verbessert..... 86

Meldungen: Online-Artikel von Michael Vester: Der Kampf um soziale Gerechtigkeit:
Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung..... 87

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg), Klaus Dörre (Jena), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Oliver Kaczmarek (Kamen),
Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Benjamin Mikfeld (Berlin),
Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weller), Florian Pronold (Deggendorf), René Rösper (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn),
Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Michael Vester (Hannover), Felix Welti (Lübeck),
Thomas Westphal (Dortmund).

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann,
Katharina Oerder, Max Reinhardt, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Chefredaktion

Stefan Stache

Titelfoto: © v.poth - Fotolia.com

Kurzum | von Uwe Kremer

Der in den vergangenen 20 Jahren abgelaufene und wohl als historisch zu bezeichnende Zerfallsprozess der internationalen Sozialdemokratie ist mit den Wahlbewegungen in Großbritannien und Frankreich in ein spannendes und auch Mut machendes Stadium getreten. Bei aller Gegensätzlichkeit haben wir es mit nach vorne gerichteten Neugründungen und Umwidmungen zu tun, in denen die bisherige Sozialdemokratie aufgeht. Was allemal besser ist als die Hoffnungslosigkeit, die etwa von den Entwicklungen der niederländischen oder der österreichischen Sozialdemokratie ausgeht.

Im französischen Fall steht die Eingliederung in einen neuen sozialliberal-konservativen Block im Mittelpunkt (ein „Merkelismus a la France“ mit Ähnlichkeiten zur Demokratischen Partei in Italien). Beunruhigend ist die aktuelle Demoralisierung weiter Teile der Wählerschaft, die sich durch dieses Zentrum nicht vertreten fühlen – mit allen Risiken für das demokratische Gefüge. Umso wichtiger ist es, dass es auch links von „en marche“ zu einer neosozialistischen Neuformierung kommt.

Im britischen Fall handelt es sich um einen gerade wegen aller Widrigkeiten tiefgreifenden Umbruch in der britischen Linken, in dessen Zentrum weiterhin die Labour Party steht – aber als eine ganz andere (zugleich Europas mitgliederstärkste) Linkspartei, der im Wahlkampf nunmehr der „schlachtentscheidende“ Brückenschlag zwischen

- den in ihrer Frustration vielfach zu nationalpopulistischen Positionen neigenden unterprivilegierten Schichten und
- den überwiegend gut ausgebildeten, in ihren Lebenswegen aber bedrohten, nach sinnstiftenden Perspektiven suchenden und hierbei europa- und weltoffenen jungen Menschen

gelingen ist. Dies wurde möglich durch eine Betonung gemeinsamer Interessen und Sichtweisen (gut zusammengefasst im Labour-Manifesto) und einen glaubwürdigen mitmensch-



⇒ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

lichen und unpräzisen Gestus, einen – wenn man so will – „empathischen Sozialismus“.

Und in Deutschland? Mit dem Antritt von Martin Schulz war die Chance verbunden, den politischen Raum auch in Deutschland zu öffnen und die Sozialdemokratie neu zu erfinden. Dies ist – zumindest im ersten Anlauf – gründlich verweigert worden. Es gab nicht nur eine kaum zu überblickende Anzahl von Fehlern, die sich mit atemberaubender Geschwindigkeit verknüpften. Mit dem Schulz-Hype wurde auch eine erschreckende Selbstgefälligkeit und Selbsttäuschung in weiten Teilen der Partei sichtbar, die sich (ohne Martin Schulz) auch im Wohlfühlwahlkampf in NRW zeigte.

Nun haben die politischen Verhältnisse in Deutschland mit ihren immer noch obwaltenden Kontinuitäten viel mit den Erfolgen des wirtschaftlichen „Germany first“-Modells zu tun. Im Grunde genommen meint man in der SPD wohl, dass die Geschäftsgrundlage für einen politischen Wiederaufstieg damit eigentlich noch immer da sei. Entsprechend gering ist die Bereitschaft, die eigene Rolle radikal zu durchdenken und sich auf Umbrüche in Struktur und Stil, Personal und Programmatik auch und gerade dann einzulassen, wenn sie mit Risiken behaftet sind und nicht sofort politisch belohnt werden. Dabei ist diese Mutlosigkeit auf lange Sicht das, was politisch offenbar am wenigsten belohnt wird.

Kurzum: Die deutsche Sozialdemokratie ist gut beraten, sich auf (auch in wirtschaftlicher Hinsicht) andere Zeiten einzustellen und sich in ihrer Rolle rechtzeitig neu zu erfinden – insbesondere als Brücke zwischen dem Alltag um Wohlstand und Anerkennung kämpfenden sozialen Schichten und den nach sinnstiftenden Perspektiven suchenden progressiven jungen Menschen. ■

Wie Corbyn das Unmögliche möglich machte

von Mohammed Afridi

Innerhalb von nur acht Wochen hat die britische Labour-Partei unter Jeremy Corbyn eines der spektakulärsten Comebacks in der Geschichte der britischen Politik hingelegt. Dies sollte der neuen Linken in ganz Europa als Zeichen der Hoffnung dienen.

In Folge des Schock-Ergebnisses des ‚Brexit‘-Referendums im letzten Jahr, als 52 Prozent des Landes dafür stimmten, die EU zu verlassen, stürzte die britische Politik ins Chaos. Auf Seiten der politischen Rechten wurde Premierminister David Cameron – der das Referendum aus taktischen Beweggründen ausgerufen hatte, um die UKIP¹ und den rechten Flügel seiner eigenen Partei in Schach zu halten – gedemütigt und sah für sich keine andere Option als zurückzutreten. Auf der Linken witterten jene innerhalb der Labour-Partei, die den revoltenhaften Aufstieg Jeremy Corbyns und seine Spielart des Sozialismus abgelehnt und bekämpft hatten, eine Chance, ihn für das Ergebnis verantwortlich zu machen und lancierten innerhalb weniger Stunden einen koordinierten Coup, in dessen Folge Corbyn von 80 Prozent der Abgeordneten seiner eigenen Fraktion das Misstrauen ausgesprochen wurde.

Im Gegensatz zu Cameron weigerte sich Corbyn jedoch zurückzutreten und stellte sich stattdessen einer erbittert umkämpften Wahl um den Parteivorsitz. Das ganze Land schaute dabei zu, wie sich die Linke selbst zerfleischte, während die Rechte still und leise taktierte. Interne Machtkämpfe sorgten dafür, dass sich Theresa Mays innerparteiliche Gegner selbst aus dem Rennen nahmen und sie ersetzte David Cameron sowohl als Vorsitzenden der Konservativen Partei als auch als Premierminister.

Während eine gesplante Labour-Partei in den Umfragen abstürzte, legten die Konservativen zu. May wurde schnell zu einer der beliebtesten PremierministerInnen in der modernen britischen Politik und ihr Vorsprung gegenüber Corbyn wuchs auf über 25 Prozentpunkte an.



☞ Mohammed Afridi ist Momentum-Aktivist und ehemaliger Leiter des Fundraisings für Jeremy Corbyn.

Foto: privat

Im Februar hatten die Konservativen das Land fest im Griff und Mays Popularität wuchs weiter. Obwohl sie dem Land versichert hatte, dass sie genau das nicht tun würde, rief Theresa May im April vorgezogene Neuwahlen aus. Öffentlich erklärte sie, die knappe Mehrheit von 14 Sitzen, über die ihre Regierung im Parlament verfügte, sei kein ausreichendes Mandat, um ihren Brexit-Kurs durchzudrücken. Im Stillen wusste sie, dass dies ihre Chance sein würde, ihre politischen Gegner zu dezimieren. Wenn man den ExpertInnen Glauben schenken konnte, steuerten die Konservativen auf eine Mehrheit von 100 Sitzen zu.

Für Corbyn war die Wahl gleichbedeutend mit einem Referendum über seine Parteiführung. Falls die ExpertInnen Recht behalten sollten und die Konservativen es schaffen würden, Labour auf eine Handvoll Abgeordnete im Parlament zu reduzieren, wäre dies das Ende des Corbyn-Projektes und das Ende des Sozialismus in der britischen Politik gewesen.

Zwei Jahre lang hatte sich Corbyn im Dauerwahlkampf befunden, um seine linke Politik zu verteidigen. Er hatte es entgegen aller Erwartungen geschafft, zum Vorsitzenden der Labour-Partei gewählt zu werden; im Vorfeld der Brexit-Abstimmung hatte er an mehr Pro-EU-Demonstrationen teilgenommen als jedes andere Mitglied seiner Partei. Als er sich zum zweiten Mal um den Vorsitz bewarb überstand er boshafte Attacken aus den Reihenseiner eigenen Partei. Nun war er bereit, den Kampf mit den Konservativen aufzunehmen.

Corbyn beugte sich dem Druck aus der eigenen Partei nicht und weigerte sich, in Richtung der po-

1 UK Independence Party

litischen Mitte zurückzuweichen. Er machte sozialistische Positionen zum Eckpfeiler seiner Politik. Er veröffentlichte ein mutiges Wahlprogramm und forderte ein Ende der Austeritätspolitik, die Renationalisierung angeschlagener Industrien und massive staatliche Investitionen in die Wirtschaft. Seine KritikerInnen bezeichneten das Wahlprogramm als politischen Abschiedsbrief. Die Öffentlichkeit jedoch erkannte – nachdem ihr jahrzehntelang eingeredet worden war, Verzicht und Kürzungen seien der einzige Weg nach vorne –, was das Programm tatsächlich war: die Chance auf eine bessere Zukunft.

Die Konservativen, die sich hinter Theresa May versammelt hatten, starteten eine Wahlkampagne mit an Fokusgruppen getesteten Parolen. Sie verpassten der Partei unter dem Titel ‚Team Theresa‘ ein neues Image, in der Hoffnung, aus ihrer Popularität Kapital zu schlagen. In Anlehnung an das „*Make America Great Again*“ der Trump-Kampagne, wiederholten sie die immer gleichen Standardphrasen, um Mays Führungsqualitäten hervorzuheben und beschrieben sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit als „*Strong and Stable*“ (stark und standhaft). Sie betrieben Wahlkampf mit einem einzigen Thema – dem Brexit. Ihre Argumentation war einfach: Es sei Corbyn nicht zuzutrauen, Europa die Stirn zu bieten und einen echten Brexit zu liefern.

Zunächst schien die Taktik der Konservativen aufzugehen. Aber im Laufe der Wochen begann Mays Unfähigkeit, ein Thema zu diskutieren, ohne dabei in hohle Phrasen zu verfallen, die Menschen zu desillusionieren. Mays Berater versteckten sie vor der Öffentlichkeit, sie weigerte sich, die Fragen von JournalistInnen zu beantworten und ihr Ruf als besonnene, bedachte Politikerin wandelte sich schnell in das Bild eines Roboters, der nicht sprechen kann, ohne sich dabei auf Schlagworte zu stützen.

Als die Konservativen ihr Wahlprogramm veröffentlichten, schien dies allein darauf ausgerichtet zu sein, die Basis des rechten Parteiflügels zu beschwichtigen. In Mays Programm war die Rede davon, die Fuchsjagd wieder zu erlauben, kostenlose Mahlzeiten für Schulkinder zu streichen und SeniorInnen das Eigenheim wegzunehmen, um für ihre Betreuung und Pflege im Alter zu zahlen. Das Wahlprogramm war weitgehend frei von Kos-

tenkalkulationen und dort, wo es zur Untermauerung der vorgeschlagenen Maßnahmen Zahlen enthielt, erwies sich ein Großteil der Rechnungen als fehlerhaft.

Das öffentliche Misstrauen gegenüber May wuchs und auf einmal wirkte Corbyn mehr und mehr staatsmännisch. Während May sich vor der Öffentlichkeit versteckte, trat Corbyn bei Massenkundgebungen auf, die derartige Menschenmengen anzogen, dass sie eher an Musikfestivals erinnerten als an politische Veranstaltungen.

Dann, inmitten des Wahlkampfes, ereignete sich eine nationale Tragödie. Ein verblendeter, niederträchtiger kleiner Wicht attackierte ein Popkonzert in Manchester und griff gezielt Frauen und Kinder an. Alle politischen Parteien setzten den Wahlkampf aus und betrauernten geschlossen den sinnlosen Verlust von Menschenleben.

Nach dem Angriff richtete May ihre Aufmerksamkeit auf die muslimische Minderheit und verlangte von dieser, mehr zu tun, um dem Terror etwas entgegenzusetzen. Sie benutzte die Attacke, um weitere staatliche Eingriffe in die Privatsphäre zu rechtfertigen und eine Regulierung des Internets zu fordern.

Corbyn hingegen machte seine Grundüberzeugungen unmissverständlich klar und lenkte den Fokus der Debatte auf die Innen- und Außenpolitik. Er fragte, wie die Regierung behaupten könne, die Menschen zu beschützen, während sie doch im Namen der Sparpolitik zehntausende Stellen bei der Polizei gekürzt hatte. Er forderte einen Wandel in der Außenpolitik und stellte klar, dass wir nicht weiter Länder bombardieren können, ohne zu wissen, wie wir ihnen dann beim Wiederaufbau helfen können. Seine Botschaft war klar: Der Krieg gegen den Terror funktioniert nicht, und die Austeritätspolitik macht Großbritannien verwundbar und anfällig für Angriffe.

Als Details über den Angreifer die Öffentlichkeit erreichten, wurde deutlich, dass Mays Argumentation nicht aufrecht zu erhalten war. Die muslimische Gemeinschaft, in der der Angreifer gelebt hatte, hatte ihn fünf Mal der Polizei gemeldet. Als das Land abermals attackiert wurde, nun in London, offenbarten Gutachten, dass einer der

Angreifer nicht nur der Polizei bekannt war, sondern zudem in einer Fernsehdokumentation über angehende Jihadisten einen Auftritt gehabt hatte.

Mays Argumentationslinie fiel zunehmend in sich zusammen und Corbyn erschien einmal mehr als logische, vernünftige Alternative zum rechten Rand. Dort, wo May sich der alten Politik der Spaltung bediente, bot Corbyn echte Lösungen an.

Corbyn führte den Wahlkampf auf der Grundlage seiner sozialistischen Politikansätze, die er der Öffentlichkeit bei jeder Gelegenheit vortrug und erklärte. Unterstützt wurde er von der *Momentum*-Organisation², die moderne Technologien, Soziale Medien und einen neuen Ansatz für den Wahlkampf vor Ort einsetzte, den sie von der Bernie Sanders-Kampagne in Amerika übernommen hatte, um zehntausende Menschen zu mobilisieren und mit ihrer Hilfe an Millionen von Türen zu klopfen. Videos, die *Momentum* in den Sozialen Medien veröffentlichte, erreichten fast ein Drittel der NutzerInnen Sozialer Medien im Vereinigten Königreich. Die Botschaft war hoffnungsvoll, aufrichtig und erinnerte die Menschen daran, dass es richtig ist, nach einer besseren Zukunft zu streben. Corbyn begeisterte Millionen von Menschen mit einer echten Alternative zur Austeritätspolitik, die die britische Politik ein Jahrzehnt lang dominiert hat.

Trotz seiner phänomenalen Kampagne, trotz der von *Momentum* gestützten sozialen Bewegung in seinem Rücken, trotz des rapiden Anstiegs der Registrierung junger Menschen zur Wahl und ungeachtet seines Aufstiegs in den Umfragen, glaubten immer noch viele, die Wahl sei bereits entschieden, ein aussichtsloser Fall. In der Wahlnacht warteten die Leute darauf zu erfahren, ob Corbyn den Niedergang der Linken aufhalten könnte. Die Frage war, ob er zehn oder 110 Sitze im Parlament verlieren würde.

Aber als die Ergebnisse verkündet wurden, war klar, dass Corbyn, Labour und *Momentum* erreicht hatten, was viele für unmöglich gehalten hatten. Die Labour-Partei erlebte den größten Zuwachs an Sitzen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten konnte Labour

Mandate hinzugewinnen. Die Mehrheit der Regierung im Parlament fiel in sich zusammen. Die Labour-Partei erhielt nicht nur viele der Sitze zurück, die sie während ihres Schwenks in die Mitte verloren hatte, sondern sie gewann auch neue hinzu. Kensington und Chelsea, einer der reichsten Bezirke des Landes, färbte sich zum ersten Mal in seiner Geschichte rot. Traditionelle Hochburgen der Konservativen wie Canterbury schwenkten um zu Labour. Die Jungen strömten in Rekordzahlen in die Wahllokale, um zum ersten Mal ihre Stimme abzugeben. Viele der WählerInnen, die Labour an die UKIP verloren hatte, kehrten zur Partei zurück. Überall im Land war der Umschwung zu Labour bemerkenswert. Insgesamt gewann die Partei 30 Sitze hinzu und die Regierungspartei, die gehofft hatte, 100 Sitze hinzuzugewinnen, verlor 13. May müht sich nun ab, eine Allianz mit der stramm rechten christlichen DUP³ aus Nordirland zu formen, die Abtreibungen und LGBT-Rechte ablehnt und deren Wahlprogramm sich am besten als eine Art Bibel mit wöchentlicher Müllabholung umschreiben lässt.

Corbyn hat seinen KritikerInnen getrotzt, er hat allgemein anerkannten Auffassungen getrotzt, und er hat die ExpertInnen sprachlos zurückgelassen. Er hat eine Kampagne auf Basis seiner Grundüberzeugungen geführt und den Gedanken wiederbelebt, dass die Regierung ein Vehikel für einen positiven Wandel sein kann. Er hat für eine sozialistische Politik gekämpft – für den Grundgedanken, dass die Interessen der Vielen über den Interessen weniger Reicher stehen sollten.

Labour und Corbyn mögen diese Wahl verloren haben, aber die Wiederauferstehung der Partei ist ein Sieg für sich, und wenn heute eine weitere Wahl ausgerufen würde, könnte Labour zuversichtlich sein, diese zu gewinnen. Für Corbyn und die Linke bedeutet das Wahlergebnis Rehabilitation. Für seine KritikerInnen – insbesondere für die verlorenen Söhne und Töchter, die Blairs Drittem Weg anhängen – bedeutet es, dass die Idee, dass man mit einem tatsächlich sozialistischen Programm eine nationale Wahl gewinnen kann, nicht länger abgetan werden kann – der demokratische Prozess hat das zur neuen allgemein anerkannten Auffassung werden lassen. ■

2 Momentum setzt sich für Jeremy Corbyn ein und unterstützt seine politischen Positionen innerhalb von Labour.

3 Democratic Unionist Party

Die Chance nutzen

von Timo Grunden und Sascha Vogt¹

Das Wahlergebnis vom 14. Mai ist eine bittere und in Teilen unnötige Wahlniederlage für die NRW-SPD. Der schlechte zweite Platz, der Verlust der Staatskanzlei und der Gang in die Opposition sind die unmittelbaren Folgen einer Kampagne, die offensichtlich an der Stimmung im Land vorbeiging. Doch das allein erklärt die Verluste nicht in Gänze. Es gibt auch strukturelle Gründe für das schlechteste Wahlergebnis seit 1947. Die NRW-SPD macht sich nun auf den Weg der Erneuerung.

Am Ende fehlten knapp 150.000 Stimmen. Die SPD hätte stärkste Partei werden können, hätte ihre Kampagne die Stimmung im Land aufgegriffen:

Die NRW-SPD ging mit einem deutlichen Vorsprung in die heiße Wahlkampfphase. Das SPD-Potential war erwacht und für sozialdemokratische Botschaften offen. Doch genau zu diesem Zeitpunkt, als sich die meisten WählerInnen erst näher mit der Wahl und landespolitischen Themen beschäftigten, als sie konkrete Problemlösungen und Zukunftsangebote verlangten, erhielten sie von alledem – nichts. Aus demoskopischen Erhebungen hätte man wissen können, dass die WählerInnen in NRW bei allen Stärken auch die Probleme des Landes wahrnehmen: bei Schule, Inklusion, Innerer Sicherheit und Sozialer Ungleichheit. Im Februar 2017 trauten sie der SPD aber noch eher als der CDU zu, diese Probleme zu lösen. Hier hätte man ansetzen können. Stattdessen setzte die NRW-SPD auf bunte und unpolitische Fröhlichkeit: „NRWIR Rabauken, Schlaumeier und Malocher!“ Die (Gewinner-)Themen des Wahlprogramms („Der NRW-Plan“) blieben für die meisten WählerInnen ein Geheimnis.

Ohne eine programmatische (Zukunfts-)Geschichte kann keine Spitzenkandidatin

ihre Popularität in Stimmen verwandeln. CDU, FDP und wichtige Medien hatten eine Geschichte, die sie mit bewundernswerter Disziplin, Penetranz und Professionalität erzählten: Das Märchen vom Schlusslichtland. Die Kampagne der Union war schlicht und wenig elegant. Aber sie transportierte eingängige und konkrete Botschaften. Sie machte mit SPD-Forderungen Wahlkampf („Mehr Polizei!“, „Mehr Lehrer!“), die in ihrem eigenen Programm gar nicht vorkamen, aber populär waren.

Es war ein Fehler, bundespolitische Themen aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Ein Wahlkampf ist ein schlechter Zeitpunkt für Staatsbürgerkunde. Welche politische Ebene für welches Problem verantwortlich ist, interessiert die WählerInnen nicht. Sie erwarten Antworten zu allen gesellschaftlichen Fragen, zu jeder Zeit, an jedem Ort, zumal in einem Bundestagswahljahr. Kanzleramt und Adenauerhaus wussten das.

Soweit – in groben Pinselstrichen – zu den kurzfristigen Gründen für die Wahlniederlage.

Darüber hinaus muss sich die SPD mit den strukturellen und längerfristigen Gründen für das schlechteste Ergebnis seit 1947 auseinandersetzen. Hinreichende Analysen und umfassende Antworten gibt es noch nicht. Hinweise indes schon:

Nordrhein-Westfalen ist mitnichten das Stammland der Sozialdemokratie und war es auch nie. NRW ist das, was die Amerikaner einen „Swing State“ nennen: Er kann bei Bundes- und Landtagswahlen von beiden großen Parteien gewonnen werden, und das schon seit den 1960er Jahren (davor war NRW eine CDU-Hochburg). Bei den letzten drei von vier Landtagswahlen wurde die amtierende Regierung abgewählt. Die WählerInnen bestrafen schneller und härter als noch in den 1990er Jahren. Kurzfristige Stimmungen (und damit Kampagnen) werden wichtiger, auch das Motiv Protest. Gleichwohl zeigt all dies auch:

¹ Dr. Timo Grunden ist Grundsatzreferent der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Sascha Vogt ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und lebt und arbeitet in Düsseldorf.

Wenn Kampagnen offensichtlich immer wichtiger werden und es zu immer mehr kurzfristigen Wahlentscheidungen kommt, gibt es keinen Grund, für die Bundestagswahl den Kopf in den Sand zu stecken.

Mittelfristig bedrohlicher erscheint, dass das strukturelle Kräftegleichgewicht zwischen CDU und SPD in NRW zu Lasten der SPD kippen könnte. Die Hochburgen der SPD sind auch Nicht-Wähler-Hochburgen, insbesondere im Ruhrgebiet. Die SPD gewinnt dort ihre Wahlkreise noch immer mit hohen Stimmenanteilen, aber mit immer weniger Stimmen. Die CDU hingegen profitiert von der gestiegenen Wahlbeteiligung. Sie gewinnt ihre Hochburgen mit mehr Masse – in einem Verhältniswahlrecht ein klarer Vorteil.

Die alte Gewissheit, eine steigende Wahlbeteiligung helfe der SPD, gilt nicht mehr.

Die SPD hatte die Wahl 2012 mit Hilfe von WählerInnen aus den Mittelschichten gewonnen, die auch zum Potential von CDU und FDP gehören. Diese WählerInnen sind 2017 zu Hundertausenden – wieder oder zum ersten Mal – in das Mitte-Rechts-Lager übergelaufen. Der Grund dafür sind auch Kompetenzverluste auf zentralen Politikfeldern: insbesondere Bildung und Innere Sicherheit. Die SPD konnte zwar bei den Jungwählern hinzugewinnen, brach aber bei Älteren regelrecht ein. Letztere sind es aber, die auch verlässlich zur Wahl gehen.

Dazu kommt: Konservative, Liberale und Rechts-Autoritäre feiern europaweit Wahlerfolge. Sozialdemokratische Parteien verlieren. Vielleicht liegt das auch daran, dass sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien verschoben haben: Statt Wertkonservativ/Marktliberal vs. Progressiv/Sozialstaatlich nun Liberal/Globalisierungsfreundlich vs. Autoritär/Protektionistisch? Wenn dem so wäre, hätte die Sozialdemokratie an diesen Konfliktlinien überhaupt keinen Standort mehr. Doch sicher ist das nicht. Politisch-ökonomische und politisch-kulturelle Gesellschaftskonflikte sind seit jeher miteinander verwoben und ließen sich noch nie widerspruchsfrei durch die klassische Links-Rechts-Dichotomie des Parteien-

systems abbilden. Ob und wie sich reale Gesellschaftskonflikte in den Kräfteverhältnissen des Parteiensystems niederschlagen, war und ist immer noch davon abhängig, ob und wie politische Eliten diese Konflikte aufgreifen, aktualisieren und kanalisieren. Mit anderen Worten: Gesellschaftskonflikte bringen nicht automatisch das zu ihnen passende Parteiensystem hervor. Die Sozialdemokratie darf sich nicht dazu verleiten lassen, zwischen falschen, weil fatalen Alternativen zu wählen. Mehrheitsfähigkeit ist nichts, was ein progressiv-sozialstaatliches Projekt durch gesellschaftlichen Wandel ohne eigenes Zutun erhält oder verliert. Sie muss erkämpft und verteidigt werden.

Diese – sicherlich nicht vollständige – Auflistung von strukturellen Ursachen bedarf nun einer intensiven Aufarbeitung. Die NRW-SPD hat sich mit dem Landesparteitag am 10. Juni auf diesen Weg gemacht. Ihr „NRW-Plan“ ist der Ausgangspunkt. Die programmatische Erneuerung muss sich an drei Zielen orientieren: Erstens braucht die SPD eine unverwechselbare Haltung zu gesellschaftspolitischen Fragen und Alternativen zu konservativ-neoliberalen Konzepten.

Zweitens müssen konkrete Antworten für Probleme finden, die den Menschen unter den Nägeln brennen, insbesondere im Hinblick auf die durchaus vorhandenen Abstiegsängste der Mittelschicht.

Und drittens muss zu all dem eine kohärente Geschichte erzählt werden, die an die eigenen Erfolge anknüpft und zugleich „Kliff-Hänger“ für die Zukunft beinhaltet.

Viel zu tun also. Denn es geht um nicht mehr und nicht weniger als die strukturelle Mehrheitsfähigkeit fortschrittlicher Politik. Das ist ambitioniert. Und zugleich eine große Chance. ■

Nach dem Referendum: Innen- und außenpolitische Perspektiven der Türkei

von Gülistan Gürbey



⇨ PD Dr. habil. Gülistan Gürbey ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Frieden und Konflikt, Politische Systeme und De Facto Staaten im Nahen Osten mit Focus auf der Türkei, Zypern und Kurdistan.

Foto: privat

Am 16. April 2017 fand in der Türkei das Referendum für die Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems statt. Nur eine knappe Mehrheit von 51,4 Prozent stimmte dafür, obwohl die regierende AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) gemeinsam mit dem nationalistischen Bündnispartner MHP (Nationalistische Aktionspartei) die gesamte Kampagne bestimmte, wohingegen die Gegner der Verfassungsänderung nicht die gleichen Chancen hatten. Die Verfassungsänderung wurde von einem breiten Spektrum u.a. der CHP, der HDP/DBP, linken Gruppen und Berufsvereinigungen abgelehnt. 48,6 Prozent stimmten dagegen, wobei die Ablehnung vor allem in den drei größten Metropolen Istanbul, Ankara und Izmir sowie in Gebieten mit höherer Industrieproduktion und Tourismus und unter der Bevölkerung mit höherer Ausbildung und Einkommen überwog. Die Verfassungsänderungen umfassen insgesamt 18 Artikel und treten spätestens am 03. November 2019 vollends in Kraft, wenn Staatspräsident und Parlament zum ersten Mal am gleichen Tag gemeinsam gewählt werden.

Defizite beim Referendum

Die unfairen Bedingungen für die Referendum-Kampagne, Veranstaltungsverbote, Grundrechtsverletzungen sowie erhebliche Unregelmäßigkeiten am Abstimmungstag werfen einen Schatten auf das demokratische Verfahren und die Legitimität des knappen

Ergebnisses. Weder die Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit noch die fast völlige staatliche Kontrolle der Medien und der massive staatliche Propagandaeinsatz bewirkten ein überzeugendes „Ja“ zu diesen Verfassungsänderungen. Die Opposition und Kritiker der Verfassungsänderung, insbesondere die progressive, kurdische HDP (Demokratische Partei der Völker) und ihr kommunaler Ableger DBP (Partei der demokratischen Regionen), hatten so gut wie keinen Medienzugang, während Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan und Regierungsvertreter die staatlichen Ressourcen nutzen konnten und die Kritiker der Verfassungsänderung in die Nähe des Terrorismus stellten. Mit Verweis auf den Ausnahmezustand wurden Veranstaltungen der Gegner verboten. Nach Angaben der Opposition wurden 1,5 Millionen Stimmzetteln und Wahlumschläge ohne gesetzlich vorgesehene Stempel dennoch vom Nationalen Wahlkomitee für gültig erklärt. Auch stehen nach wie vor Vorwürfe im Raum, dass in einigen Wahllokalen HDP-Mitglieder der Urnenkomitees von den Sicherheitskräften an der Ausübung ihrer Pflichten gehindert wurden und es zu Blockstimmern kam. Die Opposition hatte Wahlbetrug beklagt und erfolglos eine Annullierung der Volksabstimmung gefordert. Nicht zuletzt beanstandeten die Wahlbeobachter der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) die unfairen Bedingungen im Vorfeld der Abstimmungen und Vorfälle während des Abstimmungstags.

Zäsur im Prozess der Errichtung der „Neuen Türkei“

Der angenommene Verfassungsentwurf ist eine Zäsur im Prozess der Errichtung einer „Neuen, starken Türkei“ unter der Führung des „starken Mannes“ Erdogan: Er zementiert den autoritären Staats- und Regierungskurs unter Erdogan verfassungsrechtlich. Spätestens seit der brutalen Niederschlagung der re-

gierungskritischen Gezi-Proteste im Sommer 2013 nahm dieser Kurs an Ausmaß und Intensität zu. Seither läuft der ideologisch geleitete Staats- und Gesellschaftsumbau auf Hochtouren, dessen Eckpfeiler ein Hyper-Nationalismus, Autoritarismus, Politischer Islamismus und Neo-Osmanismus sind. Ziel ist es, unter der Führung von Präsident Erdogan einen omnipotenten, unangreifbaren Staat zu errichten, der den Bürger in seinem Dienste sieht sowie eine Gesellschaft nach genuinen ideologischen Werten zu formieren. Es gilt, diese „Neue Türkei“ mit der imperialen osmanischen Vergangenheit zu vereinen und zur hegemonialen Führungsmacht in ehemals osmanisch beherrschten Gebieten zu machen. Vor allem der erneute Krieg gegen die verbotene PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), die Repressionen gegen die kurdische HDP/DBP seit Juli 2015, der gescheiterte Militärputsch vom Juli 2016 und der Krieg in Syrien beschleunigten diesen anti-demokratischen Kurs dramatisch.

Der Verfassungsentwurf besiegelt nunmehr diesen Kurs und ebnet den Weg für ein nicht-demokratisches, autokratisches Präsidialsystem. Er bündelt die ungeteilte Macht beim Präsidenten und höhlt zugleich die Gewaltenteilung und die parlamentarisch-demokratischen Kontrollmechanismen aus.

Entfernung von der Werteordnung der EU

Mit diesem autoritären Entwicklungskurs hat sich die Türkei längst von demokratischen Standards und vom Konzept der liberalen Demokratie der EU entfernt. Auch Berichte der Venedig-Kommission vom 13. März 2017, der OSZE vom 17. April 2017, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 25. April 2017 sowie des Europäischen Parlamentes vom 26. April 2017 bestätigen diesen Kurs. Die Türkei steht nunmehr künftig unter der Beobachtung des Europarates, um die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in dem Land zu überprüfen. Hingegen sieht die türkische Regierung „böartige Kreise“ hinter dieser Entscheidung. Präsident Erdogan heizt durch seine anti-westliche Rhetorik und seinen Konfrontationskurs das „Feindbild Westen“ weiter an, stellt gleichzeitig

der EU ein Ultimatum und strebt Referenden für die Einführung der Todesstrafe und für ein sogenanntes „Turkexit“ offen an. So ist die Türkei demokratiepolitisch längst nicht mehr EU-kompatibel. Aktuell würde sie die politischen Kriterien von Kopenhagen wohl kaum erfüllen, deren Erfüllung eine Voraussetzung für die Aufnahme der Beitrittsgespräche im Oktober 2005 war. Die logische Konsequenz dieser Entwicklungen wäre die Aussetzung oder der Abbruch der ohnehin stagnierenden Beitrittsgespräche.

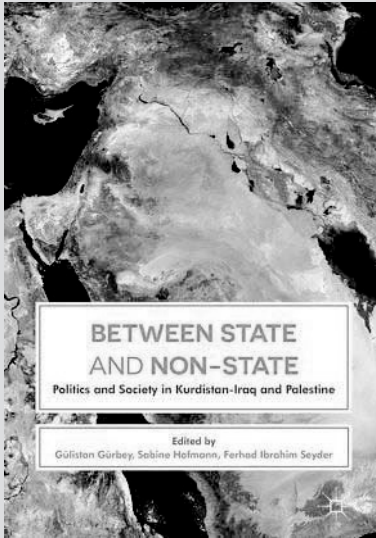
Der angenommene Verfassungsentwurf verfestigt nunmehr den bereits laufenden Entfremdungsprozess zwischen der EU und der Türkei auf der Werteebene. Die Folge ist ein Handlungsdilemma für die EU. Einerseits ist die Basis für eine zuverlässige Partnerschaft fragiler geworden. Denn je mehr die Wertegrundlagen auseinanderdriften, umso mehr wird die Türkei zu einem zunehmend unkalkulierbaren und unberechenbaren Partner. Andererseits sind die EU und die Türkei auch jenseits der Kooperation in der Flüchtlingsfrage immer noch wirtschaftlich, energiepolitisch und strategisch eng miteinander verzahnt. Die Türkei ist ein wichtiges Glied in der Wertschöpfungskette der EU. Nicht zuletzt beeinflusst die menschliche Dimension die Beziehungen, da innerhalb der EU viele Migrantinnen und Migranten aus der Türkei leben. Aus Sicht der türkischen Regierung ist aber die gezielte Einflussnahme auf Auslandstürken ein unverzichtbarer, integraler Bestandteil ihrer hegemonialen Außenpolitik.

Die EU steckt weiterhin in der Zwickmühle, sie hat nicht viele Handlungsoptionen: Dezidiert für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen einzutreten, kann sie nicht mehr glaubwürdig vertreten, da die Erosion der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Kern mit dem demokratiepolitischen Selbstverständnis der EU kollidiert. Sie könnte die Beitrittsverhandlungen bis auf weiteres auf Eis legen oder endgültig beenden und dennoch die wirtschaftliche, energiepolitische und strategische Kooperation mit einer autoritären Türkei fortsetzen. Sie hat aber auch die Chance, unabhängig von der Entscheidung,

Between State and Non-State

Politics and Society in
Kurdistan-Iraq and Palestine

Gülistan Gürbey, Sabine Hofmann,
Ferhad Ibrahim Seyder



Klappentext

This edited volume compares the internal dimension, politics and society in Kurdistan-Iraq and Palestine. In particular, it focuses on internal processes in Kurdistan-Iraq and Palestine (Palestinian Territory of the West Bank and Gaza Strip) in their specific shaping, development and transformation. The contributing authors analyze the transformation processes of the internal power structures, the economic basics, and the civil societies and provide an overview of the current political, economic and societal situation and challenges in both regions. The book presents the similarities and differences between both de facto states with regard to a set of guidelines: legitimacy, power relations, transformation of politics and society. It provides empirical explanations and contributes to a better understanding of both de facto states.

Verlag: Palgrave Macmillan
Hardcover, englisch
278 Seiten, 123.04 €
ISBN 978-1-349-95065-2
Erscheinungsdatum Mai 2017

die Beitrittsverhandlungen auszusetzen oder abzubrechen, unter Anwendung des Konditionalitätsprinzips wirksame Hebel vor allem im Bereich der Wirtschaft und des Handels einzusetzen. Nach wie vor ist die EU der größte Handelspartner der Türkei und die EU-Investitionen sind für die türkische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Durch eine konsequent und klug einzusetzende Konditionalität zwischen demokratischen Fortschritten und wirtschaftlich-finanziellen Anreizen hätte die EU die Chance, wirksam demokratiepolitischen Einfluss zu nehmen und gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit zu steigern.

Parameter der Agenda nach dem Referendum

Auch nach dem Referendum und unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes ist weder eine Änderung des autoritären innenpolitischen noch aggressiven außenpolitischen Kurses zu erwarten. Die Verhaftungswellen und der staatliche Druck auf die Medien halten an. Vordergründig ist für Staatspräsident Erdogan und die Regierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die für 2019 vorgesehenen Kommunal-, Präsidenten- und Parlamentswahl zu gewinnen. Davon wird das Wahlergebnis in zwei Jahren abhängen, wenn sich Erdogan erstmals zum Präsidenten mit absoluten Vollmachten als Staatspräsident, Parteivorsitzender und Regierungschef küren lassen will.

Nach einem außerordentlichen Parteitag unter dem Slogan „Demokratie – Wandel – Reform“ am 21. Mai 2017 steht Präsident Erdogan wieder formal an der Spitze seiner Partei, auf die er de facto ohnehin entscheidenden Einfluss hatte. Als Parteichef kann er nun im Alleingang die AKP-Wahllisten bestimmen, ihm unangenehme Namen streichen und so parteiinternen Gegnern und Kritikern die politische Zukunft in der Partei verbauen. Er stellt die Kandidaten für Wahlen zusammen und bestimmt erheblich die Personalentscheidungen. Ferner wurde der von Präsident Erdogan und der AKP verwendete „Rabia-Gruß“ erstmals zum Bestandteil des Parteiprogramms. Er steht symbolisch für die nationalistische Politik „Ein Vaterland, ein Staat, eine Nation, eine Flagge“.

In seiner Parteitage Rede sprach Präsident Erdogan von einer Rückkehr nach „1044 Tagen der Trennung“ und von einer „neuen Ära“. Den knappen Ausgang des Referendums hat er als Warnsignal vernommen, da es nicht einfach sein wird, neue Stimmen zu generieren. Für einen absoluten Erfolg bei der Wahl 2019 braucht Präsident Erdogan 50 plus 1. Um das zu erreichen, setzt Präsident Erdogan auf eine strategische Erneuerung seiner Partei u.a. durch personelle Verjüngung. Es geht nicht um eine grundsätzliche Änderung der inhaltlichen Prinzipien der AKP. Vielmehr geht es um den Aufbau einer starken, jungen und dynamischen AKP, die schnell, erfolgreich und effektiv vor Ort agiert. So kündigte Erdogan an, zu diesem Zweck die Institutionen der Partei und die von AKP geführten Kommunen einer Überprüfung zu unterziehen. Auch geht es darum, die Partei von Widersachern und von einigen verbliebenen Anhängern des ehemaligen Weggefährten und mittlerweile größtem Staatsfeind Fethullah Gülen zu säubern. Ferner wurde die vom Parteitag genehmigte Liste für den Parteivorstand bis zu 40 Prozent geändert und mit jungem Kader (18- bis 25-Jährige) besetzt. Bis Ende des Jahres sollen die Parteiorgane erneuert und die Stadt- und Bezirksverbände mit jungen Kadern verstärkt werden. Um alle Bürger zu erreichen, soll auch wieder stärker auf die erfolgreiche Politik der spontanen Hausbesuche der AKP zurückgegriffen werden. Um 50 plus 1 zu sichern, werden aber auch neue Stimmen erforderlich sein. Dazu werden die Beziehungen zu islamischen, liberalen und kurdischen Kreisen gezielt gesucht werden. Darüber hinaus sind wirtschaftliches Wachstum zusammen mit demokratischen Schritten weitere Parameter der Agenda bis 2019. Zielvorgabe für wirtschaftliches Wachstum ist sechs Prozent und nicht unter fünf Prozent. Entwicklung soll u.a. durch Umsetzung von Mega-Projekten (z. B. dritter Flughafen in Istanbul) forciert werden. Zu demokratischen Schritten zählt z. B. die Überlegung, die Zehn-Prozent-Wahlhürde zu reduzieren.

In seiner Parteitage Rede thematisierte Präsident Erdogan auch die Beziehungen zur EU. Während er einerseits der EU vorwarf, „wegen der heuchlerischen Haltung“ die Beziehungen

in eine Sackgasse geführt und mit ihrer abweisenden Haltung mit der „Ehre der Nation“ gespielt zu haben, bekräftigte er andererseits den Willen, weiter über einen Beitritt zu verhandeln und nannte drei Bedingungen (Visafreiheit, Auszahlung der Gelder im Rahmen des Flüchtlingsabkommens, Erneuerung der Zollunion und Eröffnung neuer Beitrittskapitel). Gleichwohl hob er hervor, dass die Türkei Alternativen habe und nannte Indien, China und Russland als Partner, mit denen jüngst wichtige wirtschaftliche und strategische Vereinbarungen getroffen wurden.

Zu erwarten ist, dass sein aggressiver nationalistischer Wahlkampfmodus mindestens bis 2019 anhalten wird, um die Zustimmung der Bevölkerung bis zur Wahl 2019 aufrechtzuerhalten. Diesem Ziel sind alle parteipolitischen Entscheidungen, aber auch die Regierungsentscheidungen, untergeordnet. Für kontroverse Diskussionen um politische Inhalte gibt es weder in der Gesellschaft noch innerhalb der AKP Raum. Jede parteiinterne kritische Diskussion wird als Verrat an der Mission bewertet. Eine parteiinterne Demokratie und Debattenkultur gibt es aber auch in der türkischen Parteienlandschaft (bis auf die kurdische HDP) nicht. Aus dieser strategisch-strukturellen und inhaltlichen Schwäche vor allem der größten Oppositionspartei CHP profitieren Erdogan und seine AKP bis heute ununterbrochen. Hingegen gibt es derzeit keine Anzeichen für substantielle Erneuerungen bei der CHP, so dass die Zukunftschancen für Erdogan und seine AKP auch weiterhin nicht allzu sehr geschmälert sind. ■

Demokratie oder Bonapartismus: Die Ermüdung der Demokratie in Frankreich und der Tod der Parti Socialiste

von Mathieu Pouydesseau



☞ Mathieu Pouydesseau war bis Februar 2016 Mitglied des Conseil National (Bundesdelegierter) der PS und Vertreter (Mandataire) des linken Flügels der Auslandsfranzosen. Wegen der Reform der Doppelstaatsbürgerschaft und der Arbeitsreform „El Khomri“ trat er aus der Partei aus und ist seit Februar 2016 Mitglied von Diem 25.

Foto: privat

Am 18. Juni hat die Demokratie in Frankreich einen Tiefpunkt erreicht. Niemals zuvor war die Wahlbeteiligung bei einer Wahl zur Nationalversammlung mit nur 43 Prozent so niedrig, niemals konnte eine einzige Partei so viele Sitze erringen. Emmanuel Macron und seine Bewegung „En Marche“ erlangten 32 Prozent abgegebenen Stimmen und damit 355 der 577 Mandate.

Die Linken (FIPCF) erzielten 30 Sitze (plus fünf), 19 davon gingen an die France Insoumise von Mélenchon (plus 19), die Parti Socialiste bekam 34 Sitze (minus 250), die bürgerlichen Konservativen 100, der FN acht (plus sechs).

Inzwischen ist klar, dass Mélenchon eine Fraktion bilden kann, ob er aber Anführer der linken Opposition wird, ist nicht klar.¹ Die PS ist zurzeit führungslos.

Das ist das Ende eines sechsmonatigen Wahlkampfes – eingeleitet durch die Urwahl der Konservativen im November. Es folgte die Urwahl der Parti Socialiste, und die einmalige Entscheidung ihrer Mitglieder, die Bilanz des amtierenden Präsidenten Francois Hollande nicht zu verteidigen und die Niederlage seines Regierungschefs Manuel Valls, die bereits im

April 2014 begann. Hinzu kam eine unglaublich unpolitische – oder besser gesagt apolitische – Kampagne des Neulings Emmanuel Macron, der ohne Mühe als Sieger aus der Stichwahl gegen die Rechtsextreme Le Pen hervorging.

Die Ergebnisse sind eindeutig und tödlich für die französische Sozialdemokratie. Benoit Hamon, der Sieger der Urwahl, ist von allen verraten worden – Manuel Valls hatte seine Unterstützung für Macron schon vor dem ersten Wahlgang bekannt gegeben. Abgeschlagen in den Umfragen, musste Hamon dabei zusehen, wie der Kandidat links von der Parti Socialiste im Duell zwischen Liberalen und Konservativen sogar von seinen Anhängern als einzige Alternative zu den Rechten gewählt wurde.

Mit sechs Prozent der Stimmen ist Hamon dort angekommen, wo Gaston Defferre im Jahr 1969 stand. Genauso wie damals haben seine sechs Prozent gereicht, um zu verhindern, dass Mélenchon, trotz der von ihm erreichten 19,7 Prozent, in den zweiten Wahlgang kam. Damals war es der Kommunist Duclos, der sich mit 21 Prozent knapp hinter dem Zentristen Poher geschlagen geben musste.

Im ersten Wahlgang zur Nationalversammlung hat sich die Lage nicht verbessert. Selbst mit ihren Verbündeten erreichte die PS nicht mal zehn Prozent der Stimmen und landete damit hinter der Bewegung von Mélenchon. Die Parti Socialiste könnte bis zu 270 Parlamentssitze verlieren. Schlimmer noch: Die Hälfte ihrer Kandidatinnen sind nur in den zweiten Wahlgang gekommen, weil Macron ihnen gegenüber gnädig war und keine GegenkandidatInnen gegen sie aufgestellt hat. Das betrifft hauptsächlich ehemalige Regierungsmitglieder von Valls, die eher dem rechten Flügel der PS zuzuordnen sind.

¹ Der Redaktionsschluss lag unmittelbar nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen.

In Deutschland gibt es viel Bewunderung für Emmanuel Macron. Er hat beim SPD-Bundesparteitag im März sogar die Unterstützung von Sigmar Gabriel bekommen. Macron wird für seine einmalige Machteroberung bewundert, aber es gibt auch ein gründliches Missverständnis hinsichtlich seiner politischen Überzeugung. Kernpunkt von Macrons Reformeifer ist eine Arbeitsmarktreform, die das Ende der Tarifverträge bedeutet. Alle Entscheidungen sollen in die Betriebe verlagert werden. Die einzige Institution, in der Arbeitsgeber und Gewerkschaften sich auf Augenhöhe treffen, und seit mehr als 50 Jahren paritätisch die Arbeitslosenversicherung verwalten, soll verstaatlicht werden und dem Arbeitsministerium unterstellt werden. Was kann denn hier Sozialdemokraten zu Bewunderung animieren?

Frankreich hat sich Macron, entgegen der Presseberichte in Deutschland, aber nicht bedingungslos hingegeben. Im ersten Wahlgang zur Präsidentschaftswahl hat er nur 23 Prozent der Stimmen bekommen. Im zweiten Wahlgang haben die Franzosen gegen Le Pen gewählt – aber auch mit vier Millionen absichtlich ungültigen Stimmen eine klare Unzufriedenheit gegenüber der Alternative (Macron) artikuliert.

Bei der Wahl zur Nationalversammlung haben weniger als die Hälfte der Franzosen mit abgestimmt. Die 32 Prozent der Stimmen, die Macron bekommen hat, entsprechen nur 13 Prozent der registrierten Wähler.

Schon 1993 hat der marxistische Philosoph und Historiker Domenico Losurdo in seinem Buch „Demokratie oder Bonapartismus“ am Beispiel der USA beschrieben, wie das wirtschaftliche Milieu sich das Wahlsystem zu Nutze macht, um eine politische Hegemonie zu etablieren. Nie ist das besser gelungen als durch das Werkzeug Macron in Frankreich, dem Geburtsort des universellen Wahlrechts (für Männer) und des Bonapartismus.

Wenn man sich des Themas der Linken in Frankreich genauer annimmt, muss man eine Wahrheit aussprechen, die in Deutschland verdrängt wird: Das Ende der Parti Socialiste aus der Regierung – und nicht aus der Opposition – heraus, ist nur ein weiterer Meilenstein in der

schweren Repräsentationskrise der europäischen Sozialdemokratie.

Die Durchsetzung der Austeritätspolitik gegenüber Griechenland ist ein Grund für die Marginalisierung der Pasok, deren Abstieg wiederum den Weg anderer sozialdemokratischer Parteien in Teilen vorzeichnete. In Spanien ist die weitere Entwicklung noch unklar, Sanchez könnte durch ein Basisvotum die Macht in der PSOE doch wieder an sich ziehen. In den Niederlanden erreichte die PvdA bei den Wahlen nur noch 5,7 Prozent und damit das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. In Österreich hat es die SPÖ nicht in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl geschafft, im Burgenland hat sie sich sogar mit der rechten FPÖ verbündet.

Die SPE war in dieser Krise nicht hilfreich. Der Kongress in Budapest im Jahr 2015 war für mich – da war ich Delegierter der PS – ein klares Todesbekenntnis. Auf Betreiben von Martin Schulz sind inhaltliche Debatten verhindert worden, die Kandidatur des spanischen Bewerbers wurde abgeschmettert, um den Bulgaren Stanishev ins Amt zu bestätigen. Dabei ging es nicht um europäische, internationale Politik, sondern um nationale Interessen, unter Einflussnahme des damaligen EP-Vorsitzenden. Heute ist Schulz Spitzenkandidat der SPD, was für die SPD wenig Gutes erwarten lässt. Denn die europäische Sozialdemokratie hat nach dem Siegeszug der „Progressisten“ der neunziger Jahre – zunächst Bill Clinton, dann Blair, Schröder, Zapatero, Socrates usw. aufgehört an den Rest der Welt zu denken.

Weder die Finanzkrise von 2008 mit ihren Auswirkungen, noch die Schuldenkrise 2010 und die seitdem anhaltende Flaute haben die Parteien in Theorie oder Praxis zu neuen Ideen inspiriert. Die Parteien sind dazu übergegangen, innerparteiliche Machtpositionen zu zementieren und haben damit Grundwerte und Ziele von Weitsicht verloren.

Es gibt in Europa nur zwei sozialdemokratische Parteien, die mit der Öffnung nach links bzw. mit Kompromisslosigkeit Erfolge haben: in Portugal, in der Koalition mit den Kommunisten und in Großbritannien, wo Corbyn, trotz eines

Kapitalismuskritik bei Slavoj Žižek



Party, State, Revolution

Critical Reflections on Žižek's
Political Philosophy

Herausgegeben von Dr. Bart van der
Steen und Ass.-Prof. Marc de Kesel

2017, 179 S., brosch., 39,— €

ISBN 978-3-8487-4044-4

eISBN 978-3-8452-8343-2

(Staatsverständnisse, Bd. 102)

nomos-shop.de/29439

Slavoj Žižek ist einer der prominentesten linken Intellektuellen. Der Sammelband lädt ein, Žižeks Ideen kritisch zu diskutieren, insbesondere sein Verständnis von Politik, politischen Organisationen und dem (vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen) Staat.

Putschversuchs der Funktionäre, den Tories gerade eine Niederlage beschert hat und womöglich, falls es zu Neuwahlen kommen sollte, schon heute mit fünf Prozent Vorsprung gewinnen könnte. Corbyn verkörpert die Ursprünge der Sozialdemokratie, sein Wahlkampf fundiert auf einer wertbasierten Auseinandersetzung und sozialer Gerechtigkeit, ohne die naive Vorstellung, dass das Bürgertum und Angestellte/Arbeiter dieselben Interessen hätten. Sein moralisches Engagement erklärt seinen Erfolg in einer Gesellschaft, die 58 Menschen in einem Feuerinferno sterben lässt, in der die Tories den Brexit als Instrument für innerparteiliche Machtkämpfe missbrauchen und deswegen sogar vorzeitige Neuwahlen ansetzen. Eine Gesellschaft, in der die Zahl der Lebensmittelläden und die Armut selbst für Menschen, die einen Job haben, weiter steigt.

Ist das Bild auf dem Kontinent so anders? Francois Hollande konnte auch deshalb nicht erneut als Präsidentschaftskandidat antreten, weil er die Arbeitslosigkeit nicht reduzieren konnte, während gleichzeitig die Armut zunahm. Mit 14,3 Prozent ist sie wieder auf ein Rekordhoch gestiegen. 1997 lag sie bei nur neun Prozent.

Deutschland hat eine ähnliche Entwicklung erlebt: Seit 1997 steigt die Armutsquote trotz in den letzten Jahren niedrigen Arbeitslosen- und hohen Erwerbsquoten stetig an: Sie liegt jetzt bei 15,7 Prozent – sogar höher als in Frankreich!

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland waren die PS und die SPD in der Zeit zwischen 1997 und 2017 mindestens zehn Jahre an der Macht oder an der Regierung beteiligt, im Fall der SPD waren es sogar 15 Jahre.

Parteien sind kein Selbstzweck. Der Tod der PS – und das Scheitern der stark auf die Person Mélenchons zugeschnittenen „France Insoumise“ – bringt für die Linken in Frankreich eine Zeit der Machtlosigkeit, aber auch der Nachdenklichkeit, mit sich. Sie muss genutzt werden, um aus diesem Tiefpunkt mit neuen Impulsen für die gesamteuropäische Sozialdemokratie herauszukommen.

Der Kampf geht weiter. ■

Europäische Politik statt deutsche Dominanz

von Joachim Schuster



➔ Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

Foto: © European Union - EP

In der französischen Präsidentschaftswahl in Frankreich setzte sich der europafreundliche Liberale Macron klarer als vielfach erwartet gegen die rechte Nationalistin Le Pen durch. Damit konnte zunächst eine schwere Krise für die Europäische Union abgewendet werden. Denn nach dem beschlossenen Brexit hätte die Union einen Frexit nicht überlebt. Genau das ist aber das Ziel von Le Pen. Macron gibt sich fest entschlossen, Frankreich aus der Krise zu führen und umfassende innenpolitische Reformen durchzusetzen. Dabei kann er sich auf eine breite Mehrheit im Parlament stützen. Zu erwarten ist eine verspätete französische Variante der Agenda-2010-Politik à la Blair und Schröder. Diese wird sicherlich viele Widerstände der Gewerkschaften und politischen Linken in Frankreich hervorrufen.

Macron hat die innenpolitische Linie in seinem Wahlkampf stets mit einem klaren Bekenntnis zu Europa verbunden. Dabei hat er aber auch deutlich gemacht, dass er einen politischen Richtungswechsel erwartet, um seine Politik der Krisenüberwindung in Frankreich zu unterstützen. Im Zentrum steht die Forderung nach einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen zumindest in der Eurozone. Die Steuerung soll von einem europäischen Finanzminister übernommen werden und von einem Eurozonenparlament kontrolliert werden. Obwohl immer wieder unterstellt, erhebt Macron aktuell nicht die Forderung nach Eurobonds. Stattdessen fordert er zur Finanzierung eine systematische Bekämpfung von Steuerhinterziehung und

-vermeidung sowie eine Erhöhung der Verschuldung, allerdings unter jeweils nationaler Verantwortung.

Macron propagiert insgesamt eine Abkehr von der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa, die Haushaltskonsolidierung über alle anderen Ziele stellt. Der neue Präsident setzt auf eine politisch gesteuerte Wirtschafts- und Währungsunion, durchaus auch als Gegenmodell zu der regelgesteuerten, strikt stabilitätsorientierten Währungsunion, die von Deutschland in den 1990ern durchgesetzt wurde. Dies ist aus seiner Sicht eine Erfolgsbedingung für seine innenpolitische Reformstrategie. Damit setzt er insbesondere Deutschland unter politischen Zugzwang. Nachdem eine politische Rechtswende in Frankreich gerade noch einmal abgewendet werden konnte, ist Macron nun zum politischen Erfolg verdammt. Sollte es ihm nicht gelingen, zumindest eine Trendwende in Frankreich zu erreichen, zentrale Krisensymptome in Frankreich zu lindern und dabei trotzdem den Zusammenhalt der französischen Gesellschaft zu wahren, stiege die Gefahr einer französischen Rechtswende bei den nächsten Wahlen in fünf Jahren erheblich.

Hinhaltende Reaktionen von Merkel und Schäuble

Die bisherigen Reaktionen in Deutschland auf die neuen französischen Forderungen sind dennoch oftmals wenig problemangemessen. Das gilt zunächst für die Geisterdebatte gegen die Eurobonds. Zwar wurde die Forderung von Macron aktuell gar nicht erhoben, trotzdem sah sich u.a. Schäuble gemüßigt, zu betonen, dass Eurobonds mit Deutschland auf keinen Fall zu machen seien. Eine Investitionsoffensive wird zwar nicht offensiv abgelehnt, aber doch sehr verhalten beurteilt. Angeblich tue Deutschland in dieser Hinsicht ja schon sehr viel. Und Schäuble hat zwischenzeitlich immerhin schon einmal konstatiert, dass der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands doch

irgendwie etwas zu hoch sei, ohne allerdings konkrete Maßnahmen anzukündigen, mit denen er dazu beitragen will, den Überschuss zu verringern.

Die Haltung von Schäuble und Merkel ist einem Dilemma geschuldet. Einerseits ist man nicht gewillt, die mittels der Austeritätspolitik durchgesetzte deutsche Dominanz in Europa zu verändern. Andererseits ist man sich durchaus der Verantwortung bewusst, den neuen französischen Präsidenten zu unterstützen. Demzufolge spielt Merkel aktuell – und wahrscheinlich bis zur Bundestagswahl – auf Zeit. Es wird die grundsätzliche Bereitschaft bekundet, Macron zu helfen, ohne dass weiterreichende Maßnahmen angekündigt oder gar eingeleitet werden.

Ideologische Nebelkerzen

Insgesamt trägt die konservative Debatte Züge einer ideologisch motivierten Realitätsverweigerung. So hält die immer wieder vorgetragene Behauptung, dass die zurzeit ökonomisch erfolgreich verlaufende Entwicklung in Deutschland Resultat der restriktiven Haushaltspolitik und der Hartz-VI-Reformen ist, einer näheren Analyse nicht stand. Erstens ist die Überwindung der Finanzkrise 2008/2009 in Deutschland Resultat einer klassischen keynesianischen Politik mit einem schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm und der drastischen Ausdehnung der Kurzarbeit. Zweitens wird die Konjunktur maßgeblich durch die außenwirtschaftliche Stärke der deutschen Wirtschaft getragen, die durch die aus deutscher Sicht relative Unterbewertung des Euros begünstigt wird. Drittens führten die Hartz-IV-Reformen vor allem zu einer Absenkung des Lohnniveaus und zur Ausweitung prekärer Beschäftigung. Die damit relativ sinkende gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat das Wachstum sogar verlangsamt.

Ein weiteres ideologisches Konstrukt zur Verschleierung der Realität ist das propagierte Dogma, dass in Europa jeder Staat selbst für seine Schulden verantwortlich sei, seine eigene Wettbewerbsfähigkeit eben zur Not auch mit unpopulären Reformen stärken und alles

getan werden müsse, dass die EU nicht zu einer umfassenden Transferunion wird. Das hier gezeichnete Bild hat jedoch wenig mit der Realität zu tun. Ein weitgehend verwirklichter Binnenmarkt in Verbindung mit einer Währungsunion führt im Zeitverlauf zwangsläufig zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum. In einem solchen Raum gibt es – unabhängig vom Willen der Akteure – immer Transfers zwischen regionalen Teilgebieten und sei es in realwirtschaftlichen Formen wie etwa dem Export von Arbeitslosigkeit. Und auch wenn der europäische Wirtschaftsraum nationalstaatlich unterteilt ist, haben die Mitgliedstaaten nur begrenzte eigene Möglichkeiten, selbst ihren nationalen Raum zu gestalten. So fehlen einerseits wichtige wirtschaftspolitische Kompetenzen wie etwa die Währungs- und Zinspolitik. Andererseits verhindert die strikte Stabilitätsorientierung der Eurozone, dass die nationale Haushaltspolitik konjunkturstimulierend eingesetzt werden kann. Der Erfolg einzelner Staaten innerhalb der Euro-Zone hängt davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, sich an die vorgegebene Stabilitätspolitik anzupassen und sektorale Spezialisierungen zu erreichen. Oder sie treten nicht der Eurozone bei und verlagern sich auf eine Wirtschaftspolitik, die Sozialdumping zu einem Wettbewerbsfaktor erklärt, wie dies bei vielen osteuropäischen Staaten der Fall ist.

Die aktuelle Gestaltung der Eurozone ist eine hegemoniale Ordnung unter der Führung Deutschlands mit ungerechten Verteilungswirkungen, zwischen den Mitgliedstaaten wie auch verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Mehr noch, diese hegemoniale Ordnung untergräbt sich selbst, weil es ohne grundlegende Korrekturen nicht einmal gelingt, offen aufgetretene Krisen wirklich einzuhegen wie die Auseinandersetzungen um die Stabilisierung Griechenlands zeigen.

Zugleich sinkt durch eine derartige Politik die politische Akzeptanz in größeren Teilen der Bevölkerung. Sicherlich wäre es verkürzt, die in allen Mitgliedstaaten der EU erstarkenden rechtsextremistischen Tendenzen allein auf diese verfehlte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die Politik, die soziale Spaltung vertieft,

ökonomische Krisen nicht löst und gleichzeitig einzelne Regionen und Bevölkerungsgruppen zu Verlierern macht, erzeugt aber eine soziale Basis für radikale Kräfte. Eine Eindämmung des Rechtsextremismus erfordert dementsprechend nicht nur die entschiedene Verteidigung demokratischer, rechtsstaatlicher und sozialer Rechte sondern auch eine Eindämmung wirtschaftlicher und sozialer Krisen.

Damit schließt sich der Kreis zu Macron, der einerseits betont, dass Frankreich selbst innenpolitische Strukturreformen vornehmen muss und andererseits faktisch für eine Beendigung der gemeinschaftsschädlichen deutschen Hegemonie plädiert. In alter französischer Tradition setzt er dabei auf eine weitere Vertiefung der europäischen Integration. Denn seine europapolitischen Forderungen zielen darauf, europäisch und nicht allein deutsch zu regulieren und damit die inhaltliche Ausrichtung dieser Politik nicht nur an deutschen, sondern an den Interessen aller EU-Länder zu orientieren.

Eckpunkte einer europaverträglichen Politik

Deutschland profitiert direkt von der Europäischen Union und hat daher ein vitales Interesse, die schleichende Zerstörung der EU zu stoppen. Zudem erzeugt die völlig übertriebene Konsolidierungspolitik der schwarzen Null auch innerhalb Deutschlands soziale Spaltung und erschwert die Reduzierung prekärer Beschäftigung und die Verringerung von Armut. Die SPD sollte daher die Abkehr von der gemeinschaftsschädlichen deutschen Hegemonialpolitik zu einem zentralen Punkt der Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf machen. Im Mittelpunkt sollten die Maßnahmen stehen, die ohne Vertragsänderungen umgehend auf den Weg gebracht werden können. Die deutliche Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland wie in der EU muss dabei im Zentrum einer Politik nachhaltigen Wachstums stehen. Sinnvolle Investitionsfelder gibt es genug. Auch in Deutschland besteht ein erheblicher Investitionsstau in Zukunftsfeldern wie Bildung, Digitalisierung und erneuerbare Energien. Kurzfristig wird zur Finanzierung eventuell eine Erhöhung der Neu-

VSA: Mehr Solidarität in Europa

Torsten Müller/Thorsten Schulten/Guy Van Gyes (Hrsg.)

Lohnpolitik unter europäischer »Economic Governance«

Alternative Strategien für inklusives Wachstum

VSA:



Torsten Müller/Thorsten Schulten/
Guy Van Gyes (Hrsg.)

Lohnpolitik unter europäischer »Economic Governance«

Alternative Strategien für inklusives Wachstum

328 Seiten | € 29.80

ISBN 978-3-89965-704-3

Europa ganz praktisch – im Geldbeutel der ArbeitnehmerInnen: AutorInnen aus 13 Ländern (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Ungarn und Deutschland), die dem europäischen Netzwerk gewerkschaftsnaher Forschungsinstitute (TURI) angehören, diskutieren über aktuelle Fragen der Lohn- und Tarifpolitik und ihre ökonomische Bedeutung in Europa.

Im Buchhandel oder direkt bei: **VSA: Verlag**

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10, Fax 040/28 09 52 77-50

info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

verschuldung notwendig sein. Auf Dauer sollten diese Zukunftsinvestitionen jedoch solide durch Steuereinnahmen finanziert werden. Allein durch die Steuervermeidungspraktiken großer Konzerne, wie sie im Zusammenhang mit Lux-Leaks und den Panama-Papers offenbar geworden sind, gehen dem europäischen Steuerzahler rund 70 Milliarden Euro jährlich verloren. Eine Finanztransaktionssteuer führt allein in Deutschland zu konservativ geschätzt 15 Milliarden Euro jährlich. Geld wäre also vorhanden. Es gilt, hier in die Konfrontation mit Merkel und Schäuble zu treten, denn substantielle Vorschläge, wie dieser Steuerskandal beseitigt werden kann, sind weder aus dem Finanzministerium noch aus dem Bundeskanzleramt zu vernehmen.

Flankiert werden muss dies durch den Aufbau einer starken sozialen Säule. Sozialdumping darf in der EU kein Wettbewerbsvorteil mehr sein. Dabei muss klar sein, dass Sozialdumping nur zu verhindern ist, wenn durch eine entsprechende europäische Struktur- und Investitionspolitik die Lebensbedingungen in allen Teilen Europas verbessert werden.

Zugleich gilt es aber, auch schon heute mittelfristige Perspektiven zu betonen, die sowohl eine Reform des EU-Vertrages als auch noch umfangreiche Diskussionen in der EU erfordern. Wer aber die EU dauerhaft erhalten will, muss die heutige durch Deutschland dominierte Steuerung der Währungsunion durch eine gemeinschaftliche ersetzen. Es geht um eine Abkehr von der übertriebenen Konsolidierungspolitik, um die Ausweitung des Finanzrahmens der EU, um die Frage einer gemeinschaftlichen, demokratisch kontrollierten Steuerung des Euros und der Finanzpolitik sowie um den gemeinschaftlichen Umgang mit der bestehenden und zukünftigen Verschuldung der Euro-Staaten.

Es ist zu erwarten, dass die Konservativen eine solche Politik als unverantwortliche Verschuldungspolitik diffamieren werden. Aber, es geht nicht um den Marsch in die gigantische Verschuldung Europas, wenn endlich Steuerhinterziehung und -vermeidung verhindert und unproduktive Finanztransaktionen be-

steuert werden. Es geht nicht um einen Finanzausgleich wie in Deutschland, bei dem das Ziel die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist, sondern es geht um einen deutlich geringer dimensionierten Finanzausgleich, der über eine Ausweitung öffentlicher europäischer Investitionen, nachhaltiges Wachstum und einen Abbau der Arbeitslosigkeit in allen EU-Staaten unterstützt. Und man muss sich der Tatsache stellen, dass die Schulden der Eurostaaten letztlich europäische Schulden sind. Eine europäische Schuldenpolitik ist übrigens auch vereinbar mit der Zuweisung von Verantwortung für die jeweilige nationale Finanzpolitik, wie etwa der Vorschlag des deutschen Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Einrichtung eines europäischen Altschuldenfonds aus dem Jahre 2012 zeigt.

Angesichts des Zustandes der EU, der gegen die nationalistischen Tendenzen entstehenden Gegenbewegungen (wie etwa Pulse of Europe) und angesichts des Erfolgs von Macron, der als einziger Kandidat mit seiner offen pro-europäischen Strategie die rechtsextreme Le Pen mit deutlicherem Abstand als zunächst erwartet besiegt hat, ist die SPD gefordert, klar für Europa Position zu beziehen und die CDU/CSU an diesem Punkt offensiv anzugreifen. Denn die Politik von Schäuble und Merkel treibt die EU immer weiter in die Krise. Viele Maßnahmen sind sicher noch im Detail mit den europäischen Partnern zu diskutieren. Dringend erforderlich ist es jedoch, den Übergang von deutscher Dominanz zu europäischer Politik auf die politische Tagesordnung zu setzen. ■

Die Autokraten, der autoritäre Charakter und der Kampf um Liberalität, Weltoffenheit und Humanität

von Ernst Dieter Rossmann und Behrang Samsami



☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, ist Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: © SPD - STEFFEN JAENICKE



☞ Dr. Behrang Samsami ist freier Journalist, Literaturwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Bundestagsbüro von Ernst Dieter Rossmann.

Foto: privat

Die gestohlenen Hoffnungen, die Vereinfacher und die Verarbeitungs- und Gestaltungskompetenz

Die großen Autokraten dieser Welt wie ihre geistesverwandten Möchtegern-Adepten in Europa haben eines gemeinsam: Eine krasse Vereinfachung der komplexer werdenden Welt. Gegen die Globalisierung setzen sie Nationalismus und Abschottung ihres Landes. Statt humaner konstruktiver Lösungen für den Umgang mit Migration und die Förderung von Integration, kehren sie den Wert von Heimat und Region gegen Ausländer, andere Religionen und das Fremde an sich. Statt neue zukunftsfähige Wege einzuschlagen, richten sie die Hoffnung vieler Menschen auf eine Restauration der Vergangenheit im sozialen und gesellschaftlichen Leben, in Kultur, Ökonomie und Politik. Und zwar im Zeichen von Distinktion, Diskriminierung und Rassismus. Die gestohlene eigene Hoffnung in der Hoffnungslosigkeit für andere zu gewinnen ist dabei ebenso wohlfeil wie verhängnisvoll.

Auch in Deutschland versuchen Rechtsextreme und Rechtspopulisten Zukunfts- und Abstiegsängste durch Schuldzuweisungen gegen „den Staat“, „die Demokratie“, „die Flüchtlinge“ und „den Islam“ für sich zu instrumentalisieren. Diese Ängste und Abwehrhaltungen sind nicht zuletzt die Folge eines entfesselten globalen Kapitalismus mit Disruptionen von der Produktion über die Kommunikation

bis zur Mobilität. Die Schnelligkeit der ökonomischen Veränderungen und die globalen Abhängigkeiten von Standortentscheidungen und Arbeitsplatzsicherheit, die Spaltungen im Einkommen und Sozialstatus, die Unterschiedlichkeit in den Entwicklungen von Metropolen und Provinz wie die wachsende kulturelle und religiöse Diversität sind fundamental. Sie erfordern nicht nur eine hohe individuelle „Kontingenztoleranz“ (Michael Makropoulos), d.h. das persönliche Verarbeiten von Unerwartetem in Zeiten großer Umwälzungen. Sie verlangen darüber hinaus auch nach einer starken gesellschaftlichen und politischen Gestaltungskompetenz, d.h. das gemeinschaftliche demokratische Bearbeiten dieser Disparitäten im Sinne von Teilhabe, Gerechtigkeit, Gleichheit und Nachhaltigkeit.

Jenseits besserer Politik im Grundsätzlichen wie im Konkreten braucht es zum schrittweisen Aufbau stabiler „Kontingenztoleranz“ und Bereitschaft zur Mitgestaltung von Demokratie und öffentlichen Angelegenheiten gerade auf Seiten der linken Parteien und Akteure eine andere Form der persönlichen Biographie und politischen Identität, der programmatischen Erzählung, der Sprache der Bilder und der Rhetorik und vor allen Dingen einen neuen Respekt gegenüber dem realen Leben der Menschen. Es geht um die Antithese zu den die Menschen nivellierenden Paradigmen des globalen Shareholder-Kapitalismus und seinem Zwilling, der technokratischen

Sachzwang-Politik. Und es geht biographisch um das im weitesten Sinne politische Lernen als Fundament demokratischer Partizipation, dem sich die politische Linke gerade in der Auseinandersetzung mit dem bildungspolitischen Rollback von rechts und ihren populistischen Mitläufern und deren schwarzer Pädagogik wieder stärker zuwenden muss.

Kann die Linke noch überzeugend kämpfen und Respekt und Hoffnung geben?

„Hat die Linke das Kämpfen verlernt?“ fragte Anton Hofreiter kürzlich mit Blick auf die aufkommende Rechte in Amerika und Europa. Und er mahnte: „Wer sozialen Frieden und kulturelle Anerkennung gegeneinander ausspielt, hat bereits vor der neuen Rechten kapituliert.“ Recht hat er: Und er wirft doch zugleich die Frage auf, ob die politische Linke über ihre historische Kernkompetenz in der Analyse von ökonomischen und sozialen Widersprüchen und ihrem Kampf für eine andere solidarische ökonomische Ordnung und mehr Gerechtigkeit bei Verteilung und Teilhabe noch genügend kulturelle Aufgeschlossenheit, Liberalität und Anerkennung mobilisieren und Hoffnung geben und Respekt und Anstand vermitteln kann.

Wenn denn aktuell die rechten Autokraten die Öffentlichkeit mit ihrer Agenda vermeintlich zu beherrschen scheinen, gibt es gleichwohl auch starke Gegenkräfte. Und zwar nicht nur mit Macron und seiner Bewegung in Frankreich als quasi Cross-over-Projekt der Mitte. Auch die linke Alternative hat hier Bewegungen und Parteien vorzuweisen, die Begeisterung für sich und ihre Sache mobilisieren können, weil sie durch starke Persönlichkeiten vertreten werden wie den parteilosen Bernie Sanders in den USA, der sich nicht durch das ökonomische System und seine Abhängigkeiten korrumpieren lässt, oder wie den sozialistischen Ministerpräsidenten Antonio Costa in Portugal, der aus einer profilierten linken Biographie als Hauptstadtbürgermeister wie als Abgeordneter und Minister ein offenes Bündnis linker Kräfte schmieden konnte. Und nicht zuletzt auch die Begeisterung, die Martin Schulz mit seiner Nominie-

rung auslösen konnte, belegt das Bedürfnis nach kämpferischen Hoffnung lebenden und Hoffnung gebenden linken politischen Köpfen, die sich vor allen Dingen durch die Kraft zur Empathie auszeichnen. Einfühlung, Anerkennung und Respekt sind dabei nicht nur auf der Ebene von Arbeit, Einkommen und sozialer Lage gefordert, sondern genauso in Bezug auf die Lebenswelten von Familie, Partnerschaft, Alter, biographischer Entwicklung und Identität.

„Der Bürgermeister von Würselen“, zugleich Präsident des Europäischen Parlaments und Internationalist aus Überzeugung, ist dabei nicht die Antithese im sogenannten Eliten-Bashing, wie es von den Eliten um Trump über Le Pen bis zur AfD in seltsamer Paradoxie gerne gepflegt wird. Ein Typus wie Martin Schulz, der jetzt durch geeignete Persönlichkeiten auf jeder politischen Ebene gefordert und notwendig ist, stellt sich vielmehr ins Zentrum des Spannungsfeldes von Metropolen und Provinz, von Städten und Dörfern, und bietet in seinen biographischen Ämtern wie seinen biographischen Brüchen eine Synthese von persönlichen Resilienz und Aufstieg, von politischem Herkommen und Repräsentanz, die zur Identifikation einlädt und Heimat, Nähe, Sorge füreinander und Anerkennung positiv belegt. Die seinerzeitige Unterscheidung von Erhard Eppler, was Wertkonservatismus und Strukturkonservatismus betrifft, gewinnt gerade in der tiefergehenden Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich verunsicherten Menschen, die links nicht mehr die Wärme und Sicherheit finden, die ihnen rechts scheinheilig vorgegaukelt wird, eine neue Bedeutung. Mit eigener Haltung und Vernunft anderen den Halt geben, damit sie sich wieder stärker ihrer Vernunft bedienen können, muss linker Gestus werden, um autokratische Haltlosigkeit und populistische Unvernunft zu durchbrechen.

Der autoritäre Charakter, die Kraft der Bildung und das Erlernen von Liberalität, Toleranz und Weltoffenheit

Die Kategorie des „autoritären Charakters“ ist in vorfaschistischen Zeiten am berühmten

Frankfurter Institut für Sozialforschung entwickelt worden und beschreibt ein bestimmtes Muster an sozialen Einstellungen bzw. Persönlichkeitseigenschaften von Konformität, Destruktivität, Rassismus und Ethnozentrismus, aber auch Unterwürfigkeit gegenüber einer repressiven Ordnung und Ausbeutung. Diese persönlichkeitspsychologische Deformation ist dabei nicht identisch, aber von den Personen her vielfach deckungsgleich mit dem kognitiven Muster des geschlossenen rechtsextremen Weltbildes, wie es regelmäßig in den Sinus-Studien erhoben worden ist, und für Deutschland ein Potential ausweist, das noch deutlich über das AfD-Wählerpotential hinausreicht. Dabei steht Deutschland hier weder allein noch an der Spitze im europäischen Vergleich.

Die AfD reiht sich dabei ein in die ebenso elitäre wie diskriminierende wie bigotte Bildungspolitik, wie sie in anderen europäischen Ländern mit Rechtskonservativen und Rechtspopulisten in der Regierung schon besichtigt werden kann. Merkmale dieser „schwarzen Pädagogik und Retro-Politik“ sind in ihren Beschlüssen klar erkennbar: Die zwanghafte Fixierung auf die eigene Sprache bis hin zur Renationalisierung von Wissenschaft sind dabei genauso auf der Agenda wie geradezu panische Reaktionen auf die Vielfalt von Sexualität und die vermeintliche Sexualisierung von Kindern, die Diffamierung von Gleichberechtigung als „Gender-Mainstreaming“ genauso wie die Distanzierung von inklusiver und integrativer Schule. Elitenansprüche werden verbunden mit einer Wiederbelebung von Begabungstypen und Misserfolgspädagogik als Organisationsprinzipien von Schule. Auch in Deutschland gibt es ein relevantes Potential für ein solches bildungspolitisches Rollback.

Wenn diese Kräfte abgewehrt und dieses Potential abgebaut werden soll, wird die kognitive Dimension allerdings nicht alleine im Fokus bleiben dürfen. Dies ist die Erkenntnis aus den sozial- und persönlichkeitspsychologischen Studien früherer Umbruchzeiten. Kommunikationswelten und Medien, außerschulische Jugendbildung und Sport bis hin

zu den Formen von Berufsbildung und Studium müssen im Blick bleiben, um zusammen mit pädagogisch starken Institutionen, qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen und einem integrierenden Umfeld persönliche Identität und Stärke, Empathie und Verantwortungsgefühl, Akzeptanz von Diversität und Leben von Toleranz bei Kindern so stark zu verankern, dass diese eigene Kräfte gegen die Verführungen des autoritären Charakter aufbauen können. Nicht zuletzt die Stärkung der politischen Bildung in den Schulen sollte der Linken neue Initiativen wert sein. Denn Demokratie muss immer wieder neu gelernt werden. Und europäisches Bewusstsein und Weltoffenheit stellen sich auch nicht von alleine oder über Urlaubsreisen nach dem All-inclusive-Prinzip her. Wie sagte der linke Grüne Anton Hofreiter so richtig: Sozialer Friede und kulturelle Anerkennung gehören als Anspruch in linken Zukunftskonzepten bindend zusammen. Das sollte sich dann auch in der Breite linker Diskurse und der Tiefe linker Kampagnen und Reform-Projekte niederschlagen. ■



Castros Erbe

Zur Praxis gleichheitsorientierter Politik im kubanischen Sozialismus

Von Dr. Larissa Borkowski

2017, ca. 220 S., brosch., ca. 39,– €

ISBN 978-3-8487-3774-1

eISBN 978-3-8452-8084-4

(Equality-Oriented Policies (EOP) – Gleichheitsorientierte Politiken, Bd. 4)

Erscheint ca. April 2017

nomos-shop.de/28924

Gleichheit ist ein zentrales Ideal, an dessen praktischer Umsetzung sich ein politisches System messen lassen muss. Die Untersuchung gleichheitsorientierter Politiken im kubanischen Sozialismus ermöglicht nicht nur eine völlig neue Perspektive auf Kuba, sondern gleichzeitig über dieses Land hinausgehende Erkenntnisse im Hinblick auf das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit.

PapyRossa Verlag



Andreas Wehr

DER KURZE GRIECHISCHE FRÜHLING

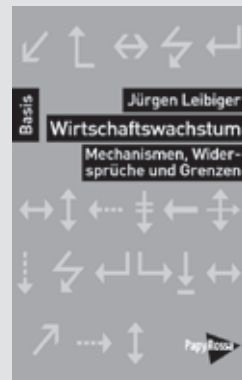
Das Scheitern von Syriza und seine Konsequenzen

Paperback

978-3-89438-602-3

191 Seiten | € 13,90

Mit der Hinnahme des von Berlin durchgesetzten Spardiktats wurde der gesamten europäischen Linken eine schwere Niederlage beigebracht. In der Konsequenz hält Andreas Wehr ein »demokratisches und soziales Europa« unter den Bedingungen des Euro und der EU für eine Illusion.



Jürgen Leibiger

WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Mechanismen, Widersprüche und Grenzen

Pocketformat

978-3-89438-607-8

138 Seiten | € 9,90

Jürgen Leibiger zeigt, was Wachstum ist und worin seine Triebkräfte bestehen. Er erläutert, warum es im Kapitalismus stets krisenhaft verläuft und wie es sich verteilt. Sodann behandelt er die Grenzen des Wachstums und das Verhältnis von Wachstum und menschlicher Emanzipation.

Aktuelle Kapitalismusanalysen – neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung?!

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder und Thilo Scholle¹



Foto: © vpoth - fotolia.com

Im Anschluss an die große Krise 2008/2009 gab es eine Renaissance kapitalismuskritischer Debatten über die engere politische Linke hinaus. Diese Debatte ist aber bald wieder weitgehend aus der breiteren Öffentlichkeit verschwunden. Zumindest in Deutschland ist sie mit der raschen wirtschaftlichen Erholung und den aktuell günstigen Wirtschaftsdaten wieder leiser geworden. Nichtsdestotrotz wurde im Zuge der Krise 2008/2009 deutlich, dass das reibungslose Funktionieren des neoliberal-

finanzmarktdominierten Kapitalismusmodells der Jahrtausendwende an seine Grenzen gestoßen ist. Die danach einsetzende Entwicklung hat vor allem eine extrem große Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik in unterschiedlichen Ländern Europas und den übrigen industrialisierten Ländern sowie den Schwellenländern hervorgebracht. Parallel hat sich mit der Digitalisierung und der Ausbreitung des Internets seit der Jahrtausendwende eine technologische Entwicklung vollzogen, die viele von einer vierten industriellen Revolution in den Industrieländern sprechen lässt (Industrie bzw. Wirtschaft 4.0).

¹ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Katharina Oerder ist Psychologin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Spätestens die 2016 mit der Wahl Donald Trumps und dem Brexit-Votum deutlich gewordenen Probleme, den bisherigen politischen nationalen wie transnationalen

Überbau mit den offensichtlichen Entwicklungsdynamiken „im Unterholz“ des kapitalistischen Systems in den gewohnten Einklang (des Nachkriegs-Fordismus) zu bringen, geben Anlass zu erneuter Debatte: Wie sieht der Kapitalismus heute aus? Was unterscheidet ihn in seinen verschiedenen Ausprägungen rund um den Globus und im Vergleich zu früheren Entwicklungsphasen? Woher kommt heute eine wachsende Kritik und Ablehnung, die nach dem „Ende der Geschichte“ doch vermeintlich für immer verschwunden schien? Und natürlich: Wo gibt es Perspektiven für eine neue Prosperitätskonstellation, ob nun im Rahmen des kapitalistischen Systems oder mit darüber hinaus reichenden neuen Ansätzen?

Mit diesem Heft wollen wir verschiedene Ansätze und Zugänge zu einer kritischen aktuellen Analyse des Kapitalismus zusammentragen und fragen, wie diese für eine produktive politische Diskussion nutzbar gemacht werden können. Zielsetzung ist dabei, die aktuellen Bewegungsgesetze des Kapitalismus besser zu verstehen, die Akteure, ihre Interessen und Zielsetzungen in den gesellschaftlichen Konflikten besser einordnen und verstehen zu können und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für linke, emanzipatorische Politik abzuleiten.

Kapitalismus-Kongress im November

Mit diesem Heftschwerpunkt wollen wir zugleich einen neuen Impuls für eine kapitalismuskritische Debatte unter Einschluss der Sozialdemokratie und weiterer progressiver Kräfte setzen. Dem Heft folgt ein von der spw maßgeblich angestoßener Kongress unter dem Titel „Digitaler Kapitalismus: same, same but different?“ am 2. und 3. November 2017 in Berlin. Dieser Kongress wird gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der spw sowie von den Zeitschriften „Blätter für deutsche und internationale Politik“, der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ und der „Berliner Republik“ vorbereitet. Darüber hinaus gibt es Gespräche mit den Gewerkschaften, um sie in die Vorbereitung und die Veranstaltung selber einzubeziehen.

Dieser Heftschwerpunkt dient der Vorbereitung des Kongresses „Digitaler Kapitalismus“ und soll erste Impulse liefern, die wir neben verschiedenen weiteren Themen auf dem Kongress diskutieren möchten.

Zu den Beiträgen im Einzelnen:

Zum Einstieg geben *Benjamin Mikfeld* und *Thilo Scholle* in ihrem Artikel einen Überblick über die derzeitige Debatte und machen deutlich, wo aus ihrer Sicht eine fruchtbringende Kapitalismusanalyse für sozialdemokratische Politik nutzbar gemacht werden könnte.

Arno Brandt nimmt sich der Kapitalismusanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung an und entwirft eine Kritik des digitalen Kapitalismus. Es geht dabei darum, ob diese neue Qualität des Kapitalismus eine neue Prosperitätskonstellation ermöglicht und wie die drohende Monopolisierung zentraler Märkte durch die großen Internet- und Softwarekonzerne vermieden und stattdessen die progressiven Potenziale der Digitalisierung zur Entfaltung gebracht werden können.

An diese Diskussion um die Bedeutung der Digitalisierung knüpft der Beitrag von *Philip Staab* an. Er skizziert, wie sich die aktuellen Verhältnisse im digitalen Kapitalismus seit den 1980er Jahren entwickelt haben und wo die spezifischen Widersprüche der aktuellen Kapitalismusformation aus seiner Sicht liegen. Daraus leitet er Ansätze für eine Politik ab, die die Souveränität des Bürgers im Zeitalter der Digitalisierung zu ihrem Ziel erklärt.

Mechthild Schrooten stellt in ihrem Beitrag klar, dass die aktuelle Wirtschaftsweise trotz der Krisen 2008/2009 weiter durch die Mechanismen des Shareholder-value-Kapitalismus geprägt ist und analysiert die neueren Entwicklungen im Bereich der Finanz- und Bankenmärkte.

Rainer Land hebt in seinem Artikel die ungebrochene Gefahr der Umweltrisiken des Kapitalismus hervor und entwirft erste Ansätze für eine an vorhandenen Institutionen und Mechanismen anknüpfende ökologische Wirtschaftsweise.

Offen bleibt in diesem Heft die Frage, wie sich die Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Digitalisierung entwickeln bzw. welche Bedeutung sie für die Herausbildung einer neuen Kapitalismusformation haben. Außerdem gilt es zu diskutieren, wie sich global die Entwicklungen räumlich ausdifferenzieren und wie verschiedene Varianten des Kapitalismus im Zuge der Globalisierung miteinander verschränkt sind. Auch in den kapitalistischen Zentren kommt es regional zunehmend zu großen Unterschieden in Dynamik und Entwicklungsständen der kapitalistischen Wirtschaftsweisen, die natürlich für die nationalen und regionalen Politikarenen von großer Bedeutung für progressive Antworten sind.

Wir haben den technischen Fortschritt unter dem Schlagwort der Digitalisierung zum Ausgangspunkt für unseren Debattenimpuls um eine zeitgemäße Kapitalismusanalyse ge-

wählt, da es uns in der derzeitigen Diskurslage rund um Arbeit und Wirtschaft 4.0 naheliegend erscheint. Das Neue erscheint so leichter greif- und beschreibbar. Weitere Beiträge in diesem Heft machen aber deutlich, dass Kapitalismus nicht nur ausgehend von dieser Dimension gesellschaftlicher Entwicklung zu diskutieren ist, sondern natürlich auch andere Dimensionen und Ansätze eine Rolle spielen.

Wir laden Euch, liebe Leserinnen und Leser ein, Euch an der Debatte zu beteiligen und hoffen, mit diesem Heft ausreichend Anregung zum Weiterdenken und Widersprechen zu geben. Denn nur durch eine lebhaft diskutierte Analyse um die richtige Kapitalismusanalyse können Ansätze für eine wirkungsvolle und erfolgreiche linke Politik jenseits des tagespolitischen Taktierens in die Sozialdemokratie getragen werden. Und das ist und bleibt das Ziel der spw. ■

Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.

Sozialismus monatlich
Analysen | Positionen | Berichte
täglich www.Sozialismus.de



Debatten über Kapitalismus und gesellschaftliche Transformation – aktuelle Schlaglichter

von Benjamin Mikfeld und Thilo Scholle¹

Wir erleben Zeiten dynamischer Veränderungen und großer Unsicherheiten, die durch den Verlust politischer Gewissheiten begleitet werden. Daher verwundert es nicht, dass auch die politischen Interpretationen, Lösungskonzepte und Diskurse vielfältiger werden. Durch die digital vermittelte Kommunikation wird dies noch verstärkt: In jeweils eigenen Filterblasen und Echokammern werden Bastelideologien geschaffen, Milieus und Lebenswelten driften auseinander. Auf der einen Seite haben wir es mit der „großen Regression“² zu tun, einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität im nationalistischen Rückwärtsgang. Auf der anderen Seite wird die Krise „des Kapitalismus“ oder auch des „kapitalistischen Staates“ in einer Vielzahl von disparaten Analysen und Diskursen auf unterschiedliche Weise thematisiert. In der Klemme zwischen alledem befindet sich die Sozialdemokratie. Ihre einstige Stärke, Milieus zu verbinden, Diskurse zu verzahnen und zukunftsfähige Leitbilder und Kompromisse zu entwickeln, scheint geschwächt. Offensichtlich ist jedenfalls, dass ohne eine Verständigung zumindest über die Eckpunkte eines grundsätzlichen Kapitalismusverständnis und der Einordnung der aktuellen ökonomischen Entwicklungen auch die Entwicklung eines zukunftsfähigen politischen Leitbildes nicht gelingen wird.

So abstrakt richtig die vielfach vorgetragene Forderung nach einem „neuen linken Narrativ“ sein mag, so wohlfeil ist sie auch. Gibt es überhaupt die eine wirkmächtige linke Kapitalismuskritik, wo doch so viel Empörung über ebendiesen herrscht? Oder lautet die Frage eher: Wenn ja, wie viele sind es? Und wenn es viele sind, gibt es politische Akteure,

die in der Lage sind, diese politisch zu verknüpfen und handlungsmächtig zu machen?

Zur zweiten Frage mag zunächst die Feststellung genügen, dass die „99 Prozent“, die von so unterschiedlichen Akteuren wie der Occupy-Bewegung oder dem Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz als neues Subjekt der Veränderung angesprochen werden, nichts eint, außer der statistischen Tatsache, dass sie nicht zum oberen einen Prozent gehören. Sie eint kein gemeinsamer Diskurs, die tatsächlichen individuellen und kollektiven Interessenlagen sind keinesfalls deckungsgleich, und ein politisches Subjekt sind sie schon gar nicht.

Wir können an dieser Stelle keine Ideologieggeschichte der Kapitalismusanalyse vorlegen, sondern allenfalls einige Schlaglichter auf gegenwärtige Interpretationen und Konzepte links der Mitte werfen. In einem zweiten Schritt wollen wir uns dann mit der Frage beschäftigen, welche Anschlussmöglichkeiten für die Sozialdemokratie bestehen.

Als ein erster Versuch der Rationalisierung und Bündelung aktueller Kapitalismusdiskurse lassen sich vier, nicht völlig trennscharfe, Spannungsfelder der Debatte herausarbeiten.

Krise der Ökonomie, neue Verteilungsfrage, neue Unsicherheiten?

In dieser Debatte stehen die Ökonomie und ihre Krisenhaftigkeit im Zentrum. Ausgangspunkt ist für viele Beiträge die wachsende soziale Spaltung in den OECD-Staaten seit den 1980er Jahren und die Verschärfung der Krisenhaftigkeit im Zuge der Finanzkrise ab 2007 aber auch der wachsende Konkurrenzdruck, der nicht zuletzt die Mittelschichten erfasse.

Der wohl auch medial einflussreichste ökonomische Diskurs hat die „neue Ungleichheit“ zum Thema. So beklagte der Historiker Hans-

1 Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen. Benjamin Mikfeld ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

2 Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression*, Berlin 2017.

Ulrich Wehler eine „neue Umverteilung“, der zufolge die Schere von Einkommen und Vermögen immer weiter auseinanderklaffe.³ Marcel Fratzscher sieht einen „Verteilungskampf“, der durch eine Wirtschaftspolitik verstärkt werde, die „immer stärker darauf ausgerichtet ist, Einkommen, Vermögen und Privilegien den einflussreichsten gesellschaftlichen Gruppen zuzuteilen, ohne das langfristige Interesse der Gesellschaft als Ganzes zu wahren“.⁴ International haben vor allem der große Erfolg des Werks „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty⁵ sowie weitere renommierte Beiträge⁶ die Debatte über die ungleiche Entwicklung von Kapital und Lohnneinkommen befeuert, in der neben empirischen Verteilungsdaten auch Themen wie Armut, Reichtum und Macht, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Frage nach der Gültigkeit grundlegender (u.a. meritokratischer) Prämissen der sozialen Marktwirtschaft verhandelt werden. Dabei stößt man im Segment der populär geschriebenen Werke vor allem auf US-amerikanische Beiträge, welche die Macht der Monopole und der Wall-Street, die Rent-Seeking-Ökonomie und die Verarmung der Mittelschicht thematisieren und diesen Entwicklungen mit einer linkskeynesianischen Agenda der Regulierung und Umverteilung begegnen wollen.⁷ Ambitionierte Versuche im Umfeld der deutschen Sozialdemokratie setzen auf Konzepte wie „soziales Wachstum“⁸ oder einen „guten Kapitalismus“⁹.

In einigen Debattenbeiträgen wird der Versuch unternommen, die Brücke zwischen „Innovation und Gerechtigkeit“ nicht nur konzeptionell, sondern auch diskurspolitisch anzugehen. Mariana Mazzucato versteht ihren Beitrag über die innovationspolitische

Rolle des Staates als „Appell, die Art und Weise zu ändern, wie wir über den Staat sprechen, über seine Rolle in der Wirtschaft; ein Appell, seine Rolle mit anderen Worten und Bildern zu beschreiben“.¹⁰ So kritisiert sie das fehlende „Bindeglied zwischen dem Mikro- und Makroaspekt“ in der Wirtschaftswissenschaft und die „Verbindung zwischen der keynesianischen Ausgabenpolitik und den Schumpeterschen Investitionen in Innovationen“.¹¹

Soziologisch ausgerichtete Ansätze thematisieren die sozialstrukturellen Konsequenzen. So diagnostiziert Steffen Mau einen „Umschlag von einer Leistungs- in eine Besitzgesellschaft“.¹² Sighard Neckel spricht von einer neuen „Oligarchie“ und einer „Refeudalisierung der Gesellschaft“.¹³ Kritische Protagonist/innen dieses Diskurses spitzen diese Diagnose eines hohen Anteils prekärer Arbeitsverhältnisse in Begriffen wie dem einer „Abstiegsgesellschaft“¹⁴ zu. Der Sozialforscher Heinz Bude diagnostiziert eine „Atmosphäre der Angst in der deutschen Mittelschicht, die sich wie ein leises Rauschen unmerklich, aber trotzdem unleugbar ausbreitet.“¹⁵ Als Symptome und Ursachen sieht er u.a. Orientierungsverlust, das Zerbrechen des „organischen Zusammenhangs von Autonomiestreben und Gemeinschaftsbindung“,¹⁶ das Auseinanderdriften von Milieus der gesellschaftlichen Mitte und einen politischen Kontrollverlust der „Niemandsherrschaft“.¹⁷ Auch Byung-Chul Han thematisiert als unermüdlicher Kritiker neoliberaler Dispositive die „Angst“: Viele sind heute von diffusen Ängsten geplagt, Angst zu versagen, Angst zu scheitern, Angst abgehängt zu werden, Angst einen Fehler zu machen oder eine falsche

3 Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung, München.

4 Fratzscher, Marcel (2016): Verteilungskampf, München, S. 20.

5 Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

6 Atkinson, Anthony B. (2016): Ungleichheit, Stuttgart; Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt, Berlin.

7 u.a. Reich, Robert (2016): Rettet den Kapitalismus!, Frankfurt/New York; Stiglitz, Joseph E. (2015): Reich und Arm, München.

8 Friedrich-Ebert-Stiftung / Thementeam „Soziales Wachstum“ (2011): Soziales Wachstum. Leitbild einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, WISO-Diskurs, Bonn.

9 Dullien, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian (2009): Der gute Kapitalismus...und was sich nach der Krise ändern müsste, Bielefeld.

10 Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München, S. 249.

11 ebd., S. 48.

12 Mau, Steffen (2015): Die halbierte Meritokratie, in: ders./Schöneck (Hrsg.): (Un-)Gerechte (Un-) Gleichheiten, Berlin, S. 43.

13 Neckel, Sighard (2016): Refeudalisierung des modernen Kapitalismus, in: Bude/Staab (Hrsg.): Kapitalismus und Ungleichheit, Frankfurt/New York; S. 170.

14 Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft, Berlin.

15 Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg, S. 72.

16 ebd., S. 73.

17 ebd., S. 119.

Entscheidung getroffen zu haben. Wir leben längst in einer Gesellschaft der Angst.“¹⁸

Ein zentraler Beitrag der Kapitalismusanalyse bestand in den vergangenen Jahren in der Diskussion über die Herausbildung eines „Finanzmarktkapitalismus“¹⁹ bzw. einer „Finanzialisierung“ der Ökonomie: Die Macht- und Entscheidungsverhältnisse in den großen Kapitalgesellschaften hätten sich gegenüber früheren Phasen des Kapitalismus grundlegend geändert. Für eine kurzfristige Renditesteigerung würden Unternehmen ausgeschlachtet und ausgebeutet, demontiert und verscherbelt. Damit handele es sich um eine Bewegung, die nicht nur hinsichtlich ihrer Dauer und transnationalen Ausdehnung, sondern auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Tiefe als historisch außergewöhnlich betrachtet werden müsse. Nicht nur die Finanzmärkte und die Wirtschaft als gesellschaftliches Teilsystem seien betroffen, sondern die gesamte Gesellschaft, angefangen von der Ebene der globalen Märkte über die der Nationalstaaten, der Banken und Nichtfinanzunternehmen bis hin zur Ebene der Individuen und privaten Haushalte.²⁰ Dabei – so eine differenzierte Bewertung – wurden „Finanz(markt)kapitalismus“ oder „Finanzialisierung“ jedoch nicht selten als analytisch unpräzise „Umbrella-Begriffe“ einer „Epochenbeschreibung“ eingesetzt, die vor allem einer normativen Anklage des Neoliberalismus dienten.²¹

Radikale Analysen gehen von einer bevorstehenden „Entscheidungsschlacht“ aus. So sieht Immanuel Wallerstein die Grenzen des bestehenden Systems der Kapitalakkumulation angesichts einer „Strukturkrise“ erreicht, sodass kein Gleichgewicht mehr bestehe. Er stellt als Alternativen den „Geist von Davos“

als dem Versammlungsort der Politik- und Wirtschaftseliten den „Geist von Porto Allegre“ als dem Ursprungsort der Weltsozialforen gegenüber. „Wir leben in einer Strukturkrise, in der es einen Kampf um das Nachfolgesystem gibt. Auch wenn der Ausgang nicht vorhersehbar ist, können wir sicher sein, dass in den kommenden Jahrzehnten die eine oder andere Seite gewinnt und dass ein neues, einigermaßen stabiles Weltsystem hergestellt wird (oder ein Komplex von Weltsystemen).“²²

Die ökologische Frage

Während auf der einen Seite wirtschaftliches Wachstum als simple Notwendigkeit für die Stabilität einer ökonomischen Ordnung vorausgesetzt wird, treten wachstumskritische Diskurse in unterschiedlichen Gewändern auf. Neben konservativ-libertär anschlussfähigen Verzichtsdiskussionen und idealisierten Vorstellungen vom „einfachen Leben“, die meist die Notwendigkeit von Wachstum als zu kritisierende „Ideologie“ und nicht als Ergebnis einer Lesart ökonomischer Analyse einordnen, treten auch Ansätze, die das Wachstumsparadigma mit den ökonomischen Notwendigkeiten einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Bezug setzen. Im Hintergrund der Wachstumsfrage steht damit auch die Frage, was zur – ggf. auch sozialen – Stabilisierung des Kapitalismus notwendig ist, oder ob die ökologische Zukunftssicherung der Gesellschaften nur mit einer Überwindung des Kapitalismus zu bewerkstelligen ist.

Der Diskurs „Grünes Wachstum“ geht von den ökologischen Grenzen des Wachstums aus, sieht aber die Lösung weniger im Konsumverzicht oder in alternativen Gesellschaftsmodellen und Lebensstilen, sondern vor allem (zumal im globalen Maßstab) in technologischer Innovation. „Grünes Wachstum ist im Wesentlichen das Produkt hoher (und im Vergleich zu heute) steigender Investitionen und einer höheren Innovati-

18 Han, Byung-Chul (2014): „Sehnsucht nach dem Feind“, Süddeutsche Zeitung v. 17.12.2014.

19 Windolf, Paul (2005 Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderheft 45/2005 der KZfSS, Wiesbaden.

20 Christoph Deutschmann, Finanzialisierung als Mehrebenenproblem: Chancen und Probleme einer soziologischen Erklärung, in: Michael Faust/ Jürgen Kädler/ Harald Wolf (Hg.), Finanzmarktkapitalismus?, Frankfurt/ Main 2017, S. 101ff, S. 117.

21 Michael/Kädler, Jürgen, Wolf, Harald (2017): Finanzmarktkapitalismus? Problemaufriss und Einführung, in (dies./Hrsg.): Finanzmarktkapitalismus?, Frankfurt/New York, S. 12ff.

22 Wallerstein, Immanuel (2014): Die strukturelle Krise oder Warum der Kapitalismus sich nicht mehr rentieren könnte, in: ders./ u.a.: Stirbt der Kapitalismus?, Frankfurt/New York, S. 46f.

onsgeschwindigkeit.“²³ Formuliert wird die Hoffnung auf eine digitale Dividende: Zum einen sollen im internationalen Wettbewerb neue Produkte und Märkte zur Sicherung des Standorts und zum Erhalt bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Zum anderen sollen diese einen Beitrag zur Lösung der ökologischen Problemlagen leisten und durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität auch neue Verteilungsspielräume eröffnen. Der Topos des „qualitativen“ oder inzwischen öfter auch „grünen Wachstums“ ist verbunden mit einer Hoffnung auf dezentrale, vernetzte Strukturen, wobei hier Übergänge zum ebenso ökologisch ausgerichteten Postwachstums-Diskurs (siehe unten) bestehen. Andere Protagonist/innen wiederum grenzen sich von diesem Diskurs klar ab und charakterisieren ihn als „Seufzer einer akademischen Mittelschicht, die schon alles hat, was das Herz begehrt“.²⁴

Weit radikaler sind Diskurse und Konzepte, die mit dem gegenwärtigen kapitalistischen Wachstumsmodell brechen wollen und für eine Strategie des „Postwachstums“ plädieren: Der zentrale Ausgangspunkt sind die ökologischen Grenzen des Wachstums, die Endlichkeit der Ressourcen, die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Senken und die Einsicht, dass das vorherrschende Wirtschaftsmodell nicht für eine wachsende Weltbevölkerung verallgemeinerbar sei. Darüber hinaus wird diese Sichtweise stärker als in allen anderen dargestellten Diskursen mit einer Kritik an verschiedenen Herrschaftsverhältnissen zwischen den Nationen, Klassen und Geschlechtern sowie des Menschen gegenüber der Natur verknüpft.

So versuchen Ulrich Brand und Markus Wissen in ihrem aktuellen Buch „Imperiale Lebensweise“, Diskussionen über die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen mit grundsätzlichen Kapitalismusdebatten zu verbinden.²⁵ Unter imperialer Lebensweise verstehen die Autoren ein Leben auf Kosten

der natürlichen Ressourcen, meist im globalen Süden, sowie auf Kosten von ausgebeuteten Menschen. Auf der anderen Seite soll die imperiale Lebensweise einen Doppelcharakter besitzen: als struktureller Zwang und als Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten.²⁶ Die „imperiale Lebensweise“ sei tief in den politischen Institutionen und der Wirtschaft, der Kultur, Mentalitäten und den Interessen relevanter politischer und gesellschaftlicher Akteure sowie in den Alltagspraxen verankert, und damit ein Hauptgrund dafür, warum Strukturveränderungen so schwierig seien.²⁷ Ein wichtiger Schlüssel zur Überwindung zerstörerischer Naturverhältnisse liege im Abbau sozialer Herrschaft.²⁸

Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Gestaltungsmöglichkeiten des Nationalstaats

Der Blick auf die internationalen Zusammenhänge des Kapitalismus war immer schon ein wichtiges Thema der Linken. In den vergangenen Jahren hat sich dies vor allem an zwei Themenfeldern konkretisiert: der Debatte über Freihandel und der Debatte über die ökonomische Funktion sowie mögliche fortschrittliche Gestaltungsmöglichkeiten durch die Europäische Union.

Die Diskurse über Freihandel und Globalisierung weisen viele theoretische Stränge bzw. wirtschaftliche, ethische, ökologische, politische Begründungen auf und changieren zwischen moralischer Empörung, konkreten Alternativkonzepten für die Weltwirtschaft und radikaler Kapitalismuskritik. In jüngster Zeit haben die Auseinandersetzungen um Freihandelsabkommen wie TTIP diese Diskurse auch „massenwirksam“ werden lassen.

Bei allen Differenzierungen ist man sich erstens in der zentralen Kritik einig, dass der Freihandel bzw. der globalisierte Kapitalismus zumindest nicht per se zu mehr Wohlstand führe und die positiven Wirkungen

23 Fücks, Ralf (2013): *Intelligent wachsen*, München, S. 33.

24 ebd., S. 140.

25 Ulrich Brand/ Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise*, München 2017.

26 Ebenda, S. 18.

27 Ebenda, S. 43.

28 Ebenda, S. 164.

nach Sektoren, Nationen und Regionen sehr unterschiedlich verteilt würden. Dani Rodrik weist darauf hin, dass eine Bilanz des Freihandels die „gesellschaftlichen Kosten“ nicht berücksichtige.²⁹ Ebenso sei der Freihandel keine Win-Win-Situation, sondern produziere Gewinner und Verlierer: „Je offener eine Volkswirtschaft ist, desto schlechter wird das Verhältnis zwischen Effizienzgewinn und Umverteilungsverlusten.“³⁰ Stiglitz und Greenwald verweisen darauf, dass die Aufholprozesse, gerade der asiatischen Länder, nicht auf offenem Freihandel basierten, sondern auf einer strategischen Industriepolitik und gezielten Öffnung der Märkte: „Die Fortschritte in der modernen Wirtschaftstheorie haben die althergebrachte Hypothese auf den Kopf gestellt: Mittlerweile geht sie davon aus, dass Freihandel nicht wünschenswert ist.“³¹

Der zweite Konsens der Globalisierungskritik besteht in der Schwächung der demokratischen Einflussnahme. Als „neuen Konstitutionalismus“ bezeichnet Bieling die „Genese einer markt- und wettbewerbszentrierten Form inter- beziehungsweise transnationaler Rechtsstaatlichkeit, die Effizienz, Disziplin, und Investorenvertrauen belohnt, gleichzeitig aber derartige wirtschaftliche Kernfragen einer demokratischen politischen Kontrolle und Einflussnahme tendenziell entzieht.“³² Ein dritter – auch weitgehend geteilter Aspekt – ist die Kritik am globalen ressourcenintensiven Wachstumsmodell, das auf Dauer nicht tragfähig sei.³³

Zugleich wird intensiv über die Rolle der Europäischen Union diskutiert. Neben der im sozialdemokratischen Mainstream nach wie vor präsenten Forderung nach einem „mehr“ an wirtschaftlicher und sozialer Kooperation und Steuerung in Europa treten auch Debattebeiträge, die eine intensivere Kooperation

auf europäischer Ebene für faktisch aussichtslos halten, und die sich für eine stärkere Rückbeziehung auf die politische Handlungsebene des Nationalstaats aussprechen. Deutlich wurde dies beispielsweise in der publizistischen Debatte zwischen Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck in den „Blättern“ im Jahr 2013. So formuliert Streeck in seinem Bestseller „Gekaufte Zeit“: „Gesellschaftliche Heterogenität in Europa wird auf absehbare Zeit auch Heterogenität zwischen unterschiedlichen lokalen, regionalen und nationalen Lebens- und Wirtschaftsweisen sein.“ Die Europäische Währungsunion sei ein Fehler gewesen, den man nun nicht durch die „Flucht nach vorn“ vergrößern dürfe, in dem man die politische Union vervollständige. Besser sei ein „europäisches Bretton Woods“ mit einem geordneten System flexibler Wechselkurse.³⁴

Die digitale Frage

Oben skizzierte Debatten werden seit einigen Jahren ergänzt um Interpretationen des wohl gegenwärtig intensivsten öffentlich verhandelten Megatrends: der Digitalisierung. Dabei ist ein zentraler Kritikpunkt, der viele Diskurse der Digitalisierung verbindet und der weit bis ins bürgerliche Lager hineinreicht, das Unbehagen gegenüber der „kalifornischen Ideologie“ und den Geschäftsmodellen, die ihren Ursprung im Silicon Valley haben. Neben der Kritik an der ökonomischen Marktmacht der großen IT-Konzerne und Plattformen ist vor allem die Hybris der digitalen Gesellschaftsoptimierung und die Gefahr einer neuen Kontrollmacht das Thema. Den Anspruch, auf sämtliche gesellschaftliche Probleme eine technologische Antwort finden zu wollen, kritisiert Evgeny Morozov als „Solutionismus“: „Das Vorhaben des Silicon Valley, uns alle in eine digitale Zwangsjacke zu stecken und Effizienz, Transparenz, Gewissheit und Perfektion zu fördern und gleichzeitig ihre ‚bösen‘ Zwillinge das Sperrige, das Undurchsichtige, das Mehrdeutige und Unperfekte auszumerzen, wird uns langfristig sehr teuer zu stehen bekommen.“³⁵

29 Rodrik, Dani (2011): Das Globalisierungs-Paradox, München, S. 86

30 ebd., S. 94

31 Stiglitz, Joseph E./Greenwald, Bruce C. (2014): Die innovative Gesellschaft, München, S. 323.

32 Bieling, Hans-Jürgen (2014): Politische Ökonomie des Welthandels – Transformationsprozesse und Machtbeziehungen, in: Apuz 1-3 2014, S. 40-46. S. 43.

33 u.a. Klein, Naomi (2014): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt/Main.

34 Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit, Berlin 2015, 292f.

35 Morozov, Evgeny (2013): Smarte neue Welt. Digitale Technik und die Freiheit des Menschen, München, S. 11

Zugleich werden aber auch die möglichen sozialen Verwerfungen der digitalen Ökonomie thematisiert. Diagnostiziert wird ein Formwandel des Kapitalismus hin zu einem „Plattform-Kapitalismus“, „Informationskapitalismus“ oder „digitalen Kapitalismus“, in dem „bestimmte institutionelle Standards, wie zum Beispiel jener der lohnabhängigen Beschäftigung als zentraler gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, systematisch gefährdet sind, aber auch neue Standards forciert werden.“³⁶ Die über Plattformen vermittelte Arbeit – sei es im Bereich der On-Demand-Dienstleistungen (wie der Taxidienst UBER) oder das Crowdfunding – bedeute eine neue negative Qualität der Arbeit und der Ausbeutung. Thematisiert wird eine Dualisierung der Ökonomie auch im Zeitalter der Digitalisierung: „Den exportstarken Branchen mit großen Anteilen von qualifizierten Beschäftigten im Hochtechnologiebereich steht ein expandierender Sektor mit niedrig entlohnenden, instabilen und häufig wenig anerkannten Dienstleistungstätigkeiten gegenüber, dessen Arbeitsproduktivität nach herkömmlichen Maßstäben weit hinter der des industriellen Sektors zurückbleibt.“³⁷

Eine zentrale Leitfigur alternativer Digitalisierungsdiskurse ist der/die kreativ Tätige bzw. der/die Wissensarbeiter/in. Dieser Diskurs wendet sich gegen die Normierungen und Reglementierungen der industriellen Produktionsweise. In der konsequenteren Ausprägung wird lohnabhängige Erwerbsarbeit zugunsten eines „Leben jenseits der Festanstellung“ abgelehnt. So stilisieren sich beispielsweise die Autoren Sascha Lobo und Holm Friebe selbst als eine Art „digitale Boheme“. Aus der traditionellen Boheme übernehmen sie die Ansprüche der Selbstbestimmung, die informelle Gruppenstruktur, die Spontaneität und den alternativen Lebensstil. Sie kombinieren diesen mit der nicht-hierarchischen, netzwerkartigen und verlinkten Internetkultur. Die digitale

Wirtschaft wiederum mache es leichter, mit eigenen Ideen selbstständig zu arbeiten. Sie verorten sich dabei gesellschaftspolitisch jenseits von Neokonservatismus, „linkem Spießertum in den Gewerkschaften“ und traditioneller Alternativkultur. Allerdings sind zwischen dem Diskurs der „digitalen Boheme“ und eher nicht gesellschaftskritischen Konzepten der „New Work“ wie in der Startup- oder der IT-Szene fließend.

Mit dem Verweis auf Open Source-Konzepte wie Linux und Wikipedia wird im Diskurs der „Digitalisierung von unten“ von vielen Vertreter/innen die Idee der Commons, bzw. Gemeingüter, propagiert. Dabei greift der Diskurs die ältere Kritik an der Einhegung von Commons und der Kommerzialisierung von Allmende-Ressourcen auf. Das zentrale Argument mit Blick auf die digitale Ökonomie ist die „Null-Grenzkosten-These“, wie sie besonders prominent Jeremy Rifkin vertritt. Da digitale Güter zwar Produktionskosten verursachen, aber jede weitere Kopie nicht mehr, führe dies zu einem neuen ökonomischen Paradigma. Tendenziell würden nicht nur klassische digitale Güter wie Medien dieser Null-Grenzkosten-Entwicklung unterliegen, sondern sie würde sich auch auf andere Bereiche wie die Produktion (durch lokalen 3D-Druck), die Bildung oder die (solare) Energiewirtschaft erstrecken und die Möglichkeit einer „Überfluss-Ökonomie“ schaffen.

Rifkin sieht in den „neuen Commoners“ eine wichtige Sozialfigur: „Sie stehen für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruch, der wahrscheinlich nicht weniger bedeutend und dauerhaft sein wird als der, der die Gesellschaft zu Beginn der kapitalistischen Ära aus einer theologischen in eine ideologische Weltsicht katapultiert hat.“³⁸ Rifkin prognostiziert die „Herausbildung eines Wirtschaftshybriden aus kapitalistischem Markt und kollaborativen Commons“.³⁹ Da sich die Vorteile der Commons-Produktion aber nicht in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz erschließen ließen, spitze sich der Konflikt (u.a. über

36 Staab, Philipp (2016): Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus, Hamburg, S. 11

37 Dörre, Klaus (2015): Digitalisierung- neue Prosperität oder Vertiefung gesellschaftlicher Spaltungen?, in: Hirsch-Kreinsen/Iltmann/Niehaus, (Hrsg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen, Baden-Baden, S. 278

38 Ebd., S. 254.

39 Ebd., S. 9.

Finanzierungsmodelle und die Kontrolle von Kommunikations- und Energienetzen) zu. Rifkin betrachtet das Ringen zwischen Kollaboratisten und investierenden Kapitalisten als die „ökonomische Entscheidungsschlacht des 21. Jahrhunderts“.⁴⁰

Ähnlich, allerdings aus marxistischer Perspektive, argumentiert Paul Mason. Der Kapitalismus sei im Zuge der Digitalisierung an das Ende seiner Wachstumsfähigkeit geraten: „Erstens hat die Informationstechnologie den erforderlichen Arbeitsaufwand verringert, die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verwischt und die Beziehung zwischen Arbeit und Einkommen gelockert. Zweitens berauben die Informationsgüter den Markt seiner Fähigkeit, die Preise richtig festzulegen. (...) Drittens entwickelt sich spontan eine kollaborative Allmendeproduktion (Peer-Produktion): Es tauchen immer mehr Güter, Dienstleistungen und Organisationen auf, die dem Diktat des Markts und der Managementhierarchie nicht mehr gehorchen. (...) Fast unbemerkt beginnen in den Nischen und Hohlräumen des Marktsystems Teile des Wirtschaftslebens anderen Gesetzen zu gehorchen.“⁴¹ Die Informationstechnologie habe die Marktkräfte ihrer Fähigkeit beraubt, die wirtschaftliche Dynamik anzuregen. Stattdessen schaffe sie die Bedingungen für eine postkapitalistische Wirtschaft: „Eine auf Wissen beruhende Volkswirtschaft kann aufgrund ihrer Tendenz zu kostenlosen Produkten und schwachen Eigentumsrechten keine kapitalistische Volkswirtschaft mehr sein.“⁴² Masons Plädoyer für „revolutionären Reformismus“⁴³ mündet in ein neues „Projekt Null“, dessen Ziele eine Energieversorgung mit Null-Emissionen, die Erzeugung von Maschinen, Produkten und Dienstleistungen mit Null-Grenzkosten und die weitgehende Beseitigung der Arbeit seien.⁴⁴ Zentral ist dabei auch die Forderung nach einem Grundeinkommen für alle, dass die Trennung von Arbeit und Einkommen institutionalisieren und

den Übergang zu einem kürzeren Arbeitstag subventionieren solle.⁴⁵

Die Digitalisierungsdiskurse haben eine Verbindung zu der vor allem im postoperaistischen Umfeld formulierten Analyse eines „kognitiven Kapitalismus“. Während in der traditionellen Ökonomie Wert durch den Verbrauch von Produktionsfaktoren geschaffen wurde, würden in der Wissensökonomie Werte geschaffen, die das Ergebnis kognitiver Prozesse sind. Der kognitive Kapitalismus wird definiert als „Paradigma des Wirtschaftens innerhalb dessen die Horizonte des potenziellen Wachstums, die Möglichkeiten, ökonomischen Wert zu generieren, immer mehr von der Fähigkeit der Arbeitenden abhängen, ihr ‚subjektives Engagement‘ einzubringen, sich beständig neu zu orientieren, zu lernen, Erfahrung in Form von reflektierten kommunikativen Akten zum Ausdruck zu bringen; kurz ein nicht vorhersehbares Geschehen zu lenken.“⁴⁶

Debatten im Querschnitt: Demokratie und Klassenfrage

Teilweise überlappend zu den von uns ausgemachten ökonomischen Debattensträngen stehen Diskussionen über Demokratie sowie über die Relevanz der Klassenfrage. Beide Debattenstränge sind für die politische Einordnung und weitere Verarbeitung der ökonomischen Diskurse – mit dem Ziel eines zukunftsfähigen Leitbilds – allerdings von Relevanz.

Demokratische Beteiligung und ökonomische Transformation

Die Unzufriedenheit mit „dem System“ wirft auch die Frage der Zukunft unserer Demokratie auf. Wachsende Bedeutung hat der Diskurs der „Bürgerdemokratie“, der jedoch weniger eine Kapitalismus- als eine Staats- und Elitenkritik formuliert. Sein zentrales Anliegen ist die Stärkung der politischen Einflussnahme der Bürger/innen gegenüber dem

40 Ebd., S. 254.

41 Paul Mason, *Postkapitalismus*, Berlin 2016, S. 16.

42 Ebenda, S. 234.

43 Ebenda, S. 336.

44 Ebenda S. 340.

45 Ebenda, S. 362.

46 Isabell Lorey / Klaus Neundlinger (2012): *Kognitiver Kapitalismus*, in dies. (Hrsg.): *Kognitiver Kapitalismus*, Wien, S. 11.

Staat, wie von Roland Roth zum Ausdruck gebracht: „Wenn in diesem Buch von Bürgermacht die Rede ist, geht es um veränderte Machtbalance zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und dem Staat auf der anderen, die zu einer Verbesserung der Qualität des politischen Gemeinwesens beitragen.“⁴⁷ Während der Diskurs in früheren Jahrzehnten eine Dominanz linksliberaler und alternativer Milieus bzw. der Neuen Sozialen Bewegungen war, ist er inzwischen, sowie auch seine Protestformen und Forderungen (wie nach mehr direkter plebiszitärer Demokratie), auch in bürgerlich-konservativen sowie rechtspopulistischen Kreisen präsent. Gemeinsam ist diesen Diskursen der Topos der „Transparenz“, dem ein Misstrauen gegenüber wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren und Prozessen zugrunde liegt. Gefordert wird ein Mehr an Offenlegung und Kontrolle.

John Keane hat für diese Haltung den Begriff der „monitory democracy“ geprägt.⁴⁸ Die repräsentative Demokratie wird als unzureichend angesehen und müsse durch mehr direkte Bürgerbeteiligung und eine plebiszitäre Demokratie ergänzt werden. Neben den Neuen Sozialen Bewegungen ist beispielsweise die Hackerkultur eine weitere Quelle dieses Diskurses, auch weil das Internet neue Möglichkeiten der direkten Beteiligung bietet. Im Zuge der zwischenzeitlichen Popularität der „Piratenpartei“ wurde das Konzept der „liquid democracy“ propagiert. Eine aktuelle parteipolitische Neugründung namens „Demokratie in Bewegung“ will die Parteiendemokratie nicht überwinden, aber das Prinzip der Partei erneuern: „Aber wir müssen auch Mitbestimmung neu denken. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist Demokratie zum Mitmachen: ein runderneutes System von Mitbestimmung und Transparenz in der Politik.“⁴⁹ Trotz der sehr expliziten Verwendung des Begriffs „Mitbestimmung“ fehlt der Bezug auf die Mitbestimmung in Betrieben und

Unternehmen jedoch, was kennzeichnend für die linksliberalen Demokratie-Diskurse ist.

Die demokratische Frage steht in Verbindung mit der Suche nach Subjekten, Instrumenten und Prozessen einer neuen sozial-ökologischen Transformation. Dieser Begriff hat sich in jüngster Zeit als Alternativbegriff zur „Reform“ (und in gewisser Weise auch „Revolution“) etabliert. Der sicherlich zutreffende Kerngedanke ist, dass punktuelle Reformen nicht ausreichen, sondern Institutionen und Denkweisen „transformiert“ werden müssen. „Es geht um einen prinzipiell neuen Entwicklungspfad, der im Kern durch einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaften und einen entsprechenden Umbau der Sozialsysteme und einen Wandel der kulturellen Deutungsmuster und Lebensweise gekennzeichnet ist.“⁵⁰ Erik Olin Wright entwickelt in seinem sehr ausführlichen Gesamtüberblick eine Transformationstypologie und unterscheidet drei Typen: Transformation durch Bruch, durch Freiräume und die symbiotische Transformation, wobei letztere im Wesentlichen eine Fortsetzung des sozialdemokratischen Klassenkompromisses meint.⁵¹ Im deutschen ökologisch-linksliberalen Diskurs wiederum dominiert vor allem die „Transformation von unten“⁵², wie sie von Autoren wie Claus Leggewie oder Harald Welzer propagiert wird. Diese entspricht der Wright'schen Einteilung folgend vor allem der „Transformation durch Freiräume“ im Sinne bewusst entwickelter „Formen gesellschaftlicher Organisation, die von den herrschenden Macht- und Ungleichheitsstrukturen abweichen“. Zwar nicht völlig blind für die soziale Frage oder die Rolle des Staates zielen derartige alternativitär-avantgardistische Beiträge doch darauf ab, dass das sozial und ökologisch bewusste Bürgertum neue Formen des Wirtschaftens und Konsumierens etabliert, in der Hoffnung, dass diese Formen hegemonial würde. In Verbindung zum Postwachstumdiskurs steht die Kritik an einer

47 Roth, Roland (2011): Bürgermacht, Hamburg, S. 251.

48 Keane, John (2009): The Life and Death of Democracy, London.

49 <https://bewegung.jetzt/programm/>.

50 Rolf Reißig (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 19.

51 Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien, Berlin.

52 Leggewie, Claus (2011): Mut statt Wut, Hamburg, S. 118

„zukunftsvergessenen und innovationsbesessenen Kultur des unbegrenzten Wachstums und Konsumierens“.⁵³

(K)eine Klassenfrage?

Eine nicht erst in Reaktion auf Trump und den Brexit auch international diskutierte Frage lautet: Wie hältst du es mit der Klassenfrage? Richard Rorty thematisierte schon Ende 1990er Jahre den Bedeutungsverlust der reformistischen und den Aufstieg einer akademischen und kulturellen Linken, die sich auf eine Politik „der Differenz“ oder „der Identität“ spezialisiert, dabei durchaus Erfolge erzielt, aber zugleich soziale Verteilungsaspekte im eigenen Land aus dem Blick verloren habe. Er sorgte sich schon damals, dass die Globalisierungskritik vor allem von rechts komme und fürchtete angesichts einer „Proletarisierung des Bürgertums“ eine „populistische Revolte von unten“.⁵⁴

Die „große Regression“ hat nun in der Linken einen noch etwas zaghaften und vor allem intellektuell geführten Selbstreflexionsprozess ausgelöst. Im Mittelpunkt steht die Diagnose, dass zum einen akademische und kulturlinke postmoderne Diskurse, zum anderen aber auch die Sozialdemokratie der „Neuen Mitte“ oder grüne Parteien der Besserverdienenden den Anschluss an die Arbeiterklasse (im weiteren Sinn unter Einbeziehung des neuen Dienstleistungsproletariats) verloren hätten.

Die Entfremdung zwischen einer sich in abstrakten Kategorien mit großem Distinktionsbedürfnis ausgestatten Linken und den „einfachen Menschen“ ist Thema verschiedener teils autobiografischer Texte. Didier Eribon stellt in seinen Erinnerungen „Rückkehr nach Reims“⁵⁵ die These auf, die (auch kommunistische) Linke habe sich in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr auf Minderheitenrechte konzentriert, und darüber die „alte“ Arbeiterfrage nicht mehr in den Blick

genommen. Folge sei eine große Entfremdung zwischen den früher links wählenden sozialen Schichten und den kosmopolitischen linken Parteien, die in eine vermehrte Wahl des Front National münde. Ihre Bedürfnisse nach (sozialer) Sicherheit und (persönlichem) Respekt würden von linken Parteien nicht mehr bedient. Owen Jones thematisiert ausgehend von einer Kritik des Thatcherismus aber auch der Politik von New Labour den „Klassenhass“ in der britischen Gesellschaft und in den Massenmedien.⁵⁶

In diesem Spannungsfeld stellt sich die Frage des politischen Subjektes, der Bedeutung von klassischer Erwerbsarbeit und der Rolle der Arbeiterbewegung. In Deutschland existieren noch vergleichsweise starke Gewerkschaften, zumindest in den Kernbranchen. Vielen Linken scheint dies jedoch zu altbacken zu sein: Sie setzen auf eine „Multitude“⁵⁷, die sich u.a. aus prekär Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, aus illegalisierten Migrant/innen, sowie aus teils prekär beschäftigten Wissensarbeiter/innen auf wundersame Weise zu einem neuen revolutionären Subjekt zusammenfinden sollen. Auch für Paul Mason sollen die Träger der neuen postkapitalistischen Bewegung die „vernetzten Individuen“ sein, „diejenigen, die in den Stadtzentren Protestlager errichten, die Fracking-Anlagen blockieren, Punkrock-Konzerte auf den Dächern russischer Kathedralen veranstalten, im Gezi-Park mit Bier anstoßen, um den Islamismus herauszufordern, eine Million Menschen auf die Straßen Rios und Sao Paulos bringen und Massenstreiks in den Industriebezirken Südchinas organisiert. Sie sind die ‚aufgehobene‘ Arbeiterklasse, die verbesserte Version, welche die alte ersetzt.“⁵⁸

Gerade mit dem auch in anderen Ansätzen hergestellten Bezug auf Wissensarbeiter/innen treten ein anti-institutioneller Reflex und ein Bedürfnis nach einem „Anderssein“ zutage, das Boltanski und Chiapello mit dem Konflikt zwischen Künstler- und Sozialkritik am

53 Bernd Sommer / Harald Welzer (2014): Transformationsdesign, S. 10

54 Richard Rorty (1999): Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, S. 81

55 Didier Eribon (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin

56 Owen Jones (2012): Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse

57 Michael Hardt / Antonio Negri (2004): Multitude, Frankfurt/New York

58 Mason, S. 279

Kapitalismus beschrieben haben.⁵⁹ Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung sei es immer wieder gelungen, Wünsche einzelner nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung in der Arbeit aufzunehmen und kapitalistisch in Wert zu setzen. Die „Künstlerkritik“ am Kapitalismus führe zu einer Expansion kreativer Tätigkeiten und Geschäftsfelder im Kapitalismus, nicht aber zu dessen Überwindung. In der Folge wurden immer wieder ursprünglich widerborstige Ansprüche in den Kapitalismus integriert. Aus der Perspektive der Künstlerkritik erscheinen Teile des aktuellen Kapitalismus mit seinem (vermeintlichen) Aufbrechen starrer Arbeitsstrukturen und von Hierarchien so für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit als durchaus akzeptabel.

Nancy Fraser spricht in Reaktion auf diese Entwicklung von einem „progressiven Neoliberalismus“⁶⁰, dessen US-amerikanische Form auf einem „Bündnis ‚neuer sozialer Bewegungen‘ (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und LGBTQ) mit Vertretern hoch technisierter, ‚symbolischer‘ und dienstleistungsbasierter Wirtschaftssektoren (Wall Street, Silicon Valley, Medien- und Kulturindustrie)“ beruhe. „Wenn auch unbeabsichtigt leihen sie Letzteren dabei ihren Charme und ihr Charisma. Seither bemänteln – prinzipiell für sehr unterschiedliche Ziele einsetzbare – Ideale wie Diversität und Empowerment neoliberale Politiken, die zu einer Verheerung der alten Industrien mitsamt den Mittelklasse-Lebenswelten der in ihnen Beschäftigten geführt hat.“⁶¹ Ein umfassendes linkes Narrativ, dass Wähler/innen mit einer Fundamentalkritik der finanzmarktgetriebenen Wirtschaft einerseits und einem antirassistischen, antisexistischen und antihierarchischen Emanzipationsverständnis hätten verschmelzen können, sei so nicht möglich gewesen: „So blieben die beiden unverzichtbaren Pole einer lebensfähigen Linken meilenweit voneinander entfernt und warteten

nur darauf, einander als Antithesen gegenüber gestellt zu werden.“⁶²

Entstanden ist so letztlich eine kulturelle Heimatlosigkeit der Arbeiter sowohl im Verhältnis zu einer Sozialdemokratie der „Neuen Mitte“ als auch zu einer akademisch geprägten Linken, deren politische Diskurse mit den Lebensrealitäten, kulturellen Prägungen und Alltagspraktiken der breiten Masse von Arbeiterinnen und Arbeitern wenig zu tun haben – und zum Teil auch in offene Missachtung umschlagen.

Was folgt aus alledem?

Die oben knapp aufgeworfenen Schlaglichter machen die große Pluralisierung von ökonomischen Diskursen links der Mitte deutlich. Für sich genommen erscheint keiner der Diskurse mehrheitsfähig; stattdessen kommt es zu einem massiven Auseinanderdriften der Diskursstränge und der möglichen Allianzperspektiven. So lässt sich beispielsweise das Ziel von „Diversity“ in der Belegschaft auch ohne eine Problematisierung grundsätzlicher kapitalistischer Ausbeutungsstrukturen verhandeln. Von Seiten der neuen Kosmopoliten werden sozialstaatliche Absicherungssysteme teilweise impliziert delegitimiert, etwa wenn das „Normalarbeitsverhältnis“ als Privileg des weißen heterosexuellen männlichen Arbeiters denunziert wird, – und weniger die Forderung nach einem modernisierten „Normalarbeitsverhältnis für alle“, sondern die Wegnahme dieser vermeintlichen „Privilegien“ verlangt wird.

Umgekehrt führt dies in mancher Lesart aus dem Umfeld der Sozialdemokratie auch zu einer Schlussfolgerung, die arbeitenden Menschen unterstellt, mit kultureller Differenz irgendwie nicht umgehen zu können, und für deren politische Ansprache dann angeblich chauvinistische Töne geeignet sein sollen. Lösungsangebote im Bereich der sozialen Frage werden so durch einen Wechsel des Spielfelds hin zu vermeintlich kulturellen Einstellungsmustern beantwortet. Auf Ebene der politischen Handlungsvorschläge äußert

59 Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

60 Nancy Fraser, Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Geisselberger, a.a.O., S. 77ff., S. 78.

61 Ebenda, S. 78f.

62 Ebenda, S. 83f.

sich das meist in Ideen, die politische Linke müsse „die nationale Frage“ stärker besetzen, dürfe nicht so „politisch korrekt auftreten“, und solle sich überhaupt weniger mit Minderheitenrechten beschäftigen. Völlig ignoriert wird hier die Tatsache, dass die politischen Niederlagen gerade der Sozialdemokratie in Europa in den vergangenen Jahren wohl doch eher Folge ihrer Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten bzw. ihrer „Neuen-Mitte-Diskurse“ waren. Wenn die Sozialdemokratie des „dritten Wegs“ Erfolge vorweisen kann, dann in erster Linie im Bereich der gesellschaftlichen Modernisierung. Letztlich fatal wirkte sich aus, dass diese gesellschaftliche Modernisierung zugleich mit einer Delegitimierung kollektiver Absicherungswünsche und -systeme begleitet wurde.

Es kann also nicht um ein „gegeneinander Ausspielen“ von verschiedenen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsformen gehen. Offensichtlich ist lediglich, dass ohne einen ernsthaften Fokus auf die sozialen und arbeitspolitischen Anliegen von arbeitenden Menschen keine progressive Verbindung zu den Problemen diskriminierter Gruppen entstehen kann. Politisch muss die Sozialdemokratie daher einen Spagat zwischen ihrer Rolle als „Schutzmacht der kleinen Leute“ bzw. einem eher paternalistisch-etatistischen Ansatz und einer viel stärker von Künstlerkritik am Kapitalismus getragenen Lebensstil-, Institutionen und Demokratiekritik vor allem in den linksliberalen Mittelschichten versuchen.

Dabei wird es unter anderem darauf ankommen, die mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen verbundene Vorstellung nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung in einer Diskussion um die Gestaltung einer solidarischen Arbeitsgesellschaft aufgehen zu lassen, ohne dabei auf vereinfachende Analysen einer „Abstiegs-gesellschaft“ zu setzen. Die verbindende Klammer zwischen den Ansprüchen „alter“ Arbeitnehmer/innenmilieus und neuer kreativer Schichten kann nur in einer solidarischen Neugestaltung der Erwerbsarbeitsgesellschaft

bestehen. Auf der Policy-Ebene gibt es hier durchaus Ideen, die allerdings noch nicht Element einer neuen sozialstaatlichen „Erzählung“ der Sozialdemokratie sind.

Nötig wäre es zudem, die skizzierten Spannungsfelder der ökonomischen Diskussion stärker in gemeinsamen Debatte zusammenzuführen. Dies gilt für die Bewertung der „Finanzialisierung“ ebenso wie für das aktuelle „Modethema“ der Digitalisierung, an dem besonders offenbar wird, wie unterschiedlich dieser mögliche Produktivkraftsprung bewertet und dementsprechend auch sehr kontroverse Schlussfolgerungen gezogen werden.

Mit Bezug auf die ökologischen Herausforderungen besteht eine weitere Spannung, die für die Debatten der Sozialdemokratie keineswegs neu ist: Wie weit kann der gesellschaftliche und ökonomische Veränderungsanspruch eigentlich innerhalb einer kapitalistisch verfassten Ökonomie reichen? Wie kann eine Akteurskonstellation der „Transformation“ aussehen, die eben nicht allein von einer Avantgarde des ökologisch-kosmopolitischen Kreativ-Bürgertums angeführt wird, der Arbeitsplätze in Energiewirtschaft und Industrie nicht gerade ein Herzensanliegen sind?

Nötig ist die Arbeit an einem linken „Fort-schrittsnarrativ“, das im Bereich der ökonomischen Analyse die Perspektive eröffnet, den möglichen Produktivkraftsprung der Digitalisierung zu einem neuen „sozial-ökologischen Transformationsprojekt“ zu nutzen. Wichtig ist, dass es im Bereich der Akteure gelingt, die Ansprüche der „alten“ Arbeiter/innenmilieus nach Aufstieg, Sicherheit und Respekt zu verbinden mit der Perspektive einer diversen und diskriminierungsfreien Gesellschaft und dem grundsätzlichen Anspruch nach Individualität und Autonomie in einer solidarischen Arbeitsgesellschaft.

Eine solche verbindende Debattenführung ist anspruchsvoll, die möglichen Akteure und gemeinsamen Debattenorte bislang auch nur in Ansätzen erkennbar. Es wird auch auf die spw und die anderen linken politischen Zeitschriften ankommen, hier Impulse zu setzen. ■

Digitaler Kapitalismus – Dynamiken, Potenziale, Monopole

von Arno Brandt¹

„In the 1930s, there was a great deal of worry about monopoly capitalism; the concern was that the new industrial technologies required sufficiently large scales of production for efficiency that there would be relatively few firms in any economy, leading to concentrations in economic (and therefore political) power. Worries about monopoly capitalism are being played out once again, this time on an international scale, with Microsoft being at the center of attention.“

Joseph Stiglitz

Nach der „Großen Krise“ von 2007/2008 hat es eine Reihe von theoretischen Anläufen gegeben, um der Frage nachzugehen, was nach dem Scheitern der neoliberalen Ära folgt². Gerade für die Reformagenda der demokratischen Linken ist es von zentraler Bedeutung zu verstehen, wie sich der Kapitalismus neu erfindet und wie er sich gleichsam wieder neuen immanenten Grenzen nähert. Ob dieser Prozess zu neuen, möglicherweise noch heftigeren Krisen führt oder Wegscheiden zu alternativen Pfaden der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eröffnet, ist offen und hängt maßgeblich vom gesellschaftlichen Kräfteparallelogramm im nationalen, europäischen und internationalen Maßstab ab. Bemerkenswert ist immerhin, dass in vielen Ländern die Kapitalismuskritik wieder auf die Agenda rückt und neue politische Bewegungen entstehen, die sich kritisch mit dem real-existierenden Kapitalismus auseinandersetzen³. Mit dem nachfolgenden Beitrag geht es mir darum, einige vorläufige Überlegungen zu einem Entwicklungsmodell des „Digitalen Ka-

pitalismus“ zu diskutieren und dabei insbesondere auch die progressiven Potenziale der sich abzeichnenden Entwicklungen in den Blick zu nehmen⁴.

Neue Prosperitätskonstellation?

In seinem kongenialen Buch „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ geht Burkart Lutz davon aus, dass sich die säkulare Entwicklung industriell-marktwirtschaftlicher Gesellschaften in einer Aufeinanderfolge von Wachstumsschüben vollzieht, zwischen denen jeweils längere Perioden der Stagnation liegen⁵. Im Gegensatz zu Nikolai Kondratieff und anderen Vertretern der „Theorie der langen Wellen“⁶ unterstellt Lutz aber keinen endogenen Mechanismus, aus dem sich der Trendumschwung immer wieder notwendig ergeben müsste. „Vielleicht setzt jeder Wachstumsschub die Herstellung einer jeweils neuen Prosperitätskonstellation voraus...“⁷. Nach Lutz gilt es die historisch sehr unterschiedlichen Verläufe von kapitalistischer Prosperität und Krise gemäß ihrer jeweils besonderen Dynamik zu erklären. „Jede Entwicklungsphase bringt einen spezifischen Umgang mit Ressourcen mit sich, hat bestimmte Organisationsformen, bestimmte Formen sozialer Ungleichheit, Ausbeutung u. ä.“⁸.

Gegenwärtig vollzieht sich ein beschleunigter wirtschaftlicher Wandel, der von zwei eng miteinander verknüpften Entwicklungen angetrieben wird. Einerseits werden Produktion und Dienstleistungen zunehmend wis-

1 Dr. Arno Brandt ist Leiter des CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH und lebt in Lüneburg.

2 Z.B. Rodrik, D. (2011): Das Globalisierungsparadoxon – Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft, München, Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin, L. Summers: The Age of Secular Stagnation, 15.2.2016, h <http://larrysummers.com/2016/02/17/the-age-of-secular-stagnation>, Lessenich, St., Rosa, H. (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik: Eine Debatte, Berlin, Crouch, C. (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin, Wallerstein, I., Collins, R., Mann, M., Derluguian, G., Calhoun, C. (2014): Stirbt der Kapitalismus?, Frankfurt a.M.

3 Greffrath (2017): RE: Das Kapital. Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert, Berlin.

4 Diese sind zweifellos durch die Diskussion weiterer Fragen zu ergänzen: Wie verhält sich der Digitale Kapitalismus zum Finanzmarktkapitalismus? Welche Auswirkungen sind auf die Organisation der Arbeit zu erwarten (Gute Arbeit)? Welche Raumkonzepte sind mit ihm verbunden? Wie verhält es sich mit der ökologischen Nachhaltigkeit? etc.

5 B. Lutz (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt a. M., New York, S. 19.

6 Kondratieff, N., Händeler, E. (Hrsg.) (2013): Die langen Wellen der Konjunktur: Die Essays von Kondratieff aus den Jahren 1926 und 1928, Moers, Freeman, Ch., Louca, F. (2001): As Time Goes by: From the Industrial Revolution to the Information Revolution, Oxford, New York.

7 Ebenda, S. 20.

8 B. Lutz (2011): „Der kurze Traum“ revisited : Aussicht auf eine neue Prosperität? (Interview), in: RegioPol 1+2 2011, S. 17.

sensintensiver und kollaborativer. Andererseits haben wir es mit einer durchgreifenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu tun. Vor diesem Hintergrund ist von einer vierten industriellen Revolution (Industrie 4.0) die Rede, die mit einem grundlegenden Wandel des Wertschöpfungs- und Innovationssystems einhergeht. Damit stellt sich die Frage, ob wir uns am Beginn einer neuen Prosperitätskonstellation befinden, die durch umfassende Prozesse der Digitalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche getrieben wird. Eine solche Prosperitätskonstellation wäre mit dem Begriff des „Digitalen Kapitalismus“ zutreffend zu charakterisieren. Peter Glotz hat bereits vor über 25 Jahren die These vertreten, dass „die ‚digitale Technologie‘ ein Komplex unterschiedlicher Techniken und Apparaturen, zu einer neuen Entwicklungsphase marktwirtschaftlicher Ordnung führen wird“⁹.

Der Begriff „Industrie 4.0“ spielt auf den Prozess einer vierten industriellen Revolution an. Die zugrundeliegende Argumentation besagt, dass die Einführung von wasser- und dampfkraftbetriebenen Produktionsanlagen im 18. Jahrhundert als der erste in einer Reihe von industriellen Entwicklungssprüngen zu verstehen ist. Ende des 19. Jahrhunderts wurde die fordistische, elektrisch betriebene Massenproduktion eingeführt und Mitte des 20. Jahrhunderts die Produktion durch den Einsatz von Elektronik- und IT-Systemen weitreichend automatisiert. In Fortführung dieser Etappenbestimmungen befinden wir uns infolge der umbruchartigen Weiterentwicklung der industriellen Basis an der Schwelle zu einer vierten industriellen Revolution.

Technologisch betrachtet werden die tiefgreifenden wirtschaftlichen Transformationsprozesse der Industrie 4.0 vor allem durch den Einsatz cyberphysischer Systeme ausgelöst¹⁰. Hohe Produktivitätseffekte werden durch den Einsatz der (Leichtbau)Robotik erwartet. Im Kontext der Entwicklung Künstlicher Intelli-

genz (KI) geht es bereits in naher Zukunft um den vermehrten Einsatz von lernenden Maschinen¹¹. Darüber hinaus tragen Innovationen im Bereich additiver Fertigungsverfahren (3D-Druck), der Einsatz neuer Materialien sowie die Einbindung externen Know-hows über das Internet (Cloud-Dienste) zu einem Entwicklungsschub bei. Erweitert wird die Industrie 4.0 durch die immer umfassendere Integration des gesamten Wertschöpfungs-systems, die zunehmend auch die Dienstleistungsökonomie erfasst (Wirtschaft 4.0). Die Digitalisierung transformiert in radikaler Weise auch die Dienstleistungsbereiche, die sich nach traditionellem Verständnis für Rationalisierungsprozesse als sperrig erweisen (Finanzdienstleistungen, Steuerberatung, Rechtberatung, Architektur, Ingenieurdienstleistungen, Gesundheitsdienstleistungen)¹². Digitale Plattformen beschleunigen die ökonomischen Transaktionen von den Herstellern bis zu den Konsumenten („Prosumenten“). BIG Data soll das große Geschäft der Zukunft werden¹³. Strategische Konzepte, wie Smart City oder Smart Region, mit denen vom Gesundheitssystem (E-Health) über die Energieversorgung (Smart Grids) und Mobilität (Smart Mobility) bis zu den privaten Haushalten (Smart Home) unterschiedliche Geschäftsmodelle verbunden werden, zeigen, wie total der Prozess der Digitalisierung alle Wirtschafts- und Lebensbereiche erfassen soll¹⁴. Soweit sich derartige Vorhaben unter privatwirtschaftlichen Vorzeichen durchsetzen, kann auch von einer Fortsetzung industriell-kapitalistischer Land-

9 Glotz, P. (1999): *Beschleunigte Gesellschaft – Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus*, München, S. 10.

10 Sandler, U. (2016): Die Chancen von Industrie 4.0 – Vernetzung und Durchgängigkeit als Erfolgsfaktoren einer erfolgreichen Industriepolitik, Böll, Brief, Berlin.

11 „Ihr Lernen funktioniert so, dass sie Abertausende von Beispielen immer wieder vergleichen, wobei sie die entscheidenden Muster ausfindig machen und diese dann auf das anwenden, was ihnen neu zugeführt wird.“ (Erik Brynjolfsson (2017): Das nächste Maschinenzeitalter, in: Hornemann, B., Steuernagel, A. (Hrsg.): *Sozialrevolution*, Frankfurt, New York, 43). „Trotz anderslautender Visionen [...] sind Rechenmaschinen weder intelligent, intuitiv, kreativ noch mächtig, und können schon gar nicht denken. Maschinen können insbesondere keine Modelle und Vorstellungen zur Erklärung und Interpretation von Datenmengen entwickeln, sie sind zu kausaler Theoriebildung nicht fähig“ (Meixner, Werner, 2016: *Die Gefahren der totalen Cyber- Vernetzung*, München 29. September 2016, S. 8, <http://www.mayr.in.tum.de/personen/meixner/GefahrTotalerCyberVernetzung.pdf>).

12 Brandt, A., Danneberg, M., Polom, L. (2016): *Gute digitale Arbeitswelt – Auswirkungen der Digitalisierung im Dienstleistungsbereich*, Studie im Auftrag von Ver.di Niedersachsen und Friedrich Ebert-Stiftung Niedersachsen, WISO (FES), 16/2016, Bonn. Hübner, K. (2006): *Neuer Anlauf*, Berlin, S. 75, IAB (2015): *Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt – Substituierungspotenziale von Berufen in Deutschland*, IAB Forschungsbericht, 11/2015, Nürnberg.

13 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017): *Weißbuch Digitale Plattformen – Digitale Ordnungspolitik für Wachstum, Innovation, Wettbewerb und Teilhabe*, Berlin.

14 Informationen zur Raumentwicklung: *Smarter City – better Life?*, 1/2017.

nahme¹⁵ bis in die intimsten Sphären privater Haushalte gesprochen werden.

Mit den sich abzeichnenden technologischen Trends ist allerdings auch eine politische und gesellschaftliche Gestaltungsdimension verbunden. Der digitale Wandel ist nicht als deterministischer Prozess zu verstehen, bei dem allein die Technik die Veränderungen in den Produktions- und Arbeitsprozessen vorgibt¹⁶. Um technische Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen, sind vor allem auch soziale Innovationen erforderlich. „Eine soziale Innovation ist eine zielgerichtete Neukonfiguration sozialer Praktiken, mit dem Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen, als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist und damit einen Beitrag zum sozialen Fortschritt zu leisten.“¹⁷. Am Ende entscheidet nicht die Technik, ob sie die Handlungsspielräume der Wissensarbeiter erweitert oder einengt, ob sie zur Substituierung oder Stabilisierung von Arbeitsplätzen führt oder in welcher Weise die möglich gewordene Entgrenzung von Arbeit praktisch umgesetzt wird. Bei der Einführung neuer Basistechnologien gilt es, den Menschen als Mitgestalter und Ko-Produzenten, als Anwender und Innovator in den Blick zu nehmen und das gesamte institutionelle Arrangement des Produktions- bzw. Innovationssystems neu zu konfigurieren. Die neuen technologischen Möglichkeiten werden sich nur dann durchsetzen, wenn sie gesellschaftlich legitimiert und schließlich als neue soziale Praktiken routinisiert bzw. institutionalisiert sind.

Produktivitätsparadoxon

Der digitale Kapitalismus erweist sich nur dann als eine neue Prosperitätskonstellation, wenn er aufgrund seiner technologischen und sozialen Innovationen in der Lage ist, eine neue Produktivitäts- und Wachstumsdynamik

in Gang zu setzen¹⁸. Mit dem Anstieg der Produktivität würden sich die Verteilungsspielräume erweitern, wodurch ein maßgeblicher Beitrag zur Absicherung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage gewährleistet werden könnte. Insgesamt könnte dadurch ein „lohngestütztes Wachstum“ generiert werden¹⁹. Angesichts des zu beobachtenden Trends abflachender Produktivitätsraten ist aber zumindest bislang eine derartige Dynamik nicht in Sicht. Schon in den späten 80er Jahren des letzten Jahrhunderts hat Robert Solow über die ausbleibenden Produktivitätseffekte der Digitalisierung das „Produktivitätsparadox“ formuliert: „Das Computerzeitalter hat überall seine Spuren hinterlassen – außer in der Produktivitätsstatistik“²⁰.

Da Ökonomen nicht über eine Kristallkugel verfügen, können sie auch nicht vorhersagen, welchen Verlauf der Innovations- bzw. Wachstumspfad nimmt. Sie wissen auch nicht genau, wie schnell und in welchem Ausmaß Roboter und KI Arbeitsplätze verdrängen werden und wo neue Arbeitsplätze entstehen. Die ökonomische Forschung bietet aber Erklärungsmuster an, warum sich unterschiedliche Entwicklungspfade und Politiken durchsetzen können²¹.

Für das bisherige Ausbleiben einer Produktivitätsdynamik im Kontext der Digitalisierung lassen sich vor allem drei Erklärungsansätze ausmachen. Die erste Position vertritt die These, dass es keinen nennenswerten Produktivitätseffekt gibt und auch nicht geben wird (1). Die zweite Position geht davon aus, dass auf der Basis der Beobachtungen zurückliegender von Basisinnovationen getragener Wachstumswellen geschlossen werden kann, dass die Produktivitätseffekte über kurz oder lang noch erfolgen werden (2). Die dritte Position

15 Lutz, B. (1984): a.a.o., S. 57.

16 Hirsch-Kreinsen, H. 2010: Die ‚Hightech-Obsession‘ der Innovationspolitik, in: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hrsg.): Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma, Wiesbaden, S. 71–86.

17 Buhr, D. (2015): Soziale Innovationspolitik für eine Industrie 4.0, WISO Diskurs (FES), April 2015, S. 20.

18 Um von einer „neuen Entwicklungsphase des Kapitalismus“ zu sprechen, reicht es aus, eine neue Qualität des Wirtschaftens zu konstatieren (Staab, Ph. (2017): Souveränität im digitalen Kapitalismus, in: spw 220 S. 48). Eine neue Prosperitätskonstellation bedingt einen Produktivitätsschub.

19 Bluestone, B., Harris, B. (2002), Geteilter Wohlstand – Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M., 270 und 283 ff.

20 zitiert nach Hübner, K. (2006): a. a. o., S. 48 (Übersetzung: A.B.).

21 Stiglitz, J. (2017): The coming great transformation, S. 4, http://www8.gsb.columbia.edu/faculty/jstiglitz/sites/jstiglitz/files/The%20Coming%20Great%20Transformation_0.pdf.

ist überzeugt davon, dass die Produktivitätseffekte bereits vorhanden, aber aufgrund von Eigentümlichkeiten der Digitalisierung und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht sichtbar sind (3)²².

(1) Produktivitätswachstum existiert nicht und kommt nicht

So hält Robert Gordon die erwarteten Nutzeffekte der Digitalisierung und damit der makroökonomischen Auswirkungen für weit übertrieben. Nach seiner Einschätzung ist die Breitenwirkung der technologischen Innovationen der vierten industriellen Revolution weitaus geringer als in den vorangegangenen Phasen industrieller Revolutionen, so dass ein vergleichbarer Innovationsschub ausbleiben dürfte. Nach Gordon kamen nach der Einführung von PC's und damit zusammenhängender elektronischer Geräte kaum nennenswerte Neuerungen hinzu²³. Die großen Unternehmen der Branche wurden vor 2004 gegründet und nachdem die Preise für Computer zunächst stark gesunken sind, sind die Fortschritte mittlerweile kleiner und die Preise sinken nur noch geringfügig²⁴.

(2) Produktivitätswachstum kommt noch

Kurt Hübner vertritt in seinem Buch „Neuer Anlauf“ die Auffassung, dass die Digitalisierung der Wirtschaft zu einem neuerlichen Produktivitätsschub führen und

einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen kann, da die ihr zugrundeliegende Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) als „**General Purpose Technology**“ (GPT) fungiert. GPTs entsprechen dem, was in Schumpeterianischer Perspektive als „**große Innovationen**“ bezeichnet wird, die in der Lage sind, ein neues technologisches Paradigma zu definieren. Solche Innovationen beginnen in ihrem Lebenszyklus noch unstrukturiert und formieren sich erst allmählich zu einer Innovation, die eine breite sektorale Anwendung erlaubt. GPTs zeichnen sich daher dadurch aus, dass zwischen der Markteinführung und ersten fühlbaren Effekten lange Zeiträume verstreichen können²⁵. Diese Einschätzung teilt auch Bart van Ark, der in seinem Lebenszyklusmodell davon ausgeht, dass sich der Digitalisierungsprozess noch in der Einführungsphase befindet und die Wachstumsphase noch aussteht²⁶.

(3) Produktivitätswachstum ist unsichtbar

Dass die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes große Defizite aufweist, gehört mittlerweile zum ökonomischen Basiswissen²⁷. Daher überrascht es nicht, wenn auf der Suche nach der Auflösung des Produktivitätsrätsels auch die Messproblematik eine Rolle spielt. So erklärt auch Erik Brynjolfsson, Mitautor von „Second Machine Age“, das Produktivitätsparadoxon im Wesentlichen mit Messproblemen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: „Wir messen den Zuwachs an Produktivität, den die Digitalisierung bringt, nicht richtig; da gibt es sehr große Probleme. Wir haben heute zum Beispiel kostenlose Dienste wie Skype oder Wikipedia, wir haben heute in jedem Smartphone ein GPS-System, das nichts extra kostet. Damit ersetzen wir Dinge, die früher sehr teuer waren: das Lexikon, teure Auslands-telefonate und vieles mehr. Wenn man lauter Dinge hat, die nichts mehr kosten, was tragen die dann noch zum Bruttoinlandsprodukt bei? Nichts. Aber erhöhen sie unseren Wohlstand?“

22 Sabine Pfeiffer hat sich darüber hinaus sehr überzeugend mit den euphorischen Prognosen der deutschen Industrie zur „Vierten Industriellen Revolution“ auseinandergesetzt: Wenn die Innovationen vor allem disruptiv sein werden, wie immer wieder von den Protagonisten der Industrie 4.0 behauptet wird, wie können dann überhaupt stabile Prognosen gestellt werden? (Pfeiffer, S. (2015). Warum reden wir eigentlich über Industrie 4.0- Auf dem Weg zum digitalen Despotismus, in: Mittelweg 36, H.4/2015/2016, S. 23 ff.).

23 Gordon, R. (2016): The rise and the fall of american growth, New Jersey, 566 ff, Gordon, R. (2015): The economics of secular stagnation - A Supply-Side View, in: American Economic Review: Papers & Proceedings 2015, 105(5): 54–59 <http://dx.doi.org/10.1257/aer.p.20151102>.

24 Aus der Sicht des IMK, das im Wesentlichen der Argumentation von R. Gordon folgt, scheint auch für die deutsche Wirtschaft eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die Höhe der zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekte einer vierten industriellen Revolution angebracht. (Herzog-Stein, A., Friedrich, B., Sesselmeier, Stein, U.: Wachstum und Produktivität im Gegenwind, IMK Report 124, März (2017): Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu den gesamtwirtschaftlichen Effekten einer umfassenden Digitalisierung der deutschen Wirtschaft bis zum Jahr 2025 prognostizieren die Produktivitätseffekte der Digitalisierung auf jährlich rund 0,3 Prozentpunkte gegenüber einem Referenzszenario (Weber, E. (2017): Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Reformen: zur aktuellen Produktivitätsentwicklung, in Wirtschaftsdienst 2/2017, S. 83 ff.).

25 Hübner, K. (2004) a.a.o., S. 58.

26 Ark, van, B. (2016): The Productivity Paradox of the New Digital Economy, in: International Productivity Monitor, number 31. Fall 2016.

27 Stiglitz, J., Sen, A., Fitoussi, J.-P. (2010): Mismeasuring our lives: Why GDP doesn't add up, New York.

Schaffen sie einen Mehrwert? Natürlich. Wir haben eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Digitalisierung an Mehrwert schafft, und dem, was die offiziellen Zahlen darüber aussagen. (...) Wir müssen die Methoden verbessern, um diesen Mehrwert, diesen Zuwachs an Produktivität richtig zu messen. Bei uns am MIT haben wir errechnet, dass es allein in den USA eine Wertschöpfung von 300 Milliarden Dollar gibt, die aus der Digitalisierung resultiert und in den offiziellen Zahlen nicht auftaucht, weil sie nicht gemessen wird²⁸.

Wie stark diese Argumentation am Ende ins Gewicht fällt, ist schwer auszumachen, aber Ökonomen wie Joseph Stiglitz²⁹ und andere³⁰ bestätigen, dass das Messproblem tatsächlich eine größere Rolle spielen könnte. Ein Teil des Produktivitätsparadoxons ist daher offenkundig auf die Unmöglichkeit der Inwertsetzung bestimmter Informationsgüter zurückzuführen (siehe unten). Darüber hinaus bleibt die Frage, ob im Laufe der weiteren Entwicklung des Digitalisierungsprozesses nennenswerte Produktivitätseffekte noch zu erwarten sind oder nicht. Bei allen Unsicherheiten halte ich die regulationstheoretisch fundierte Argumentation von Kurt Hübner überzeugender als die Einschätzung von Robert Gordon. Schließlich ist zudem davon auszugehen, dass eine umfassende Digitalisierung weiter Bereiche des Dienstleistungssektors (einschließlich der Service-Robotik) noch ganz am Anfang steht und damit erhebliche Rationalisierungseffekte im Bereich der Dienstleistungen in Zukunft noch zu erwarten sind³¹.

Null-Grenzkosten-Ökonomie

Die Argumentation von Brynjolfsson, dass es wirtschaftliche Leistungen gibt, die nicht in die Wertschöpfungsrechnung eingehen, verweist auf das Phänomen, dass es im digitalen Kapitalismus ökonomische Aktivitäten gibt, die sich einer Verwertung entziehen bzw. nicht über den Preismechanismus koordiniert werden können. Dieses Phänomen wird in der mikroökonomischen Theorie als Null-Grenzkosten-Ökonomie und in der Marxschen Theorie unter dem Aspekt der Konsequenzen allgemein zugänglichen Wissens für das Wertgesetz diskutiert. Beide Diskussionsstränge führen zu dem Ergebnis, dass es unter bestimmten Voraussetzungen – zumindest für bestimmte Wirtschaftsbereiche – zu einem Versagen des (kapitalistischen) Marktes kommen kann.

In der mikroökonomischen Theorie handelt es sich bei Informationsgütern und Wissen um sogenannte „öffentliche Güter“³² für die sich keine Marktpreise bilden können und die daher auch nicht angemessen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen. Viele Formen von Wissen und Informations- bzw. digitalen Gütern (Suchmaschinen, Internet, Soziale Netze etc.) tragen den Charakter von öffentlichen Gütern und mit ihrer wachsenden Bedeutung ergeben sich zunehmend Grenzen der marktwirtschaftlichen Koordination. Während die Entwicklungskosten (Fixkosten, first-copy-costs) digitaler Güter vergleichsweise hoch sind, tendieren die Grenzkosten hingegen gegen Null. Digitale Güter sind beliebig oft kopierbar, ohne dass sich die Gesamtkosten nennenswert erhöhen und ohne dass sich ihre Qualität und ihr Inhalt verändern. Eine Anwendung der mikroökonomischen Preis-

28 Brynjolfsson, E. (2016) „Nicht jeder kann ein digitaler Superstar sein“, SZ-Interview 25.08.2016, auch McAfee, A. Brynjolfsson, E. (2015): *Second Machine Age – Wie die digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*, Frankfurt, New York, S. 136 ff.).

29 „Möglicherweise erfasst das BIP die Verbesserungen beim Lebensstandard, die die Innovationen des Computerzeitalters hervorruft, nicht richtig.“ (Stiglitz (2014): *Das Innovationsrätsel*, MAR 9, Syndicate).

30 Byrne, D. M., Fernald, J. G., Reinsdorf, M. B. (2016). Does the United States have a productivity slowdown or a measurement problem? *Working Paper Series*, 2016(3), Federal Reserve Bank of San Francisco, March 2016.

31 So ist zu bezweifeln, dass die „Baumol'sche Kostenkrankheit“ in einer Welt des digitalen Kapitalismus weiterhin ungebrochen wirksam sein wird, wie Jochen Hartwig und Hagen Krämer unterstellen (Hartwig, J. und Krämer, H. (2016): Zwischen Hoffnungsträger und Spielverderber: der Beitrag von Dienstleistungen zum Produktivitätswachstum, *Wirtschaftsdienst*, 2/2017, S. 99 ff.). Die Servicerobotik klopft gerade an die Pforten vieler Dienstleistungsarten: „Zudem gewinnt die Servicerobotik an ökonomischer Bedeutung und wird Prognosen zufolge in naher Zukunft die ökonomische Bedeutung der Industrierobotik sogar übersteigen.“ (EFI (2016): *Gutachten zur Forschung, Innovation und Technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands*,

Berlin, S. 14, Berlin, siehe auch: Fraunhofer (ISI), Fraunhofer (IPA) (2016): *Automatisierung und Robotik-Systeme. Studien zum deutschen Innovationssystem*, Nr. 11-2016, Karlsruhe).

32 Öffentliche Güter besitzen im Gegensatz zu privaten Gütern die Eigenschaften der Nicht-Rivalität und der Nicht-Ausschließbarkeit. Nicht-Rivalität bedeutet, dass der Konsum durch eine Person nicht die Verfügbarkeit für andere Personen verringert. Nicht-Ausschließbarkeit bedeutet, dass eine Person nicht andere Personen vom Konsum des Guts ausschließen kann. Bei vielen digitalen Gütern treten diese Eigenschaften in ähnlicher Form auf. Durch die geringen Reproduktionskosten besteht bei der Nutzung dieser Güter keine Rivalität. Dieselbe Software kann von vielen Usern gleichzeitig genutzt werden. Der Ausschluss von anderen Marktteilnehmern bei der Nutzung von Informationsgütern gestaltet sich als extrem schwierig. Informationsgütermarkt ist daher nicht effizient; die „unsichtbare Hand“ des Marktes existiert nicht.

Grenzkosten-Regel (Preis = Grenzkosten) ist daher nicht möglich.

Bei der Rolle des „Wissens“ ist das Problem der Marktkoordination in der mikroökonomischen Theorie noch vertrackter. Wissen ist eine einzigartige Ressource, die sich durch ihren Gebrauch vermehrt. Im Zuge seiner Anwendung erfolgen Lernprozesse, die eine Akkumulation von Wissen ermöglichen. „Alle Menschen können potenziell davon (vom Wissen, A.B.) profitieren, es gibt keine Nutzungskosten“³³. Wissen ist ein Quasi-Öffentliches Gut, das nur durch Schutzrechte zur Absicherung geistigen Eigentums – die immer nur unvollständig und zeitlich begrenzt sein können – einer Verwertung zugeführt werden kann³⁴.

In der Marxschen Ökonomie geht es um die Aufhebung des Wertgesetzes, wenn allgemein zugängliches Wissen zur entscheidenden Produktivkraft im Rahmen kapitalistischer Verwertung wird. Unter dieser Voraussetzung stößt die kapitalistische Marktwirtschaft zunehmend an ihre Grenzen und bereits innerhalb der kapitalistischen Ökonomie bilden sich die Grundlagen für postkapitalistische Produktionsweisen heraus³⁵.

In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen formellem bzw. kodifizierbarem Wissen (explizites Wissen) und lebendigem bzw. nicht-kodifizierbarem Wissen (implizites Wissen oder tacit knowledge) von Bedeutung³⁶. Digitalisierung bedeutet Technisierung von kodifizierbarem Wissen: „Alles formalisierbare (kodifizierbare, A.B.) Wissen kann von seinen stofflichen und menschlichen Trägern abgetrennt, als Software praktisch kostenlos vervielfältigt werden. Je weiter es sich verbreitet, umso größer ist sein gesellschaftlicher Nutzen. Sein Warenwert hingegen schwindet mit seiner Verbreitung und tendiert gegen null: Es wird zu

allgemein zugänglichem Gemeingut.“³⁷ Wissen ist daher grundsätzlich nicht dazu prädestiniert, als Ware behandelt zu werden³⁸.

Die Digitalisierung führt aber auch zur Aufwertung des nicht kodifizierbaren und damit technisch nicht substituierbaren Wissensform. Das explizite Wissen repräsentiert nur die Spitze des Eisbergs. Dieses kodifizierte Wissen setzt einen Fundus von kontextuellem Hintergrund- und praktischem Umsetzungswissen voraus (tacit knowledge)³⁹. Gefragt sind daher immer mehr Erfahrungswissen, Urteilsvermögen, Koordinierungs-, Selbstorganisations- und Verständigungsfähigkeit und damit Formen lebendigen Wissens. „Lebendiges Wissen ist vor allem eine praktische Fähigkeit, ein Können (Know how statt know what, A.B.), dass nicht zwangsläufig formalisierbare und systematisch erfassbare Kenntnisse beinhaltet. Der größte Teil des auf körperlichen Fähigkeiten beruhenden lebendigen Wissens kann unmöglich formalisiert werden. Es wird nicht gelehrt, man lernt es durch den praktischen Gebrauch (learning by doing, A.B.), sozusagen durch die Schule des Lebens. Es entsteht mittels der Fähigkeit des Subjekts, an sich zu arbeiten, sich selber zu produzieren und wird darüber weitergegeben“⁴⁰.

Dieser Gedankengang von André Gorz knüpft unmittelbar an einen Gedankengang in den Grundrissen von Karl Marx an, der mit dem Begriff des „general intellect“ in Verbindung steht. General intellect „steht dabei für tendenziell allgemein zugängliches Wissen, das zur entscheidenden Grundlage gesellschaftlicher Produktion geworden ist und in einem Maß produktivkraftsteigend wirkt, das die durch den Arbeitswert regulierende kapitalistische Marktwirtschaft an ihre Grenze treibt.“⁴¹ In den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie hat Karl Marx aus arbeitswerttheoretischer

33 Stiglitz, J. (2006): Die Chancen der Globalisierung, München, S. 144.

34 Stiglitz (1999): Knowledge as a Global Public Good, <http://www.worldbank.org/knowledge/chiefecon/articles/undpk2/>.

35 „... neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ (Karl Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie).

36 Polanyi, M. (1985): Implizites Wissen, Frankfurt a.M.

37 Gorz, A. (2003): Wissen, Wert und Kapital, Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich, S.10f.

38 ebenda, S.11.

39 Stiglitz, J. (1999): Public policy for a knowledge economy, paper, Department for trade and industry and center for economic policy research, London, S. 4 ff.

40 Gorz, A. (2003): a.a.o., S. 34.f.

41 Wolfgang Fritz Haug (2001): General Intellect, in: Historisches Wörterbuch des Marxismus, Band 5, Hamburg, S. 230 f.

Perspektive die ökonomischen Folgen einer immer mehr auf Wissen basierenden Reichtumsproduktion zu Ende gedacht. Wertschöpfung erscheint dann nicht mehr als Ergebnis von Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, sondern hängt ab „... vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion.“⁴² Auf dieser Stufenleiter sind die Wissensarbeiter nicht mehr als Teil des Produktionsprozess, sondern als dessen „Wächter und Regulator“ zu begreifen⁴³. „In einer Wirtschaft, in der die Maschinen den Großteil der Arbeit leisten und die menschliche Arbeit in der Gestaltung, Steuerung und Wartung der Maschinen besteht, muss das in den Maschinen gespeicherte Wissen gesellschaftliches Wissen sein“⁴⁴.

Der mit der Digitalisierung verbundene Bedeutungsgewinn von Wissen hat bereits in der Vergangenheit zu einer Transformation des fordistisch-tayloristischen Produktionssystems geführt. Eine wissensbasierte Arbeitsorganisation schließt eine wachsende Rolle autonomer und selbststeuernder Tätigkeiten ein⁴⁵. Die Digitalisierung birgt aber noch weitergehende Potenziale der Enthierarchisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung, die durch arbeitspolitische und gewerkschaftliche Initiativen gehoben werden können⁴⁶. Das fordistisch-bürokratische Unternehmensmodell wird nach Andreas Boes u.a. von einem neuen Leitkonzept, dem „...systematisch integrierten Unternehmen abgelöst. Dieses baut einerseits auf modernen Informationssystemen und IT-Prozesse auf, ist aber andererseits mehr denn je abhängig vom Engagement und der aktiven Beteiligung der Mitarbeiter.“⁴⁷. Mit dem „...neuen Paradigma der Vernetzung und des sozialen

Handlungsraum eröffnen sich große Chancen für die Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt“⁴⁸.

Die neue Ära der Monopole

Mit zunehmender Digitalisierung nähert sich der Kapitalismus seinen inneren Grenzen. Diese Grenzen ergeben sich durch die Entmaterialisierung der Arbeit und des Kapitals und die daraus erwachsene Unmöglichkeit, den „Wert“ sowohl der Arbeit wie des Kapitals und der Waren zu messen⁴⁹. Für den digitalen Kapitalismus gibt es allerdings einen Ausweg, um sich quasi an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen: „Es gibt eine Überlebens-technik, nämlich die Schaffung der größten Monopole, die die Welt je sah ...“⁵⁰. Wenn Informationsgüter, wie Suchmaschinen, Musikstreaming-Dienste oder Soziale Netze mit Werbung oder anderen Dienstleistungen verbunden werden, können starke ökonomische Dynamiken in Gang gesetzt werden, die zu einer Vermachtung von Märkten führen.

Angesichts des befremdlichen Siegeszuges von Google, Facebook, Apple und Amazon bekommt die Erzählung kapitalistischer Grenzerfahrungen eine dialektische Wendung. Mittlerweile gehören die großen Internetkonzerne allesamt zu den an den Börsen am hochdotiertesten Unternehmen der Welt⁵¹. So kommt Ulrich Dolata in seiner Untersuchung zu den Konzentrationsprozessen in der Internetökonomie zum Ergebnis, dass „...das kommerzielle Internet heute von wenigen international agierenden Konzernen dominiert (wird) und (...) in allen wesentlichen Segmenten durch starke Konzentrationsprozesse geprägt ist, (...). Natürlich ist das kommerzielle Internet mehr als seine führenden Konzerne. Ähnlich wie in klassischen Wirtschaftssektoren wird es auch unterhalb seiner vermachteten Kernstrukturen nach wie vor durch die verstreuten Aktivitäten zahlloser Entwickler und Entwicklerge-

42 Marx, K. (1974): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin, 2. Aufl., S. 592

43 ebenda, S. 592

44 Mason, P. (2016), a.a.o., S. 185

45 Dezentralisierung und Zentralisierung stehen sich hierbei gegenüber und bedingen unter bestimmten Umständen einander.

46 Kurz, C. (2015): Die nächste industrielle Revolution? (Interview), in: *Mittelweg* 36, 6/2015, S. 85 f.,

47 Boes et.al (2015): Zwischen Empowerment und digitalem Fließband: Das Unternehmen der Zukunft in der digitalen Gesellschaft, in: Sattelberger, Th., Welppe, I., Boes, A. (2015): *Das demokratische Unternehmen: Neue Arbeits- und Führungsstrukturen im Zeitalter der digitalen Wirtschaft*, Freiburg, S. 58

48 Ebenda, S. 63

49 Gorz (2009): *Ausweg aus dem Kapitalismus*, Zürich, S. 79 ff

50 Paul Mason (2016): Nach dem Kapitalismus?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2016, 52)

51 Staab (2017), a.a.O., S. 48.

meinschaften, Start-ups und kleinerer Firmen mitgeprägt. Das ändert freilich wenig am ersten Befund einer signifikanten Hierarchisierung, Marktkonzentration und ökonomischen Machtzusammenballung im kommerziellen Internet⁵². Auch Joseph Stiglitz sieht eine neue Ära der Monopole, die sich nicht zuletzt im Zuge der Digitalisierung herausgebildet haben: „In der heutigen Wirtschaft lassen sich viele Sektoren – Telekommunikation, Kabelfernsehen, digitale Branchen von den sozialen Medien bis hin zu Internetsuche (...) – nicht durch die Linse des Wettbewerbs begreifen. In diesen Sektoren ist der Wettbewerb, soweit er denn besteht, oligopolistischer Art; er ist nicht jener ‚reine‘ Wettbewerb, wie er in den Lehrbüchern beschrieben wird“⁵³.

Ökonomisch lässt sich der beschleunigte Konzentrationsprozess in der Internetökonomie neben den angebotsseitigen Effekten der Stückkostendegression (steigende Skalenerträge) vor allem durch Netzwerkeffekte auf der Nachfrageseite beobachten. Direkte Netzeffekte treten auf, wenn mit dem Anstieg der Gesamtnutzerzahl eines Netzes der Nutzen der Teilnahme für jeden bereits bestehenden Nutzer ansteigt (positive Externalitäten)⁵⁴. Indirekte Netzeffekte entstehen, wenn komplementäre Güter (z.B. Betriebssysteme, Anwendungssoftware) dazu führen, dass der Wert des ursprünglichen Gutes mit der Netzteilnehmerzahl steigt. Wenn sich Skalenerträge und Netzeffekte gegenseitig verstärken, kommt es zu positiven Rückkopplungsprozessen, die zu einem schnellen Wachstum der dominierenden Unternehmen führen. Das Vorliegen von technologischen Standards begünstigt das Entstehen zumindest temporärer monopolartiger Situationen. Dabei ist es möglich, dass sich nicht die überlegene Technologie, sondern die von ökonomischer Macht begünstigte Technologie durchsetzt.

Mit dem Begriff der „volatilen Monopole“ verweist Ulrich Dolata darauf, dass die oligopolistischen Märkte umkämpft sind und sich die Monopole vielfach als temporär erweisen. Die Volatilität ist zwischenzeitlich einer bemerkenswerten Stabilität der marktführenden Internetkonzerne gewichen. Die Zeiten, in denen Google die Suchmaschine Yahoo verdrängte, sind mittlerweile vorbei. Wo potenzielle Konkurrenten am Horizont auftauchen, werden sie aufgekauft⁵⁵; die großen Fische fressen die kleinen. Abgesehen von einzelnen Interventionen ist noch nicht abzusehen, ob und wie die nationalen Regierungen oder die Europäische Kommission die Herausforderungen der zunehmenden Vermachtung der Internetmärkte annehmen. Auch die demokratische Linke hat bislang keine Strategie, wie den Monopolisierungstendenzen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung entgegengetreten werden soll.

Was folgt?

Wir haben Joseph Stiglitz den Hinweis zu verdanken, dass es im 20. Jahrhundert große Debatten um den „Monopolkapitalismus“ gab, weil die ökonomische und politische Macht der Konzerne Anlass zur Besorgnis gab⁵⁶. Oligopolistische bzw. monopolistische Märkte sind nicht effizient, weil die Monopolrenten zulasten sozialer Renditen realisiert und Innovationen behindert werden⁵⁷. Die Monopolisierung der Märkte ist auch eine zentrale Ursache der zunehmenden sozialen Ungleichheit⁵⁸. Zudem greifen die (Internet)Konzerne auf das politische Terrain über⁵⁹. „Wirtschaftliche Macht

52 Dolata, U. (2015): Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne, in: Berlin Journal für Soziologie (2015) 24: S. 523

53 Stiglitz, J. (2016): Die neue Ära der Monopole, Mai 13, Syndicate,

54 Das klassische Beispiel ist das Telefon, das keinen Nutzen für seinen Besitzer hat, wenn niemand sonst ein Telefon besitzt und er deshalb niemanden anrufen kann. Marktversagen resultiert daraus, dass jeder zusätzliche Telefonkunde den Nutzen aller Telefoninhaber erhöht, ohne dass der Kunde dafür kompensiert wird. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht werden die existierenden Netze also eine suboptimale Größe aufweisen.

55 Nachtwey, O., Staab, Ph. (2015): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus, in: Mittelweg 36, 6/2015, S. 72

56 Stiglitz, J. (1999): a.a.o., S.10

57 Stiglitz, J. (2014): Schaffung einer Lerngesellschaft, Juni 3, Syndicate

58 Stiglitz, J. (2014): Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung unserer Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München, S. 105 f.

59 In welchem Ausmaß Internetkonzerne wie Google bzw. Alphabet politische Macht ausüben versuchen, zeigen u.a. Berichte über die Interventionen in unterschiedlichste Bereiche des Gemeinwesens: Unter Kontrolle. Von der Fitness-App bis zur Genomdatenbank – Google sichert sich Einfluss auf fast alle Bereiche des weltweiten Gesundheitswesens, in: Süddeutsche Zeitung, Samstag, den 12. Dezember 2015, Seite 38, A und O einer Weltmacht, in: Süddeutsche Zeitung, Freitag, den 14. August 2015, Seite 15, Was tun gegen Googles Macht?, in: FAZ, 07.10.2016, Sie setzen die Maßstäbe der digitalen Welt. Die Disruption des Staates hat begonnen: Die Internetkonzerne übernehmen die Aufgaben eines Wohlfahrtsstaates, FAZ, 12.08.2015: Die Vereinigten Staaten von Google: <http://www.zeit.de/2014/33/suchmaschine-google-zukunft>

wird zu politischer Macht“, heißt es im „Godesberger Programm“ der SPD von 1959.

Die demokratische Linke muss wieder neu buchstabieren lernen, wie sie ihre Reformagenda in einer Welt des digitalen Kapitalismus neu konfigurieren kann⁶⁰. Wenn die progressiven Potenziale der Digitalisierung gehoben werden sollen, gilt es, vor allem eine Strategie auf drei Ebenen zu verfolgen. Erstens geht es um eine Vielzahl von Initiativen zur Bekämpfung der ökonomischen und politischen Macht der Internetkonzerne. Diese reichen von wettbewerbs- und steuerpolitischen Interventionen bis hin zu einer Reform des Wettbewerbsrechts, um entsprechend dem US-amerikanischen Sherman Act Entflechtungen von Monopolen vornehmen zu können. In Zukunft geht es vor allem um die Durchsetzung starker regulierungspolitischer Kompetenzen auf europäischer Ebene. Zu klären sind insbesondere auch Fragen der geistigen Eigentumsrechte⁶¹ und damit die Regulierung von BIG DATA). In diesen Kontext gehören auch netzpolitische Initiativen, in denen es um Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung geht. Sie machen es den Internetkonzernen schwer, ihre totalitären Pläne einer kommerziellen Digitalisierung aller Lebensbereiche umstandslos umzusetzen⁶². Zweitens geht es um die aktive Unterstützung alternativer Ansätze einer digitalen Ökonomie. Dazu zählen die Open Source-Initiativen ebenso wie genossenschaftliche Organisationsansätze von IT-Unternehmen oder kommunale bzw. öffentliche Projekte der Plattformökonomie. Öffentliche Leitprojekte der Digitalisierung des Gesundheits-, Energie- oder des Verkehrswesens können in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung gesellschaftlicher Innovationen leisten. Mariana Mazzucato hat überzeugend aufgezeigt, welche Rolle der Staat im Innovationsprozess spielen sollte⁶³. Zu fördern sind nicht zuletzt

auch horizontale Innovationsnetzwerke, die auf die Realisierung von Verbundvorteilen ausgerichtet sind und die Chancen einer dezentralen Selbststeuerung einer digitalisierten Ökonomie nutzen wollen. Nicht zuletzt wird es sehr entscheidend darauf ankommen, dass das Internet als eine öffentliche Infrastruktur erhalten bleibt. Drittens geht es um die Gestaltung von guter Arbeit in einer digitalisierten Arbeitswelt⁶⁴. Für eine effektive Gestaltung von guter Arbeit bedarf es der Ausweitung gewerkschaftlicher Rechte sowie der überbetrieblichen und betrieblichen Mitbestimmung (einschließlich der Mitbestimmung am Arbeitsplatz). Das demokratische Unternehmen rückt damit auf die Agenda einer Politik, die auf die progressiven Potenziale der Digitalisierung setzt⁶⁵. ■

60 „Wir wissen einfach nicht mehr, wie man über diese Dinge spricht“ (Tony Judt (2011): *Dem Land geht es schlecht*, München, S. 37)

61 Stiglitz, J. (2008): *Economic Foundation of intellectual Property rights*, Duke Law Journal, Vol. 57, S. 1693 - 1724

62 Pauen, M., Welzer, H. (2015): *Autonomie: Eine Verteidigung*, Frankfurt a. M., (2016): *Smarte Diktatur: Der Angriff auf unsere Freiheit*, Frankfurt a. M.

63 Mazzucato, M. (2014): *Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von*

Innovation und Wachstum, München

64 Anthony Atkinson hat dazu wertvolle Vorschläge gemacht, wie technologiepolitisch entsprechende Rahmenbedingungen gesetzt werden können (Atkinson, A. (2016) *Ungleichheit: Was wir dagegen tun können*, Stuttgart, S. 151 ff.)

65 Sattelberger, Th., Welpel, I., Boes, A. (2015): *Das demokratische Unternehmen: Neue Arbeits- und Führungsstrukturen im Zeitalter der digitalen Wirtschaft*, Freiburg

Souveränität im digitalen Kapitalismus

von Philipp Staab¹

Souveränität und Sicherheit sind Begriffe, die traditionell von der politischen Linken mit Inhalt gefüllt wurden. Heute bilden sie dagegen die großen Themen des Rechtspopulismus. In diesem Kontext wird mit ihnen ein „heimatloser Antikapitalismus“ adressiert, der einen vermeintlichen oder realen Verlust sozialer Einbettung, institutioneller Sicherung und individueller Gestaltungsfähigkeit korrupten politischen Eliten, bürokratischen Plünderungszirkeln und nomadischen Flüchtlingspopulationen zuschreibt.² Dabei verfehlt dieser identitäts- und wohlfahrtschauvinistisch aufgeladene Antikapitalismus gerade die eigentlichen Souveränitätsgefährdungen, die den Kapitalismus der Gegenwart prägen. Ein realistischer und zugleich pragmatischer Antikapitalismus jenseits des rechten Resentiments könnte dagegen die spezifischen Widersprüche des digitalen Kapitalismus benennen und die Gestaltungsfähigkeit der politischen Institutionen, welche die Souveränität in und von modernen Gesellschaften verbürgen, in den Mittelpunkt stellen. In Andeutungen und Grundzügen ist eine solche politische Ausrichtung schon heute zu erkennen. Sie könnte den Ausgangspunkt eines koordinierten, sozial eingebetteten digitalen Kapitalismus europäischer Prägung bilden.

Das Erbe des Crashes

Der digitale Kapitalismus ist mehr als eine suggestive Metapher für die Zunahme digitaler Technologien in zahlreichen Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensbereichen – also für einen Prozess der seit den späten 1970er Jahren in den hochentwickelten Ökonomien der OECD-Welt konsequent voranschreitet. Von einem digitalen Kapitalismus zu sprechen macht aus analytischer Perspektive nur dann Sinn, wenn damit eine neue Qualität des Wirtschaftens, aber eben auch der sozialen In-

tegration von Bürgern verbunden ist. Genau dies ist der Fall seit der Neuausrichtung der digitalen Ökonomie nach dem Dotcom Crash von 2000. Ihrem Vorlauf ist nicht nur der immense Ausbau der digitalen Weltinfrastruktur und die Vermachtung des kommerziellen Internets zu verdanken.³ In der Folge dieser beiden Entwicklungen haben sich zudem neue Gefährdungen der Souveränität in und von digitalisierten Gemeinwesen entwickelt.

Der Boom der digitalen Technologien in den 1990er Jahren war (nicht anders als heute) von Unmengen an Risikokapital getragen. Als im Verlauf der Blasenbildung zunehmend klar wurde, dass viele der gehypten Unternehmen keinerlei tragfähiges Geschäftsmodell besaßen, kam es zum Crash. Der Zusammenbruch fungierte dabei als eine Form der Marktberichtigung: als Ergebnis blieben nur jene Unternehmen übrig, die ein ökonomisch halbwegs tragfähiges Modell anzubieten hatten. Man darf nicht vergessen, dass selbst ein Unternehmen wie Google zur Jahrtausendwende ernsthaft Gefahr lief unterzugehen. Es waren die Erfindung und der rasante Ausbau des Marktes für Onlinewerbung nach 2000 – bis heute neben dem verhältnismäßig neuen Cloud-Computing das einzig wirklich tragfähige Geschäftsmodell im kommerziellen Internet – die dies verhinderten.

Die Marktberichtigung durch den Crash bereitete zugleich auch den Weg für die Vermachtung des kommerziellen Internets durch die Monopole und Oligopole der großen fünf: Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft.⁴ Diese Unternehmen, die sich heute allesamt unter den Top 10 der wertvollsten Unternehmen der Welt befinden (zeitweise besetzten sie gar die ersten fünf Plätze), sind die Gatekeeper des kommerziellen Internets.

1 Dr. Philipp Staab ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit.

2 Heinz Bude: Gesellschaft der Angst, Hamburg, 2014.

3 Vgl. Nick Srnicek, Platform Capitalism, 2017.

4 Vgl. Ulrich Dolata, Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne, in: Berliner Journal für Soziologie, 24/2015, S. 505–529.

Sie stellen die Hardware und Betriebssysteme, besitzen die Marktplätze der digitalen Ökonomie und kontrollieren, im Zuge des Bedeutungsgewinns des Cloud-Computing, zunehmend die entscheidenden Infrastrukturelemente des Internets. Als protodigitale Leitunternehmen bilden sie die Blaupausen an denen sich auch die Digitalisierung anderer Branchen und Unternehmen orientiert.⁵

Das Angebot der Leitunternehmen: Konsumtion statt Produktivität

Aus Sicht einer aufgeklärten politischen Ökonomie ist diese Vorbildfunktion durchaus erstaunlich. Die Implementierung neuer Technologien in der Wirtschaft wird üblicherweise als Instrument zur Steigerung der Produktivität von Unternehmen gesehen. Bis heute ist allerdings hochgradig umstritten, ob die Implementierung digitaler Technologien in der Arbeitswelt seit den 1970er Jahren überhaupt bedeutende Beiträge zum Wirtschaftswachstum geleistet hat.⁶ Das Wachstum der Leitunternehmen des kommerziellen Internet basiert jedenfalls nicht auf den durch sie verursachten Produktivitätsgewinnen, sondern auf deren impliziten Versprechen, Surplus-Gewinne im Bereich der Konsumtion zu erzeugen:⁷ Online-Werbung (Google, Facebook, Amazon), E-Commerce (Amazon), neue Distributionskanäle (Plattformen, App-Stores) – also die bis vor kurzem alles entscheidenden Profit-Quellen der Leitunternehmen – sind allesamt von der Erwartung getragen, Konsum zu erzeugen, der andernfalls nicht realisiert würde: Online-Werbung verspricht eine detailgenaue *Individualisierung* der Konsumangebote, die es möglich machen soll, Produkte an den Kunden/die Kundin zu bringen, die dieser/diese andernfalls gar nicht bemerkt und daher auch nicht gekauft hätte. Über die bei Werbung, Kaufakt und überhaupt fast jede im Internet anfallenden Interaktion er-

hobenen Daten wird zudem ein Prozess der *Rekursivität* ins Werk gesetzt, der Kundenbindung erzeugen soll: Anbieter und potentielle Kunden bleiben, meist ohne dass Kunden dies merken, in permanentem Kontakt, was den Unternehmen ermöglichen soll, identifizierbare Geschmacksentwicklungen unmittelbar zu kapitalisieren. Drittens ermöglichen die digitalen Technologien der Leitunternehmen eine enorme *Beschleunigung* von Konsumtionsprozessen: In der U-Bahn, auf dem Klo, in der Mittagspause – über das Smartphone ist die Warenwelt immer nur einen Klick entfernt. Der Bote bringt die Waren noch am selben Tag. In analytischer Hinsicht sind es also weniger Effizienzsteigerungen im Produktionsbereich, die bisher den Kern des digitalen Kapitalismus bilden. Vielmehr zeichnet sich dieser genuin durch die radikale Verbindung technologischer Innovationen mit Strategien der Rationalisierung der Konsumtionsapparat aus.⁸

Privatisierter Keynesianismus 2.0

In dieser Hinsicht steht der digitale Kapitalismus der Leitunternehmen in der Tradition einer post-keynesianischen Nachfragepolitik, wie sie etwa Colin Crouch am Beispiel der USA als „privatisierten Keynesianismus“⁹ beschrieben hat: Zur Aufrechterhaltung der Nachfrage stieg seit den 1980er Jahren vor allem der Anteil privater Konsumschulden, die im Bereich der Nachfrage jene Leerstelle füllten, die das Wegbrechen der Lohnprogression verursacht hatte. Der privatisierte Keynesianismus 2.0 der digitalen Leitunternehmen und ihrer Gefolgschaft hat zwar nicht diese direkte Art der kreditgetriebenen Nachfrageerzeugung kopiert – er basiert bisher vielmehr auf der Subventionierung von Konsum durch Risikokapital (etwa wenn Fahrten mit Uber vom Unternehmen stark subventioniert werden), anderorts erzielten Gewinnen (etwa wenn Werbeeinnahmen die Gratisdienste von Google gegenfinanzieren) und der Kanniba-

5 Oliver Nachtwey/ Philipp Staab: Das Produktionsmodell des digitalen Kapitalismus, in: Soziale Welt, Sonderheft *Sociology of the Digital – Digital Sociology*, i.E. 2017

6 Robert Gordon, *Rise and Fall of American Growth: The U.S. Standard of Living since the Civil War*, Princeton 2016.

7 Philipp Staab, *Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus*, Hamburg 2016.

8 Ebd.

9 Colin Crouch, *Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime*, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, 11/2009, S. 382–399.

**sie schwören auf
alternative Fakten
und nennen sich
»Alternative für Deutschland«**



**wir heißen
»neues deutschland«
und schwören auf Fakten,
Zusammenhänge und Erkenntnis**



**stellt sich da
noch die Frage
nach der Alternative?**

Make Fakes
Great Again
Schöne neue
Arbeitswelt
Schöne neue
Vorwärtsverteidigung
Zerfällt Europa?
Populistenballett
Linksblinker?

**Machen Sie den Test:
Facebook-Pöbeleien contra
»nd« als app und e-paper**

**das digitale Probeabo
6 Euro für zwei Monate
das reguläre Online-Abo
14 Euro für einen Monat**

**aboservice@nd-online.de
www.dasnd.de/abo
www.neues-deutschland.de**

neues deutschland
► SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

lisierung ‚analoger‘ Konkurrenzunternehmen (etwa wenn die viel kleineren Margen des E-Commerce die Profite des stationären Handels austrocknen). Dennoch bildet das Fernziel der Durchrationalisierung der Konsumtionssphäre, ebenso wie im kreditgetriebenen Modell, natürlich die Maximierung privater Konsumakte. Die benannten Strategien lassen sich daher in makroökonomischer Hinsicht als ein weiterer Versuch verstehen, private Nachfrage zu expandieren.

Als Motoren wirtschaftlichen Wachstums kämen diese Strategien nur dann in Frage, wenn sie tatsächlich brachliegende Nachfragereservoirs erschließen – wenn also Leute Geld ausgeben, das andernfalls nicht in den Warenkreislauf gelangte.¹⁰ In Bezug auf die Entwicklung privater Nachfrage kommen hierfür vornehmlich Ersparnisse bzw. Vermögen in Frage.¹¹ Gerade hohe Vermögen sind aber – anders als Einkommen, die in aller Regel größtenteils als Nachfrage zeitnah zurück in den Wirtschaftskreislauf fließen – üblicherweise dem Warenkreislauf entzogen.¹² Nichts an den Strategien der Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus deutet darauf hin, an diesem Umstand irgendetwas zu verändern.¹³

In Zeiten von Lohnstagnation oder gar Reallohnverlusten, die selbstredend die private Nachfrage negativ beeinflussen, ähneln die digitalen Strategien der Konsumrationalisierung daher dem Angeln in zunehmend überfischten Gewässern: Die Leitunternehmen des

10 Philipp Staab, Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus, Hamburg 2016.

11 Aus Platzgründen wird hier auf das große und wichtige Feld öffentlicher Nachfrage verzichtet, das im vorliegenden Kontext freilich von großer Relevanz ist.

12 Vgl. hierzu exemplarisch folgende Studien des IWF: Kumhof, Michael/Romain Rancière, Inequality, Leverage and Crises, Washington, D.C. 2010, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10268.pdf> [26.05.2016]. Kumhof, Michael/Romain Rancière/Pablo Winant, Inequality, Leverage and Crises. The Case of Endogenous Default, Washington, D.C. 2013, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13249.pdf> [26.05.2016].

13 Wenn überhaupt, dann ließe sich wohl am ehesten ein Zusammenhang zwischen Nachfragepotential, das als Vermögen dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird, und den Ummengen an Kapitalreserven, welche die Leitunternehmen horten, herstellen (Apple alleine wird eine Cash-Reserve von 230 Milliarden Dollar zugeschrieben. Das Unternehmen könnte alleine von seinen im Ausland lagernden Cash-Reserven alle amerikanischen Automobilhersteller inklusive Tesla kaufen und hätte immer noch 100 Milliarden Dollar übrig.). In diesem Fall sind die Leitunternehmen freilich Teil des Problems, dessen Lösung ihrer Strategien der Konsumrationalisierung eigentlich anstreben.

kommerziellen Internet mögen durch die unfassbar detaillierte Vermessung der Fischpopulationen und die Verwendung elektrischer Netze immer größere Anteile am Fischfang für sich reklamieren können. Zur Vermehrung der Fischbestände leisten sie aber keinerlei Beitrag. Was der eine Fischer gewinnt, verlieren daher die anderen. Ein gesamtgesellschaftliches Wachstumsmodell stellen diese Strategien selbstredend nicht dar.

Smart Home, Smart Manufacturing, Smart City: Landnahmen eines Geschäftsmodells

Zugleich stehen immer mehr führende Digitalunternehmen unter dem Druck, ihre Marktmacht auch direkt zu kapitalisieren. Wie lange kann beispielsweise ein Unternehmen wie Uber noch seine selbstständig beschäftigten Fahrer aus den Unmengen eingeworbenen Risikokapitals subventionieren? Wie lange kann Google auf die Werbeinvestitionen genau jener industriellen Unternehmen bauen, in deren Geschäftsfelder der Konzern bspw. in der Automobilbranche oder der Medizin- und Gesundheitstechnologie immer weiter vordringt?¹⁴

Es lässt sich daher schon seit einigen Jahren eine aus den schier unerschöpflichen Reserven an Risikokapital finanzierte (nicht immer erfolgreiche) Bewegung in neue Märkte beobachten: Der Vorstoß aller Leitunternehmen ins sogenannte Smart Home, also die Vernetzung privater Wohnräume mit den Konsumtionsnetzwerken des kommerziellen Internet, folgt dabei noch dem etablierten Muster: Amazon Echo oder Google Home, also jene sprachgesteuerten Ankerprodukte der Leitunternehmen, die nach deren Wunsch bald in jedem Mittelschichtwohnzimmer stehen sollen, rücken den potentiellen Kunden noch näher ans digitale Warenhaus. Lässt sich das Smartphone noch geflissentlich ignorieren oder liegt es schlicht zu weit weg, um den Aufbruch von der Couch zu wagen, so ist mit den neuen Heimassistenten das Tor zu den

Konsumnetzwerken des kommerziellen Internet nun stets auf Zuruf bereit. Gleichzeitig werden dabei, wie gewohnt, jene Nutzerdaten über Lebenspraxis und v.a. Konsumvorlieben erhoben, die als wertvolle Ressource des Targetings durch Werbung dienen, welche über die Geräte unmittelbar an die potentiellen Kunden zurückgespielt werden.

Die Bewegung in industrielle Kernsektoren wie die Automobilbranche soll dagegen neue Märkte erschließen. Auch dabei ist bisher allerdings keineswegs klar, ob wirklich vom etablierten Muster der Intensivierung der Konsummöglichkeiten abgerückt werden soll. Bisher ist nicht bekannt, dass protodigitale Unternehmen tatsächlich selbst Autos bauen wollten. Ziel scheint es eher zu sein, softwareseitig als Plattformen für das vernetzte Auto der Gegenwart und Zukunft zu fungieren. In Kombination mit autonomem Fahren bedeutet dies im Grunde nichts Anderes als eine Erweiterung des Zugriffs der jeweiligen Plattformunternehmen auf die Lebenszeit von Nutzern: Wer bisher die Hände am Lenkrad lassen muss, ist für diese Zeit für die Konsumnetzwerke des kommerziellen Internet nicht zu erreichen. Fährt das Auto von selbst, wird Zeit frei für Onlineshopping, Musik- und Video-streaming, die dann über das exklusive Ökosystem eines der Leitunternehmen abgewickelt werden können. In diesem Falle verbürge sich hinter all dem Hype um neue Geschäftsmodelle letztlich das alte Muster – und das alte Problem, dass private Nachfrage nicht aus dem Nichts kommt.

Vor diesem Hintergrund werden dann auch jene Strategien verständlich, die von den Leitunternehmen gerne als uneigennützigte Weltverbesserungsmaßnahmen angepriesen werden: Hinter Begriffen wie Smart City, Smart Infrastructure oder Smart Health verbirgt sich eine doppelseitige Strategie: Zum einen rückt mit den benannten Feldern direkt der öffentliche Sektor in den Fokus der Internetgiganten. Hier winken sowohl Felder, die Marktprozessen in Teilen noch entzogen sind (etwa jene Eigenheime, die neuerdings über Portale wie Airbnb ihren Weg in den Markt gefunden haben), als auch eine stabile Nachfrage durch

¹⁴ Evgeny Morozov: Tech titans are busy privatising our data, in: The Guardian, 24. April 2016, online unter: <https://www.theguardian.com/commentis-free/2016/apr/24/the-new-feudalism-silicon-valley-overlords-advertising-necessary-evil>

öffentliche Aufträge (etwa im Gesundheits- aber auch im Bildungssektor). Zum anderen können in einem zweiten Schritt sämtliche Basisstrategien des kommerziellen Internets in diesen neuen Feldern zum Einsatz kommen – vom Daten-Mining, über Drittfinanzierung (während der Rotphase der Ampel läuft beispielsweise Werbung) bis hin zum individuellen Pricing für Infrastrukturdienstleistungen (wie heute schon Uber-Fahrten oder Amazon-Produkte kann der Preis der Zahlungsbereitschaft etwa für den privatisierten öffentlichen Nahverkehr zunehmend transparenten Kunden individuell angepasst werden).

Souveränität in hochtechnisierten Gesellschaften

Solche Transformationen von Märkten, Branchen, aber eben auch Städten und öffentlichem Sektor verändern Mechanismen sozialer Integration und stellen in dreifacher Hinsicht Angriffe auf die Souveränität in hochtechnisierten Gesellschaften dar. Erstens werden Selbstbestimmungsmöglichkeiten von Bürgern als Marktakteure schon heute systematisch ausgehöhlt: Die Marktmacht der Leitunternehmen des kommerziellen Internet verzerrt Marktprozesse, weil Gatekeeper-Plattformen kontrollieren, wer Zugang zu digitalen Märkten erhält, zu welchen Konditionen dies geschieht und bei der Visibilität eigene Angebote systematisch bevorzugen können. Zugleich ist der gläserne Kunde, vollautomatisierten, marktverzerrenden Prozessen wie personalisierten Preisfindungsalgorithmen ausgeliefert und erhält nur um den Preis der Integration in die Konsumtionsnetzwerke der Leitunternehmen überhaupt die Möglichkeit des Zugangs zu basalen Infrastrukturleistungen des Internets: Ohne Android oder IOS ist beispielsweise kaum ein Zugang zum mobilen Internet zu haben. Mit dem Erwerb des Smartphones wird man automatisch Teil der wirtschaftlichen Ökosysteme der Internetgiganten.

Diese Entwicklung lässt zweitens, wie wir spätestens seit den Enthüllungen Edward Snowdens und in jüngerer Vergangenheit über die Debatten um Hate-Speech und werbefin-

nanzierte Fake-News im US-Wahlkampf wissen, die Souveränität des Staatsbürgers keineswegs unberührt: Die nach der Intensivierung des Konsums wohl zweitwichtigste Verwendungsform der riesigen Datenmengen, welche die Leitunternehmen des kommerziellen Internet anhäufen, betrifft Fragen der Spionage, der Beeinflussung und Steuerung von Öffentlichkeiten sowie der gezielten Desinformation im Dienste staatlicher und ökonomischer Akteure. Dabei gerät zum einen die Souveränität einzelner Nationalstaaten unter Beschuss – wie sich in Deutschland etwa am Unwillen des Staates zeigt, die Daten seiner Bürger (und Unternehmen) vor den Zugriffen ausländischer Geheimdienste zu schützen, oder in den USA zuletzt an der wohl kaum im Interesse der NSA liegenden Destabilisierung der politischen Öffentlichkeit durch, aller Wahrscheinlichkeit nach russische, Hackerangriffe. Zum anderen kann zunehmend die Souveränität der Bürger gegenüber dem eigenen Staat, der ihre freiheitlichen Rechte eigentlich verbürgen sollte, als real oder potentiell gefährdet gelten, wenn dieser, ob durch Hacking oder Kooperation mit entscheidenden Unternehmen über ein historisch bisher ungekanntes Maß persönlicher Daten seiner Bürger verfügt.

Drittens ist in mehrfacher Hinsicht die ökonomische Souveränität, welche eine bedeutende Basis sich selbst regierender Gemeinwesen bildet, in erheblichem Ausmaß Prozessen der Neusortierung unterworfen. Das sinnfälligste Beispiel für diesen Umstand bildet die Steuervermeidungspolitik zahlreicher digitaler Leitunternehmen, wie sie momentan vor allem am Konflikt der EU mit Apple diskutiert wird. Doch von nicht minder großer und politisch wohl weit sensiblerer Bedeutung sind Fragen der Veränderung von Mustern der Profit-Allokation: Sollte das kommerzielle Internet, in dem die Leitunternehmen als entscheidende Gatekeeper und Marktbesitzer ihre Monopolgewinne einfahren, tatsächlich als Blaupause für die Restrukturierung zahlreicher weiterer Geschäftsfelder in digitalisierten Marktwirtschaften fungieren, so wären gerade in Europa die etablierten Mechanismen der Aneignung – und Verteilung! – wirtschaftlicher Profite in Frage

gestellt. Man stelle sich eine Automobilindustrie vor, die tatsächlich an den Ökosystemen der Leitunternehmen (ob nun Google, Apple oder Uber) hänge. Der Plattformlogik folgend würden große Teile der Gewinnmargen den marktbeherrschenden Softwareunternehmen zufallen und damit sowohl den Tarifsyste-men als, nach Lage der Dinge, vermutlich auch dem Steuerstaat entzogen. Hinzu kommen zum anderen all jene direkten und indirekten Effekte auf das System der Arbeitsbeziehungen, der Beschäftigungsformen (Crowdwork) und der Herrschaft in der Arbeit, die, wie nicht zuletzt Arbeits- und Wirtschaftsministerium gerade in separaten Weißbüchern festhielten, an den Grundfesten des deutschen Wirtschaftsmodells rütteln können.¹⁵ Gefährdungen ökonomischer Souveränität betreffen in dieser Hinsicht nicht nur die Reproduktionsgrundlagen des Steuer- und Wohlfahrtsstaates, zivile, politische und soziale Bürgerrechte, sondern historisch erkämpfte Betriebsbürgerrechte¹⁶, die eine entscheidende Quelle individueller und kollektiver Souveränität darstellen.

Ein digitaler Kapitalismus europäischer Prägung

Wer heute nach einer europäischen Alternative zum digitalen Kapitalismus der Internetgiganten und des ihre Markteroberungen stützenden Risikokapitals sucht, der ist gut beraten verschiedene Aspekte der digitalen Transformation in Europa kreativ zusammenzudenken. Erstens sind heute auf verschiedenen Ebenen Ansätze einer unaufgeregten und bisher wenig koordinierten, potentiell aber sehr effektiven, *digitalen Ordnungspolitik* zu beobachten. ‚Von unten‘ haben zahlreiche europäische Städte bspw.

den Handlungsspielraum von Unternehmen, deren Ziel die Kommerzialisierung des urbanen Raums darstellt, deutlich eingeschränkt. Die populärsten Beispiele bilden hier die Multi-Milliarden-Dollar-Startups Uber und Airbnb, denen durch zunächst lokale, später in Teilen nationale, Rechtsprechung systematisch Grenzen gesetzt wurden, die deren Geschäftsmodelle teilweise so weit einschränken, dass die Gewinne aus Lohndumping und Disneyfication des öffentlichen Raums nicht mehr lohnenswert erscheinen. ‚Von oben‘ hat die europäische Judikative zudem diverse Prozesse gegen Unternehmen wie Google und Apple angestrengt, deren Schwerpunkte zum einen im Bereich der Steuerflucht liegen und damit die Verluste ökonomischer Souveränität gegenüber globalen Konzernen einschränken könnten. Von weit größerer Bedeutung sind freilich all jene Versuche, über das Kartellrecht dem Problem digitaler Monopolmacht beizukommen und ein „level playing field“¹⁷ im kommerziellen Internet herzustellen, welches Monopolgewinnen ebenfalls engere Grenzen setzen könnte. Selbst im Feld der digitalen Öffentlichkeit sind mittlerweile erste Gehversuche zur Herstellung einer demokratischen Debattenkultur im Netz zu beobachten, die das Handeln eines Konzerns wie Facebook Regulierungen im öffentlichen Interesse unterwirft.

Mit den Fragen der Besitzverhältnisse im Bereich der digitalen Infrastruktur, welche sich u.a. im Feld des Cloud-Computing mit besonderer Prägnanz stellen, wird zudem das Thema des *Internets als öffentlichem Gut* zunehmend wieder politisiert, wobei sich interessante Interessenskongruenzen zwischen Bürgern, Staaten und Unternehmen auftun. Ist es mit Blick auf individuelle, kollektive und ökonomische Souveränität in Europa beispielsweise vertretbar, dass mit den weltweiten Cloud-Kapazitäten beinahe die gesamte Infrastruktur eines zu errichtenden industriellen Internets sowie der Tendenz nach private Daten von Bürgern und – in Zukunft

15 Vgl. Weißbuch Digitale Plattformen Digitale Ordnungspolitik für Wachstum, Innovation, Wettbewerb und Teilhabe, online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/weissbuch-digitale-plattformen.html>, Weißbuch Arbeiten 4.0, online unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a883-weissbuch.pdf?jsessionid=589F07AC96578DFB962DF365C02F134C?__blob=publicationFile&v=8

16 Wie den Zugang zum betrieblichen Arbeitsrecht, betrieblicher Altersvorsorge oder den Institutionen der Mitbestimmung oder der Sozialversicherung (Oliver Nachtwey/ Philipp Staab, Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus, in: Mittelweg 36 4/2015, S. 59-84). Zur Unterteilung des Aspekts der Bürgerrechte vgl.: T.H. Marshall, Citizenship and Social Class: And Other Essays. Cambridge 1950; Walther Müller-Jentsch: Arbeit und Bürgerstatus. Studien zur sozialen und industriellen Demokratie. VS, Wiesbaden 2008.

17 Vgl. Weißbuch Digitale Plattformen Digitale Ordnungspolitik für Wachstum, Innovation, Wettbewerb und Teilhabe, online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/weissbuch-digitale-plattformen.html>

womöglich – öffentlicher Verwaltungen auf den Servern amerikanischer Unternehmen liegen, die im Zweifelsfall immer dem Patriot Act unterliegen? Angesprochen ist hier ein politisch äußerst heikles Feld der Souveränitätspolitik, das ohne eine Kombination aus legislativer Zählung der Leitunternehmen und Investitionen in eine zumindest partiell im öffentlichen Interesse strukturierte digitale Infrastruktur für Bürger, Staaten und Unternehmen nicht zu gewährleisten ist.

Erfolgsversprechend wäre, beides auf die Basis einer *klugen Politik des Datenschutzes* zu stellen, bildet dieser doch eine weithin strategisch falsch eingeschätzte Variable ökonomischer Entwicklung: Lobbyisten des kommerziellen Internets werden in Debatten um Datenschutz zwar nicht müde, die absolute Notwendigkeit des uneingeschränkten Zugriffs auf immer mehr Daten zu betonen, da nur so technologische Entwicklungen rund um das Buzzword der Künstlichen Intelligenz – gegenwärtig der größte Liebling des Risikokapitals – möglich seien. Doch was ist hier für Europa noch zu gewinnen? Eine Alternative zu Google und Apple wird ohnehin kein noch so hochdotierter digitaler Marshallplan¹⁸ aus dem Boden stampfen können – jedenfalls nicht ohne mit politischen Tabus offener Märkte im Stile der chinesischen digitalen Firewall zu brechen.

Im Interesse souveräner Gemeinwesen kann aber selbstredend der Aktionsradius der Leitunternehmen eingeschränkt und zugleich, mit Hilfe eines unternehmerischen Staates,¹⁹ in einen von diesen bisher noch nicht dominierten Zukunftsmarkt vorgestoßen werden: Im zu errichtenden industriellen Internet der Dinge ist kaum etwas wichtiger als die Gewährleistung eines funktionierenden Datenschutzes. Schon heute ist bspw. das beste Verkaufsargument mittelständischer Firmen für Unternehmenssoftware in Deutschland das Hosting von Daten innerhalb des Rechtsraums

des deutschen Datenschutzes. Für diese Unternehmen sind bestimmte Verschärfungen der Datenschutzgesetze keineswegs nachteilig. Vielmehr können sie, bei richtiger Ausgestaltung, helfen, Standortvorteile zu nutzen,²⁰ wenn die Sicherheitsbedarfe von Bürgern und Unternehmen öffentlich verbürgt sind, und später womöglich gar die europäische Datenarchitektur zum Exportschlager machen. Statt einer Behinderung der vermeintlich vielversprechenden Geschäftsmodelle mit den Kunden- und Bürgerdaten durch die Konsumtionsmaschinen der Internetgiganten, könnte ein kluger Datenschutz die Basis eines genuin europäischen digitalen Produktionsmodells sein. Eine auf Sicherheitsgarantien basierende digitale Infrastruktur könnte in diesem Sinne das Modell für eine europäische Datenpolitik im Dienste des Erhalts ökonomischer, öffentlicher und persönlicher Souveränität bilden.

Es braucht zugegebenermaßen einige Fantasie, um sich die Emergenz eines solchen, koordinierten digitalen Kapitalismus europäischer Prägung vorzustellen. Doch sollte man sich die Fantasie womöglich erlauben. Denn über die Alternative eines sozial, politisch und ökonomisch sicheren Internets europäischer Prägung könnte nicht nur eine noch nicht besetzte Lücke des kommerziellen Internets der Zukunft erschlossen und eine sozial nachhaltige Vision des digitalen Kapitalismus formuliert werden. Die politische Besetzung des Themas als bedeutender Aspekt einer Souveränitäts- und Sicherheitspolitik für das digitale Zeitalter böte womöglich auch die Chance, diese Themen dem Würgegriff rechter Angstpolitik ein Stück weit zu entreißen und der Linken eine konkurrenzfähige Idee von Souveränität, Emanzipation und Sicherheit zu geben. ■

18 Der natürlich im Sinne eines investiven Staates und einer digitalen Infrastruktur im öffentlichen Interesse dennoch nötig ist.

19 Marianna Mazzucato, *Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*, München 2014.

20 Etwa wenn sich europäische Produzenten für europäische Softwaredienstleister entscheiden, weil diesen die Kompetenz zugeschrieben wird, sich in einen europäischen Rechtsraum kompetent zu bewegen.

Shareholder-Kapitalismus wird uns noch länger begleiten

von Mechthild Schrooten¹

Der Finanzsektor und die Renditeerwartungen der Unternehmen haben nahezu alle Lebensbereiche durchdrungen. Das ist das Zeitalter des Shareholder-Kapitalismus, das etwa in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts einsetzte. Wirtschaft dient nicht mehr dem Menschen, Wirtschaft dient der Erfüllung von Renditeerwartungen. Die Renditeerwartungen von Unternehmen werden über den Finanzmarkt kommuniziert. Der Finanzmarkt dominiert die Güter- und Arbeitsmärkte.

Theoretisch stellt der Finanzsektor gesellschaftlich wichtige Infrastrukturleistungen zur Verfügung. Geld ist ein wichtiges Kommunikationsmittel. Es sucht in Zeiten der Nullzinspolitik und extrem ungleicher Vermögensverteilung nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten. Anders als im ökonomischen Lehrbuch angenommen sind Geld und Kapital nicht knapp; beides ist im Überfluss vorhanden.

Der deutsche Finanzsektor war lange Zeit durch das traditionelle Bankgeschäft geprägt. Die Geschäftsbanken machen wieder deutliche Profite – jedoch weniger mit dem Kreditgeschäft als mit Gebühren und Provisionen. Tatsächlich befindet er sich selbst in einer massiven Umbruchssituation, die sich jederzeit krisenhaft zuspitzen kann. Zunehmend setzt er nicht mehr auf einen Ausbau des Kreditgeschäfts sondern auf kostenpflichtige Zahlungsabwicklungen. Geschäftsbanken setzen wie Unternehmen auf Rendite. Regulierungsferne Finanzinnovationen und Wertpapiergeschäfte gewinnen an Bedeutung. Der Shareholder-Kapitalismus tritt in eine neue Phase ein.

Hintergrund: Shareholder-Kapitalismus und Geld

Der „Shareholder-Kapitalismus“ stellt den Shareholder-Value Ansatz in den Mittelpunkt jeglicher Entscheidung. Im Jahr 2003 hieß es noch: „Ob ein auf Shareholder Value orientierter Kapitalismus gewünscht bzw. erforderlich ist, ist eine europaweit noch zu führende Diskussion.“ (Young & Hegelich, 2003). Heute ist der Shareholder-Kapitalismus Realität. Im Zuge dieses Prozesses hat sich die (soziale) Marktwirtschaft in eine Geldwirtschaft gewandelt. Die Grundlage des Shareholder-Kapitalismus ist eine funktionierende Währung. In den volkswirtschaftlichen Lehrbüchern werden dem Geld Funktionen als Recheneinheit, Tauschmittel, Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel zugeschrieben.² Im Shareholder-Kapitalismus tritt die Kommunikationsmittelfunktion des Geldes in den Vordergrund – diese Funktion wird in keinem Lehrbuch analysiert.

Dabei ist klar, Geld erleichtert nicht nur Transaktionen sondern vor allem die Kommunikation. In einer Shareholder-Wirtschaft können sich die einzelnen Akteure der Kommunikationsmittelfunktion des Geldes in unterschiedlichem Maße bedienen. Besondere Vorteile hat der renditeorientierte Unternehmenssektor. Zur Renditeberechnung wird der in Geldeinheiten gemessene Gewinn herangezogen und durch das in Geldeinheiten gemessene eingesetzte Kapital geteilt. Der Shareholder-Kapitalismus kann als Renditemaximierungsgesellschaft verstanden werden.

Den Unternehmen stehen die Menschen und der Staat gegenüber. Beide können ihre konkreten Ziele weit weniger gut fassen und auf den Punkt bringen. Inzwischen ist in der

1 Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen. Seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit Finanzmärkten und der Entstehung von Krisen. Sie ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memogruppe“). Email: mechthild.schrooten@hs-bremen.de.

2 „Die traditionellen Geldfunktionen haben dazu beigetragen, dass Geld in der ökonomischen Forschung zunehmend als Umlaufmittel betrachtet wurde. Auf der Grundlage des Monetarismus und der keynesianischen Theorie wurden Gleichungen aufgestellt, die auf einen sogenannten Geldmarkt abstellten.“ (Schrooten, 2016).

EU – besonders aber in Deutschland – der Staat diesem kommunikativen Nachteil entgegengetreten. Er hat sich ein verbindliches Defizitkriterium gegeben. Kurzum: Der Renditemaximierung der Unternehmen wurde das Nulldefizit als monetäre Kennzahl entgegengesetzt. Die geldwirtschaftliche Zielgröße ist klar gefasst – eine inhaltliche Ausrichtung hat eine solche Politik dagegen nicht.

Die dritte Akteursgruppe dagegen kann Bedürfnisse und Ansprüche kaum sinnvoll in geldwirtschaftliche Kategorien fassen. Tatsächlich entsteht der Eindruck, dass der kommunikative Nachteil der privaten Haushalte zu einem realen Vorteil der Unternehmen geworden ist.

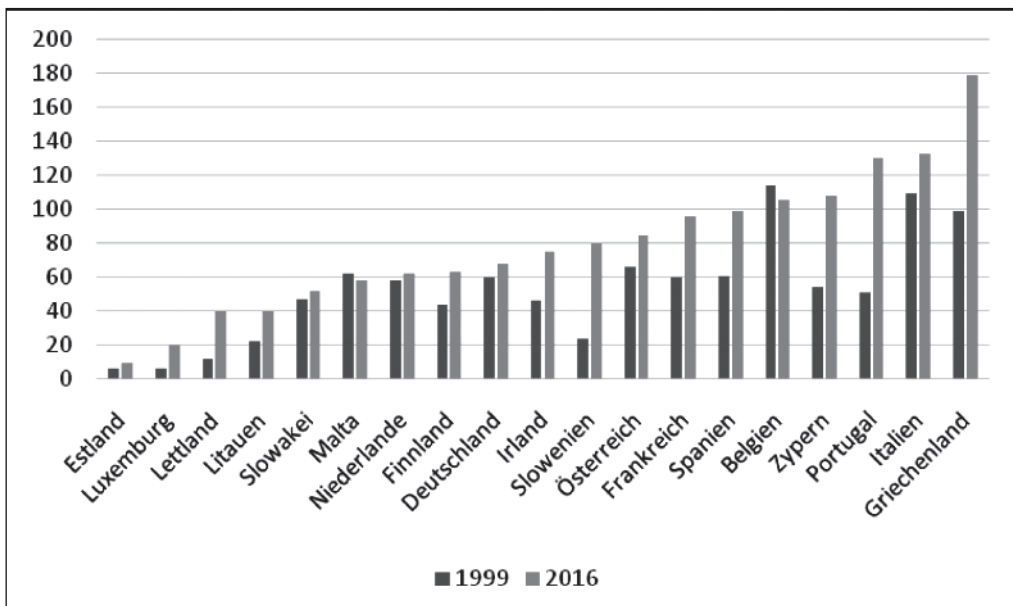
Theoretisch stellt der Finanzsektor gesellschaftlich wichtige Infrastrukturleistungen zur Verfügung. Tatsächlich befindet er sich selbst in einer massiven Umbruchssituation, die sich jederzeit krisenhaft zuspitzen kann. Zunehmend setzt er nicht mehr auf einen Ausbau des Kreditgeschäfts sondern auf kostenpflichtige Zahlungsabwicklungen. Geld und Finanzmärkte verbinden über alle Grenzen

hinweg. Geld und Kapital sind im Überfluss vorhanden. Es sucht nach renditestarker Verwendung. Der deutsche Finanzsektor machte zuletzt wieder deutliche Profite – jedoch weniger mit dem Kreditgeschäft. Das traditionelle Geschäftsmodell von Banken wird zunehmend durch regulierungsferne Finanzinnovationen in Frage gestellt.

Der Shareholder-Kapitalismus in der Krise

Der real-existierende Shareholderkapitalismus setzt die Infrastruktur einer Geldwirtschaft voraus. Tatsächlich ist das geldwirtschaftliche System mit der internationalen Bankenkrise 2007/2008 in eine tiefe Krise geraten. Grundsätzlich ist bei einer Bankenkrise zwischen einer Liquiditätskrise und einer Solvenzkrise zu unterscheiden. In der Regel geht die Liquiditätskrise – die Bank kann kein Geld mehr auszahlen, da ihre Bargeldvorräte aufgebraucht sind – einer Solvenzkrise voraus. Bei einer Solvenzkrise verstößt die Bank gegen die Regulierungsvorschriften, insbesondere gegen die Eigenkapitalvorschriften; die Banklizenz wird entzogen (Schrooten, 2016). Große Krisenbanken führen oft ins Feld, dass der Entzug

Abbildung 1: Eurozone: Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat.

der Banklizenz zu massiven Verwerfungen auf dem gesamten Finanzsektor führen kann. Daher haben große Banken den geldwerten Vorteil, dass sie oft als „too big to fail“ begriffen werden. Ihre „systemische Relevanz“ wurde auch in der globalen Finanzkrise betont und hat gerade in Europa zu massiven staatlichen Interventionen sowie staatlichen Finanzspritzen für den Bankensektor geführt. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte stieg in vielen Fällen massiv (siehe Abbildung 1).

Öffentliche Haushalte finanzieren ihr Defizit vielfach durch zehnjährige Staatsanleihen oder andere befristete Papiere. Laufen diese aus, so werden in der Regel neue Papiere zur Umschuldung ausgegeben. Zur staatlichen Kreditaufnahme ist daher kein aktuelles Defizit im Staatshaushalt notwendig. Läuft eine befristete Anleihe aus, so ist der jeweilige Staat abhängig von den aktuellen Finanzmarktkonditionen. Das gilt in der Regel auch dann, wenn er gerade erst die wichtigsten FinanzmarktakteurInnen gerettet hat. Die Bankenrettung ist für die öffentlichen Haushalte eine Einbahnstraße.

Eine Verschuldungskrise des Staates zeigt sich darin, dass er bei einer Umschuldung entweder keine neuen Kredite auf dem Finanzmarkt bekommt oder die Zinsen für solche Kredite dramatisch über dem Leitzins liegen. Werden hohe Zinsen akzeptiert, wird die Zahlungsunfähigkeit des Staates in die Zukunft verschoben und der Schuldenstand des Staates noch weiter nach oben getrieben. Dieser Effekt lässt sich nicht nur in Griechenland, sondern beispielsweise auch in Italien, Spanien und Portugal ausmachen. Die staatlichen Schulden wachsen demnach aus sich selbst heraus – genauso wie die privaten Geldvermögen steigen, die diese Schulden „finanzieren“. Gerettet wurde mit dem staatlichen Geld ein Finanzsektor, der sich selbst dem Shareholder-Prinzip verschrieben hat. Für Solidarität ist in einem solchen Geschäftsmodell kein Platz (Busch, et al., 2016).

Umbruch im Finanzsektor

Gemäß der traditionellen Finanzmarkttheorie vermitteln die Banken zwischen denjenigen, die Geldvermögen haben und denjenigen,

die Geld brauchen. Banken suchen interessante und tragfähige Investitionsprojekte aus (Selektion), vergeben Kredite und bieten den KreditnehmerInnen ein Monitoring. Darüber hinaus bieten Banken wie in jedem Finanzierungslehrbuch nachzulesen ist, den AnlegerInnen eine Portfolio- und Risikodiversifikation. Zudem ermöglichen Banken eine Fristentransformation, indem sie kurzfristig angelegtes Geld in längerfristige Kredite wandeln. Banken tragen das volle Ausfallrisiko falls ein Kredit nicht zurückgezahlt wird. Damit erbringt der Finanzsektor eine wichtige Infrastrukturleistung für das Funktionieren der renditeorientierten Marktwirtschaft (King & Levine, 1993).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass in vielen Ländern diese Infrastrukturleistung der Geschäftsbanken voll und ganz in privatwirtschaftlicher Hand liegt. Für ihre umfassenden Dienste berechnen sich die Banken einen „Kreditzins“. Dieser liegt zwangsläufig über dem Zins, den sie für ihre Refinanzierung und die von ihnen verwalteten Spareinlagen bezahlen. Dieser sogenannte „spread“ bietet die Grundlage für den Ertrag.

Die lockere Geldpolitik der Zentralbanken hat die Refinanzierung der Geschäftsbanken seit Jahren zu extrem günstigen Konditionen ermöglicht. Es ist falsch davon auszugehen, dass die niedrigen Zinsen das Bankgeschäft gefährden. Eine solche in den Medien verbreitete Argumentation ist weitgehend absurd. Kein Händler außer den Banken macht geringe Einkaufspreise dafür verantwortlich, wenn das Geschäft nicht läuft. Möglicherweise geht das Sinken der Zinsspanne auf den Wettbewerb innerhalb der Branche zurück.

Trotz Niedrigzinsen haben in Deutschland die Geschäftsbanken ihre Erträge zuletzt deutlich steigern können. Im Jahr 2015 – das ist das letzte Jahr für das belastbare Zahlen vorliegen – konnten in Deutschland alle Bankengruppen auf eine positive Eigenkapitalrendite blicken. Während diese im Durchschnitt aller Banken bei 5,8 Prozent lag, erreichten die Sparkassen mit 9,7 Prozent und die Genossenschaftsbanken mit 10,7 Prozent besonders hohe Renditen. Sie haben sich dabei allerdings zunehmend vom

traditionellen Kreditgeschäft abgewandt und haben Erträge aus Aktien und Wertpapieren realisiert (Deutsche Bundesbank, 2017).

Kurzum: Das billige Zentralbankgeld strömt zu erheblichen Teilen in anlageorientierte Finanzmärkte und nur zu einem geringen Teil in die Investitionsfinanzierung (Deutsche Bundesbank, 2017). Der niedrige Zins hat nicht zu einer nachhaltigen kreditfinanzierten Investitionsbelegung geführt. Die traditionell angenommenen Zusammenhänge zwischen Finanzierung, Sparen und Investitionen sind in der finanzmarktorientierten Marktwirtschaft brüchig geworden.

Vieles deutet darauf hin, dass die Kreditvergabe in diesem neuen Gefüge weniger von der Zinspolitik der Zentralbank als von der Bilanzstruktur der einzelnen Geschäftsbanken abhängt. Kredite „kosten“ gewissermaßen Eigenkapital. Zudem sind die Liquiditätsvorschriften einzuhalten. Die Geschäftsbanken wollen dringend dem Risiko von Liquiditäts- und Solvenzkrisen vorbeugen. Bei den Kreditvergabeentscheidungen wirken nicht nur die Erfahrungen der internationalen Finanzkrise von 2007/2008 nach. Vielmehr geht auch von den neuen Regulierungsvorschriften – Stichwort Basel III – eine Signalwirkung aus. Offenbar sind im Kreditgeschäft vor allem die Banken überdurchschnittlich aktiv, die über eine komfortable Eigenkapitalausstattung verfügen (Kim & Sohn, 2017).

Auch die Geschäftsbanken trachten nach hoher Rendite. Zunehmend wenden sich die Geschäftsbanken von ihrem angestammten Geschäftsfeld ab. Einzig die gut abgesicherten Wohnungsbaukredite werden kräftig ausgebaut. Aber das Kreditgeschäft gerät nicht nur angebotsseitig unter Druck. Auch die Nachfrage scheint zu schwächeln. Unternehmen gehen in Deutschland mehr und mehr dazu über, notwendige Investitionen durch Eigenmittel zu finanzieren. Einlagen bei Banken stellen eine unattraktive Anlagemöglichkeit dar.

Die Geschäftsbanken selbst zeigen, dass sie zunehmend mit dem Aktien- und Wertpapiergeschäft ihre Gewinne realisieren. Das

klassische Kreditgeschäft ist weit weniger renditeträchtig. In einer Zeit lockerer Geldpolitik und der ungleichen Vermögensverteilung ist Geld nicht länger knapp. Das Kapital ist heute kein scheues Reh mehr; es sucht weltweit nach renditeträchtigen Investitionsmöglichkeiten. Denn: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere“ (Marx, 1968).

Finanzintermediation in Zeiten der Digitalisierung – Banking 4.0

Das Finanzsystem stellt wichtige Infrastrukturleistungen zur Verfügung. Wird diese Infrastruktur ausgehebelt, so wird das gesamte Wirtschaftssystem empfindlich getroffen. Daher ist eine staatliche Regulierung von Finanztransaktionen und -produkten dringend geboten.

Im Zuge der abnehmenden Attraktivität des traditionellen Kreditgeschäfts haben die bestehenden Geschäftsbanken zunehmend auf Wertpapiergeschäfte – auch auf Aktien – gesetzt. Inzwischen ist zudem eine ganze Fülle von Finanzintermediären entstanden, die auf neue Geschäftsmodelle setzen. Für den Begriff FinTech gibt es bislang keine klare Definition. Als FinTechs werden vielfach internetbasierte Plattformen verstanden, die Finanzdienstleistungen anbieten.

Zugang zu den FinTech-Produkten erfolgt demnach über eine existierende oder zu schaffende Internetinfrastruktur. Bargeld spielt in diesen Systemen keine nennenswerte Rolle. An seine Stelle treten Kontodaten. Die IT-basierte Verwaltung von Konten verursacht geringere Kosten als die Bargeldverwaltung. Dazu kommt, dass FinTechs ihre Geschäftsprozesse weitgehend losgelöst von immobiler Infrastruktur abwickeln und anbieten können. Den sinkenden operativen Kosten stehen allerdings steigende operative Risiken gegenüber, da die Funktionsfähigkeit des Geschäftsmodells voll und ganz von der IT-Sicherheit abhängt. Den KundInnen werden bei den Plattformmodellen Transaktionskosten berechnet. Diese Transaktionskosten stellen aus der Sicht der FinTechs eine wichtige

Einnahmequelle dar; eine weitere Einnahmequelle ergibt sich aus der Datensammlung und -auswertung. Darüber hinaus lassen sich teilweise Werbeeinnahmen auf den Plattformen realisieren.

Im Wesentlichen lassen sich derzeit drei Geschäftsfelder der sogenannten Fintechs ausmachen: Internetbasierte Finanzierung, Geldanlage und Zahlungsabwicklung. Alleamt sind dies technologiebasierte Geschäftsfelder, die auf dem Einsatz des Internets basieren. Mit ihren Produkten stellen sich die Fintechs teilweise komplementär zu den traditionellen Geschäftsbanken auf. Hier seien sogenannte Peer-to-Peer (P2P)-Zahlungen genannt, mit denen Geld in Sekundenschnelle grenzüberschreitend von einem Konto zum anderen überwiesen werden kann. Damit erhöht sich der finanzielle Offenheitsgrad und damit die internationale Finanzverflechtung – gemessen in der Summe von Finanzexporten und -importen dividiert durch das Bruttoinlandsprodukt – noch einmal deutlich. Ohnehin liegt die finanzielle Offenheit weit höher als die realwirtschaftliche Offenheit. Die Regulierung dieser Geschäftsaktivitäten hinkt weit hinter her.

Teilweise bieten FinTechs auch nur unterstützende IT-Lösungen für Finanzinstitute. Grundsätzlich lässt sich das Bankgeschäft in unterschiedliche Prozesse gliedern. Viele der traditionellen Bankprozesse gerade im Privatkundenbereich lassen sich digitalisieren. Viele traditionelle Geschäftsbanken haben inzwischen reagiert und die Digitalisierung der Produkte vorangetrieben. Im Mittelpunkt steht dabei die Zahlungsabwicklung. Vor diesem Hintergrund passt ins Bild, dass viele Geschäftsbanken in Deutschland zuletzt ihre Kontoführungsgebühren deutlich erhöht haben. Dieser Schritt geht demnach keineswegs auf die schlechte Ertragslage im Niedrigzinsumfeld zurück. Vielmehr haben die Geschäftsbanken an der Situation ihrer Konkurrenz erkannt, dass es eine grundlegende Zahlungsbereitschaft für bestimmte Finanzdienstleistungen gibt. Der Shareholder-Kapitalismus lässt grüßen.

Fazit

Das Karussell auf dem Finanzmarkt dreht sich weiter. Der Bankensektor bleibt renditeorientiert. Die Digitalisierung kann in bestimmten Geschäftsfeldern zu kurzfristigen Effizienzgewinnen führen – dazu gehören die Zahlungssysteme. Derartige Finanzinnovationen werden inzwischen nicht mehr nur von FinTechs sondern auch von traditionellen Kreditinstituten angeboten. An die Stelle der von den FinTechs veranschlagten Transaktionskosten tritt bei den Banken vielfach die Kontoführungsgebühr.

Weniger leicht lassen sich komplexere Kredit- und Finanzierungsprozesse digital entscheiden. Vor diesem Hintergrund wird auch weiterhin ein wichtiges Geschäftsfeld der Banken in diesem Bereich liegen. Zunehmend jedoch zeichnet sich ab, dass sie in anderen Geschäftsfeldern eine höhere Rendite erwarten können. Genau in diesen Feldern – Wertpapiere, Aktien, Geldanlage, Zahlungsabwicklung – werden sie voraussichtlich ihre Zukunftsperspektiven suchen. Banken – auch öffentlich-rechtlichen Banken – geht es um Rendite und nicht in erster Linie um einen möglichen gesellschaftlichen Auftrag. Der Shareholder-Kapitalismus bleibt uns erhalten – er ist nur in eine neue Phase getreten. ■

Literaturverzeichnis

- Deutsche Bundesbank. (September 2017). Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, S. 63-85.
- Kim, D., & Sohn, W. (2017). The effect of bank capital on lending: Does liquidity matter? *Journal of Banking and Finance*, 77, S. 95-107.
- Marx, K. (1968). *Das Kapital*. Band 1.. Berlin: Dietz Verlag.
- Schrooten, M. (2016). *Geldwirtschaft und Krise*. In C. o. Vienna, *Wieviel Geld verträgt die Welt?* . Wien: Mandelbaum.
- Weidmann, J. (2017). Bargeldlose Zahlungsformen werden immer beliebter. Frankfurt a. M. Abgerufen am 19. 5 2017 von www.bundesbank.de

Postwachstum versus Entwicklung

Ist eine ökologische Kapitalverwertungswirtschaft denkbar?

von Rainer Land¹

Innerhalb der nächsten zwei bis drei Menschengenerationen wird sich entscheiden, ob es gelingt, die globalen Umweltprobleme zu überwinden. Im Fokus steht der Klimawandel. Auch wenn die Details umstritten sind: Die große Mehrheit wissenschaftlich fundierter Analysen fordert, eine Trendwende zu global sinkenden CO₂-Emissionen müsse innerhalb der nächsten dreißig Jahren gelingen, eine vollständige Dekarbonisierung binnen fünfzig Jahren. Steigt die globale Durchschnittstemperatur um mehr als zwei oder gar um vier Grad, sei mit deutlich steigendem Meeresspiegel, dem Verlust bedeutender fruchtbarer Gebiete, dem Zusammenbruch der Biomasseströme in den Ozeanen, wachsenden Wüsten, dem Niedergang der Agrarsysteme, Hungersnöten, Flüchtlingsströmen, Klimakriegen und letztlich dem Zusammenbruch der heutigen Wirtschaftssysteme zu rechnen (vgl. Lesch u.a. 2016, WBGU).

Nun ist der Klimawandel zwar das drängendste, aber nicht das einzige Umweltproblem. Im Folgenden sollen drei Fragen analysiert werden:

1. Was sind die Ursachen der globalen Umweltprobleme der Moderne?
2. Warum sind diese nicht durch eine Wachstumsreduzierung oder durch Nullwachstum zu bewältigen, sondern nur durch eine grundlegende *Veränderung der Entwicklungsrichtung* der Produktions- und Reproduktionssysteme, die Konsumtion eingeschlossen?
3. Wie müssen die *Selektionsprozesse* der wirtschaftlichen Entwicklung verändert werden und wie ist das möglich?

Der theoretische Rahmen ist die Unterscheidung verschiedener *Regime wirtschaftlicher Entwicklung im Kapitalismus* und die Analyse der Möglichkeit einer Transformation des derzeitigen neoliberalen Finanzmarktkapitalismus in eine *ökologische Kapitalverwertungswirtschaft* (vgl. Land 2017a).

Umweltprobleme als Folge wirtschaftlicher Entwicklung

Wir haben es mit einer Vielzahl von Umweltproblemen zu tun, einigen globalen, vielen regionalen und lokalen. In einer **Studie für die FGW** (Land 2016) habe ich die m.E. wichtigsten globalen Herausforderungen genannt (hier gekürzt und zusammengefasst):

- CO₂-Emissionen und Dekarbonisierung der Energiesysteme (Verkehr und Wohnen eingeschlossen),
- Lösung der globalen Wasserversorgung und Sicherung der regionalen Wasserkreisläufe,
- Umbau der Landwirtschaft zwecks Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit,
- Neuordnung der Herstellung und Verwendung von Chemikalien, speziell Regelung des Umgangs mit nicht umweltkompatiblen Chemikalien,
- Entwicklung und Umsetzung eines neuen umweltkompatiblen Modells der „postfossilen Stadt“.

Zweifellos müssen spezielle Umweltprobleme mit jeweils besonderen Maßnahmen und Strategien bearbeitet und vielleicht gelöst werden. Aber es gibt einen übergreifenden Zusammenhang: erstens die Spezifik der modernen Industrie, deren Ausgangspunkt die Industrielle Revolution war. Sie hat mit einem neuen Inno-

¹ Dr. Rainer Land ist Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler und arbeitet im Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V. und der Zeitschrift Berliner Debatte initial.

vationstyp die Entwicklung industrieller Naturprozesse eingeleitet und eine grundsätzlich neue Eingriffstiefe in die Natur möglich gemacht (vgl. Land 2017b). *Industrielle Naturprozesse* sind eine grundsätzlich neue Dimension der Aneignung der Natur: Die technische Realisierbarkeit von Wirkprinzipien ist weder an die Erhaltung vorgefundener Ökosysteme gebunden (wie bei der Agrar- und Forstwirtschaft) noch durch die physischen und biologischen Eigenschaften des Menschen begrenzt (wie beim Handwerk). Die damit mögliche Tiefe des Eingriffs in Ökosysteme übersteigt die agrarischen und handwerklichen Wirtschaftssysteme, da Verfahren, Materialien und Gegenstände mit Eigenschaften erzeugt werden können, die es in der Natur so gar nicht gibt: Chemikalien, synthetische Materialien, Energie- und Datenverarbeitungssysteme. Diese Industriesysteme erreichen in ihren Wirkungen die Größenordnung von Natursystemen: Große Kraftwerke, Chemieanlagen, Atomkraftwerke, Waffensysteme usw. Industrielle Naturprozesse überschreiten qualitativ die Dimension der Umweltprobleme, die durch vorindustrielle Agrarwirtschaft oder durch das System Mensch- und Werkzeug (Handwerk) verursacht werden konnten.

Nicht jeder industrielle Naturprozess schafft gravierende Umweltprobleme, aber potenziell können industrielle Naturprozesse die Funktionsweise globaler Ökosysteme untergraben und diese zerstören. Dies hat man beispielsweise an FCKW und dem Ozonloch erfahren. Wären die FCKW-Emissionen nicht eingestellt worden, wäre die Ozonschicht zerstört worden, was zu gravierenden Problemen für Organismen und Ökosysteme der Erde geführt und die Lebensbedingungen der Menschen wahrscheinlich zerstört hätte. Seitdem ist klar, dass industrielle Großsysteme und große Stoffkreisläufe (beispielsweise der Eintrag der Abbauprodukte von Medikamenten in die Abwässer) nicht ohne Prüfung und laufende Überwachung angewendet werden dürfen. Auch die anthropogenen CO₂-Emissionen sind Wirkungen von Großsystemen, deren Grundlage industrielle Naturprozesse sind. Auf der Basis agrarischer oder handwerklicher Verfahren könnten diese Mengen an CO₂ gar nicht emittiert werden.

Allerdings müssen die von der Eingriffstiefe industrieller Naturprozesse ausgehenden Gefahren im Zusammenhang mit zwei weiteren Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden, zunächst der Bevölkerungsentwicklung. Vorindustrielle Agrarwirtschaften entstanden bei einer Weltbevölkerung von fünf bis zehn Millionen und erreichten im 18. Jahrhundert etwa 500 Millionen. Nach der industriellen Revolution verdoppelte sich die Weltbevölkerung in 100 Jahren auf eine Milliarde, stieg in weiteren 100 Jahren auf etwas mehr als 1,5 Milliarden, von 1900 bis 2000 wuchs sie auf das Sechsfache. Prognostiziert sind zehn bis elf Milliarden bis Ende des 21. Jahrhunderts. Dieses Bevölkerungswachstum ist die Folge der Ausbreitung der modernen industriellen Produktionsweise über die gesamte Welt. Erst die Kombination der Eingriffstiefe industrieller Naturprozesse und der Bevölkerungsexplosion des 20. Jahrhunderts generiert die großen Risiken globaler Umweltprobleme.

Ein weiterer Faktor ist die Einkommensentwicklung. In den Industrieländern stiegen Einkommen und Produktivität nach 1950 mehr als doppelt so schnell wie vor dem 2. Weltkrieg, bis 1980 etwa auf das Vierfache der Vorkriegseinkommen (vgl. Busch, Land 2013: 11). Diese Einkommens- und Produktivitätsdynamik ist auf die Kopplung der Lohnentwicklung an die Produktivität zurückzuführen, die es vorher nicht oder nur auf wenige soziale Gruppen beschränkt gab. Das zentrale Selektionskriterium der wirtschaftlichen Entwicklung in dem Produktionssystem des „Teilhabekapitalismus“ war die Steigerung der Arbeitsproduktivität, aber es gab keine Limitierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung. Umwelt war (damals scheinbar noch) keine knappe Ressource. Bis in die 1970er Jahre stieg die Produktion bei stagnierendem bzw. sogar sinkendem Einsatz an Arbeit, während der Ressourcenverbrauch ungefähr genauso schnell wuchs wie die Produktion (vgl. Busch, Land: 10-35 und 141ff).

Das grundsätzliche Umweltproblem der Moderne entsteht also durch die potenziell *unbeschränkte Eingriffstiefe industrieller Naturprozesse* in die Ökosysteme plus *Bevölkerungswachstum* plus *Einkommenswachstum*. Dieses

grundsätzliche Problem ist die Folge der sozioökonomischen und soziokulturellen Evolution menschlicher Produktionsweisen in den vergangenen Jahrtausenden. Die Eingriffstiefe vorindustrieller Agrarsysteme war begrenzt, weil die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme unmittelbare Voraussetzung der Agrarproduktion war und bleibt. In handwerklichen Produktionsprozessen ist der Mensch als physisches Wesen Teil des technischen Funktionsszusammenhangs, auch dies setzt Grenzen. Die Eingriffstiefe industrieller Naturprozesse ist nicht immanent begrenzt, was im Zusammenhang mit Bevölkerungs- und Einkommenswachstum zu globalen Problemen in existenziellen Ausmaßen führen kann und führen muss, wenn „die Gesellschaft“ die Nutzung der Natur nicht in irgendeiner Form vernünftig reguliert, begrenzt und kontrolliert.

Warum eine Wachstumsreduzierung kein Ausweg wäre

In der Postwachstumsdebatte steht die Reduzierung des Wachstums im Mittelpunkt, dabei wird Wachstum in der Regel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder dem Nationaleinkommen festgemacht, also an monetären Größen. Sinkender Verbrauch von Ressourcen (Rohstoffe, Primärenergie, Abprodukte und Emissionen) soll durch Nullwachstum oder negative Wachstumsraten erreicht werden. Um auf diesem Weg zu sinkendem Ressourcenverbrauch zu kommen, müsste die Produktion pro Kopf allerdings schneller sinken als die Weltbevölkerung wächst. Bei Nullwachstum würden die umweltzerstörenden Stoffströme noch nicht sinken, erst negatives Wachstum würde zu einer Reduzierung der umweltschädlichen Stoffströme führen. Keine umweltbelastenden Stoffströme gäbe es erst, wenn die Weltwirtschaft tendenziell so weit geschrumpft wäre, dass die Ressourcenbelastung unter die Tragfähigkeitsgrenzen sinkt. Man kann ausrechnen, dass dies je nach Indikator nur für einen Teil der derzeitigen Weltbevölkerung reichen würde, die zudem immer noch wächst. Betrachtet man die Tragfähigkeit, bezogen auf die CO₂-Emissionen, so würde eine Absenkung unter die Tragfähigkeitsgrenze nicht mal für ein Zehntel der heutigen Weltbevölkerung reichen. Es sei denn, man ändert die Produkte

und Verfahren so, dass weniger und schließlich gar kein CO₂ mehr emittiert würde. Dann aber wäre nicht die Wachstumsreduzierung, sondern die *Änderung der Produkte und Verfahren* der entscheidende Hebel. Und genau darum geht es: *Wachstumsreduzierung* oder Veränderung der *Entwicklungsrichtung*?

Die paradoxen Vorstellungen einer Lösung der Umweltkrise durch Schrumpfung zeigen, dass das in Wirtschaftswissenschaften übliche quantitative Denken, alles durch die Zunahme oder Abnahme von Größen *erklären* zu wollen, in die Irre führt. Es geht um Innovationen, Investitionen in umweltkompatible Produkte und Verfahren, also um *wirtschaftliche Entwicklung*, allerdings um eine wirtschaftliche Entwicklung, bei der Stoffströme, Verbrauch von Rohstoffen, Emission von Schadstoffen und Abprodukten *absolut* sinken und nicht-umweltkompatible Produkte und Verfahren binnen 30 bis 50 Jahren verschwinden und durch neue, umweltkompatible ersetzt werden.

Auf der Grundlage einer Weltbevölkerung von mehr als sieben Milliarden Menschen, deren Anzahl weiter steigen wird, ist eine Begrenzung der Industrie auf das derzeitige Volumen kein Ausweg, da die heutigen Emissionen und Umweltprobleme schon weit über den Tragfähigkeitsgrenzen liegen und binnen einiger Jahrzehnte dramatisch reduziert werden müssen. Wachstumsreduzierung oder Nullwachstum würden nicht genügen.

Würde die besser verdienende Hälfte der reichen Länder ihren Konsum halbieren, würden die Emissionen um 25 Prozent sinken. Einmalig und auch nur, wenn auch alle Infrastrukturleistungen um 25 Prozent abgebaut und die Einsparungen nicht durch Mehrkonsum der ärmeren Menschen aufgebraucht würden. Man sieht schnell, dass eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs unter die Tragfähigkeitsgrenzen so nicht erreicht werden könnte. 25 Prozent wären viel zu wenig.

Die Postwachstumsdebatte zielt auf die Reduzierung des BIP-Wachstums, also des monetär kumulierten Outputs des globalen Wirtschaftssystems bzw. der Volkswirtschaften und

der Regionen. Tatsächlich geht es um *negative Wachstumsraten*, aber bei den Inputs. Die Lösung der globalen Umweltprobleme hängt von der quantitativen *Reduzierung* und noch mehr der *qualitativen Reorganisation der stofflichen und energetischen Inputs* an Naturressourcen ab: also der Senkung des Verbrauchs an nicht erneuerbarer Primärenergie und nicht erneuerbaren Rohstoffen, der Reduzierung der Menge an Abprodukten und Emissionen, dem Ersetzen nicht erneuerbarer Energie und Rohstoffe durch erneuerbare und der Ausweitung geschlossener oder umweltkompatibler Stoffkreisläufe. Die Verlängerung der Lebensdauer von Investitionsgütern, Maschinen, Anlagen, Gebäuden und Infrastruktur durch mehr Reparieren und Rekonstruieren statt Verschrotten und neu Bauen wird dabei an Bedeutung gewinnen.

Ein Argument der Vertreter des Postwachstums lautet: Der Output kann nicht vom Input entkoppelt werden. Stofflich und energetisch ist dies sicher richtig. Aber es geht nicht um mehr oder weniger, sondern um qualitativ andere Produkte und Verfahren, veränderte Konsumgüter, veränderte Produktionsmittel, veränderte Infrastruktursysteme, die insgesamt weniger stoffliche und energetische Ressourcen beanspruchen und die umweltkompatibel sind.

Die Veränderung der monetären Größe des Outputs hängt aber nicht nur und nicht zwangsläufig von den stofflichen Größen ab, sondern von der Wertsteigerung der Produkte. Unbestritten ist, dass für einen großen Teil der Produktion das Wachstum der monetären Größe nicht ohne Zunahme der Stoffströme möglich ist. Nimmt das BIP in einem *gegebenen technologischen* System um drei Prozent zu, dann wachsen auch die stofflichen Inputs und die Abprodukte in gleicher Größenordnung. Effizienzstrategien, die gegebene Verfahren und Produkte verbessern, können daran etwas, aber langfristig nur wenig ändern. Die Möglichkeiten zur Verbesserung eines gegebenen Produkts oder Verfahrens in einem gegebenen Systemzusammenhang nähern sich im Laufe eines Lebenszyklus einer objektiven Grenze. Der Dieselmotor kann niemals ganz ohne Diesel fahren, man kann sich dem physikalisch bestmöglichen Wirkungsgrad immer weiter annähern, ihn aber nie ganz er-

reichen, geschweige denn überschreiten, denn er wird von thermodynamischen Gesetzen bestimmt. Zudem steigt der Aufwand, je näher man dem Maximum kommt. Effizienzstrategien sind begrenzt. Man kann aber zu einem anderen Verkehrssystem übergehen, beispielsweise einer Kombination von öffentlichem Nahverkehr ohne Individualverkehr in Metropolregionen und selbstfahrenden Car-Sharing-Fahrzeugen mit Elektro- oder Synthesegas-Antrieb in der ländlichen Peripherie. Man kann reale Plastikprodukte nicht durch virtuelle ersetzen, aber mittelfristig versuchen, Erdöl-Produkte durch recyclingfähige und abbaubare Biomasse zu ersetzen, also nicht umweltkompatible Stoffströme durch umweltkompatible zu ersetzen. Kann man Effizienz im Rahmen eines gegebenen technologischen Systems nicht mehr steigern, wird ein Pfadwechsel nötig.

Zum Strukturwandel der Moderne gehört, dass der Anteil von Produkten wächst, die einen hohen und steigenden monetären Wert haben, aber einen vergleichsweise geringen und ggf. sinkenden stofflichen und energetischen Verbrauch: viele personenbezogene Dienstleistungen, Bildung, Kultur usw.

Für bestimmte Produkte wird eine Reduzierung des stofflichen Aufwands kaum möglich sein. Die Funktion von Nahrungsmitteln wird immer auch an Stoffmengen gebunden sein. Wächst die Bevölkerung um ein Prozent, werden auch ein Prozent mehr Nahrungsmittel gebraucht. Allerdings kann eine Veränderung in der Art und Weise der Herstellung, beispielsweise der Verzicht auf Massentierhaltung, Chemie und Antibiotika dazu führen, dass der Aufwand an Arbeit steigt und Lebensmittel teurer werden. Bessere weil umweltkompatible Konsumgüter erfordern dann auch steigende Masseeinkommen, ohne die ein Ausstieg aus der Billigproduktion und eine Umstrukturierung der Konsumbudgets kaum durchsetzbar wäre. Eine Verbesserung der Produkte und ein steigender Produktwert sind möglich, auch wenn die Menge der darin enthaltenen Nährstoffe nicht steigt – und pro Kopf auch nicht mehr steigen soll, wenn eine ausreichende Ernährung für alle sichergestellt ist. Dies würde bedeuten, dass der Wert der Produkte deutlich schneller

wächst als ihre Menge. Langfristig wird das Wachstum der Weltbevölkerung wahrscheinlich aber beendet werden müssen, wenn die Lebensmittel für alle reichen sollen.

Sehr viel vermittelt ist der Zusammenhang von stofflichen und monetären Größen bei Industrieprodukten. Wären die Reduzierung des Stoff- und Energieverbrauchs, Langlebigkeit, Reparatur und die Verwendung recyclingfähiger Baugruppen und Materialien ein dominantes Selektionskriterium der Produkt- und Verfahrensentwicklung, dann würden die Produkte teurer (nicht nur nominal, sondern real, weil mehr Entwicklungsarbeit nötig ist), die Stoffströme aber würden sinken.

In welchem Maß Stoffströme und monetäre Größen zusammenhängen, ist also nicht naturgegeben, sondern hängt von dem jeweiligen technologischen System und dem Selektionskriterium der wirtschaftlichen Entwicklung ab. In dem heutigen Wirtschaftssystem dominiert der Wettbewerb um die Senkung der Arbeitskosten, den geringsten Preis, um Distinktion, Alleinstellungsmerkmale im Wettbewerb durch eine schnelle Frequenz des Produktwechsels. Innovationen betreffen zu einem großen Teil die Oberfläche der Produkte. Funktionale Verbesserung im Hinblick auf Energie- und Stoffverbrauch, Reparaturmöglichkeiten, Wiederverwertung usw. spielen eine nachgeordnete Rolle, solange Energie- und Stoffverbrauch und Emissionen im Vergleich zu den Arbeitskosten keine bedeutende Position sind.

Entscheidend für einen Paradigmenwechsel ist, nicht bei monetären Größen anzusetzen, also der Reduzierung des BIP-Wachstums oder der Einkommen, sondern *direkt bei den Stoffströmen*, Rohstoffen, Energieverbrauch, Abprodukten und Emissionen hart und kompromisslos zu limitieren, und zwar auf einen Absenkungspfad, der in einer absehbaren Zukunft auf ein Niveau unterhalb der Tragfähigkeit der Ökosysteme führt. Bei CO₂-Emissionen wäre dies ein Wert nahe Null binnen 50 Jahren.

Die Fokussierung auf die Reduzierung monetärer Größen, BIP und Einkommen, kann die unsinnige Folge haben, dass die Dynamik wirt-

schaftlicher Entwicklung allgemein abgebremst wird. Diese Dynamik ist aber heute schon zu gering, was sich einerseits an zu geringen Investitionen in öffentliche Infrastruktur, aber auch in der Privatwirtschaft zeigt, andererseits aber auch daran, dass Innovationen zu wenig Funktionalität und Substanz der Produkte verändern – ganz abgesehen von den Nullsummenspielen der Finanzmarktinvestitionen.

Der ökologische Umbau benötigt global eine wesentlich höhere echte Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, aber nicht irgendeine, sondern eine auf neue umweltkompatible Produkte und Verfahren gerichtete. Es sollte also nicht um eine allgemeine Wachstumsbremse oder eine undifferenzierte Wachstumsbeschleunigung, sondern eine inhaltliche Orientierung auf bestimmte Richtungen der Produkt- und Verfahrensentwicklung gehen. Dazu gehört eine wesentliche höhere *Selektivität* beim Übergang von Inventionen zu Innovationen, also mehr Forschung und Entwicklung bei einer geringeren Zahl tatsächlich umgesetzter und verbreiteter Innovationen. Bestimmte Entwicklungen müssen auch radikal geblockt werden, beispielsweise ungeprüfte neue Chemikalien. Neue Chemikalien, auch Medikamente, müssen umfassend auch im Hinblick auf ihre Wirkung in den Ökosystemen geprüft und gestaltet werden. Nur ein *höheres Tempo und eine höhere Selektivität* des Innovationsgeschehens gewährleisten die Reduzierung der Stoffströme und das Ersetzen bisheriger durch umweltkompatible Produkte und Verfahren. Eine schlicht gedachte Wachstumsreduzierung würde diesen Weg verbauen.

Paradigmenwechsel: Umweltkompatibilität als Selektionskriterium

Wirtschaftliche Entwicklung ist die Veränderung der Produkte und Verfahren. Die Entwicklungsrichtung eines Wirtschaftssystems wird durch *Selektionsverfahren* für Innovationen bestimmt, die durch gesellschaftlich bzw. staatlich gesetzte Rahmenbedingungen, rechtliche Regeln, Angebot und Nachfrage auf Märkten, Innovationsstrategien vieler tausend Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und nicht zuletzt durch Präferenz-

änderungen der Verbraucher gelenkt werden, die wiederum mit der Veränderung kultureller Codes zusammenhängen. Im fordistischen Teilhabekapitalismus (Busch, Land 2013: 10) war die Steigerung der Arbeitsproduktivität das entscheidende Selektionskriterium.

Mit dem Übergang zu einer ökologischen Kapitalverwertungswirtschaft ist ein Paradigmenwechsel erforderlich, der sich in veränderten Selektionsverfahren für Innovationen niederschlagen muss. Es geht um einen Umbau der Industrie, des Konsums und der Infrastruktur, bei dem *Umweltkompatibilität* zum ultimativen Selektionskriterium *jeder* industriellen Entwicklung wird. Grundsätzlich ist es möglich, umweltkompatible Industriesysteme zu entwickeln. Dies ergibt eine Analyse der Koevolution von Ökosystemen in der Erdgeschichte. Offene autopoietische Natursysteme können sich mit geschlossenen Stoffkreisläufen reproduzieren und sie nutzen einen Energiefluss zum Entropieexport. So war es in der Erdgeschichte sehr wohl möglich, in dieser endlichen Welt mit begrenzten Ressourcen und Energieströmen *endlos Entwicklung* zu generieren. Freilich *kein unendliches Wachstum*, denn Energie- und Stoffströme sind immer begrenzt. Entwicklung und Wachstum ist nicht dasselbe.

Was Natursysteme können, ist grundsätzlich auch für Industriesysteme möglich, denn sie funktionieren, physikalisch gesehen, nicht grundsätzlich anders. Entwicklung in autopoietischen Natursystemen kann als Vorbild für eine umweltkompatible Industrie gelten, denn offene Systeme mit Entropieexport sind auch an der Schnittstelle zwischen Industrie und Natur möglich und in Gestalt regenerativer Systeme in ersten, freilich unzureichenden Ansätzen vorhanden.

Joseph Huber (1999): „Der Zielhorizont von Industrieller Ökologie geht dahin, den industriegesellschaftlichen Metabolismus wieder besser einzubetten in den Gesamtmetabolismus der Geo- und Biosphäre, und zwar weniger durch bloße Mengenänderungen, als vielmehr durch Änderung der Stoffstrom-Qualitäten. Es geht nicht darum, eine Mengenanpassung auf dem gegenwärtigen



Bildstrecken von Jörg Gläser
272 Seiten, 25 Euro
www.christoph-links-verlag.de
ISBN 978-3-86153-949-0

Die Publikation entstand im Rahmen des Programms „Neulandgewinner“ der Robert Bosch Stiftung, durchgeführt vom Thünen-Institut für Regionalentwicklung eG.
www.neulandgewinner.de

Entwicklungsniveau der technologischen Strukturen herbeizuführen, sondern diese Strukturen so fortzuentwickeln, dass damit eine metabolisch naturintegrierte Industriegesellschaft geschaffen wird.“

Eine umweltkompatible Industrie ist möglich, aber nur, wenn Umweltkompatibilität als Selektionskriterium für neue Produkte und Verfahren umfassend wirksam wird. So wie im Teilhabekapitalismus die Steigerung der Arbeitsproduktivität das zentrale Selektionskriterium der Kapitalverwertung wurde, durchgesetzt durch an die Produktivität gekoppelte Lohnentwicklung, muss in einer ökologischen Kapitalverwertungswirtschaft der betriebswirtschaftliche Gewinn von umweltkompatiblen Innovationen abhängen, die Steigerung der Arbeitsproduktivität tritt an die zweite Stelle.

Aus meiner Sicht müssen Organisationen und Strukturen neu geschaffen werden, die die Nutzung und Reproduktion wirtschaftlich genutzter Naturressourcen gestalten, regulieren und kontrollieren. Ich nenne sie Ökokapitalgesellschaften, die öffentlich-rechtlich verfasst werden sollten, da sie die wirtschaftliche Nutzung von Gemeingütern – von Naturressourcen – zu organisieren, zu regeln und zu kontrollieren haben. Kern eines auf Umweltkompatibilität gerichteten Selektionssystems ist die *Bewirtschaftung aller kritischen Umweltressourcen auf definierten Absenkungspfaden*. Dadurch werden Produkte und Verfahren, die nicht umweltkompatibel sind, von Jahr zu Jahr teurer, während Innovationen mit umweltkompatiblen Produkten und Verfahren einen Schumpeter-Gewinn² abwerfen. Die zweite vorgeschlagene Komponente eines veränderten Regulationssystems wäre ein Kreditprogramm, das erhebliche Teile der Ressourcen der privaten Unternehmen, der Haushalte und des Staates in neue umweltkompatible Innovationen und Investitionen lenken soll. Durch den Zusammenhang beider Instrumente ändert sich die Selektion potenzieller Innovationen und damit die Entwicklungsrichtung der

Wirtschaft, der Technologie und des Konsums, ohne dass eine Zentrale in jede einzelne Innovationsentscheidung eingreifen müsste. Es handelt sich um einen regulierten Marktprozess, der eingebettet sein muss in einen politischen und soziokulturellen Rahmen. Vorausgesetzt ist selbstverständlich ein Konsens in der Bevölkerung, Einsicht und Einverständnis in den Umbau, Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die ökologische Krise ist nur überwindbar, wenn auch die soziale Krise überwunden wird. ■

Zitierte und weitere Literatur

- Busch, Ulrich; Land, Rainer (2013): Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. Ein Arbeitsbuch. Norderstedt: BoD
- Huber, Joseph (1999): Industrielle Ökologie. Konsistenz, Effizienz und Suffizienz in zyklusanalytischer Betrachtung. VDW-Jahrestagung, Berlin, 28.-29. Oktober 1999. In: Simonis, U. E./Kreibitz, R. (2000): Global Change. Ort: Berliner Wissenschaftsverlag. Online: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-121622> [22.06.2016] S. 5.
- Huber, Joseph (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation. In: Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag, 279-302.
- Land, Rainer (1996): Vom Fordismus zum Öko-Kapitalismus? Überlegungen zu Regulationsprinzipien eines neuen Entwicklungspfades. In: Berliner Debatte Initial 7(1996)6.
- Land, Rainer (2016): Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft braucht fundierte ökonomische Konzepte. In: Momentum Quarterly, Zeitschrift für sozialen Fortschritt Vol. 5, No.3, p. 139-155
- Land, Rainer (2017a): Kapitalismus reloaded. Regime wirtschaftlicher Entwicklung im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-12-Land_Kapitalismus-reloaded-mit-Bild.pdf
- Land, Rainer (2017b): Der Irrtum der Postwachstumsdebatte. Teil 1, 2 und 3. <https://makroskop.eu>. 4.4., 25.4. und 28.4.2017
- Lesch, Harald; Kamphausen, Klaus (2016): Die Menschheit schafft sich ab die Erde im Griff des Anthropozän. Grünwald: Komplet-Media.
- Ökosystem Erde (2017): <http://www.oekosystem-erde.de/html/globale-aenderungen.html> 19.04.2017
- WBGU (2011): Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen, Hrsg. Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation; [Hauptgutachten]. Vgl. auch weitere Gutachten: <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/>

Weitere Texte des Autors im Web: <http://www.rla-texte.de>

2 Das ist ein temporärer Innovationsgewinn, der in der Verbreitungsphase einer Innovation entsteht. Die Bewirtschaftung ökologischer Ressourcen auf einem Absenkungspfad verteuert nicht umweltkompatible Produkte und verbilligt umweltkompatible, aus der Differenz entsteht ein Innovationsgewinn.

Das Reflektionspapier der EU-Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

von Arne Heise¹



Die Ausgänge der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den Niederlanden und Frankreich können zwar als Beruhigung der Diskussion darüber verstanden werden, ob die Europäische Währungsunion im Speziellen und die Europäische Union im Allgemeinen grundsätzlich in Frage gestellt werden sollten. Die Diskussion über den weiteren Weg der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa ist damit aber natürlich keineswegs beendet. In kurzer Folge waren so genannte 4- und 5-Präsidentenberichte (des Europarates, der EU-Kommission, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank (EZB) und, später, des EU-Parlaments) in den Jahren 2012 und 2015 zur Zukunft der Eurozone veröffentlicht worden. Jetzt legt die EU-Kommission mit einem Reflektionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion nach.

Vertrauensprobleme der Eurozone

Das neuerliche Papier der EU-Kommission adressiert die Vertrauensprobleme der Eurozone: 1) Das Governance-System der Eurozone hat sich als ungeeignet erwiesen, mit den Problemen der Weltfinanzkrise fertig zu werden – die Menschen in der Eurozone haben vielfach das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der EU-Institutionen verloren; 2) es herrscht unter den Regierungen der Mitgliedstaaten Uneinigkeit über die Ursachen der Eurokrise und deren Bekämpfung – dies schafft nicht gerade Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der EU; 3) der Verlauf der Diskussionen zu Hilfeleistungen für Mitgliedsländer im Zuge der Eurokrise hat das Vertrauensdefizit der Regierungen untereinander offengelegt und 4) die weitere Integration der Eurozone in Richtung einer

Politischen Union scheint unter den Bedingungen solcher Vertrauensdefizite gegenwärtig schwer vorstellbar.

Vor diesem Hintergrund setzt das Reflektionspapier darauf, die Erfolge der Eurozone – der Euro als zweitwichtigste Weltwährung, Konvergenzerfolge bei Inflations- und Zinsentwicklungen in der ersten Phase der Währungsunion – zu betonen. Zudem stellt es die in den Krisenjahren durchgeführten Reformen – insbesondere die Härtung der fiskalischen Restriktion im Rahmen des Europäischen Fiskalpaktes und der Aufbau eines Europäischen Stabilitätsmechanismus² (ESM) zur Überwindung kurzfristiger Liquiditätsprobleme einzelner Mitgliedstaaten – als angemessene Antwort auf die Herausforderungen dar.

Die Tatsache, dass keine klare Ursachenanalyse betrieben wird, lässt auf die Meinungsunterschiede innerhalb der EU-Kommission bzw. auf die Rücksichtnahme auf unterschiedliche Sichtweisen verschiedener wichtiger Mitgliedstaaten schließen. In jedem Fall unterbleibt damit die klare Benennung der krisenverschärfenden (prozyklischen) Wirkungsweise des bestehenden und in dieser Richtung gar noch verschärften EU-Governance-Systems und die Aufdeckung der systembedrohenden Ungleichgewichte in der Eurozone. Diese müssen mangels effektiver Abstimmung der Lohn- bzw. Tarifpolitik in einem einheitlichen Währungsraum beinahe zwangsläufig entstehen und dürfen nicht als Wettbewerbsprobleme einzelner Länder überdeckt werden.

Konkrete Ziele, unkonkrete Wege

Entsprechend ist auch dieses Reflektionspapier, wie schon viele EU-Dokumen-

¹ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

te zuvor, konkreter in der Benennung von Zielsetzungen als bei der institutionellen Ausgestaltungen von deren Verwirklichung: Beschäftigungswachstum, soziale Fairness und finanzielle Stabilität werden ebenso beschworen wie die komplizierte Balance zwischen nationaler Eigenverantwortlichkeit und kollektiver Solidarität in der Eurozone. Letztlich gehen die konkreteren Zukunftsvisionen der EU-Kommission aber nicht über die bereits auf den Weg gebrachte Vollendung der Bankenunion mittels eines EU-Einlage-sicherungsfonds und eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus für insolvente Kreditinstitute hinaus. Schon bei der Schaffung eines so genannten ‚sicheren EU-Wertpapiers‘ (European safe asset), welches die Kapitalmarktintegration voranbringen könnte, bleibt es bei unbestimmten Andeutungen.

Noch vager verbleiben die Visionen der EU-Kommission zu jenem Teil des EU-Governance-Systems, der sich in der jüngsten Weltfinanzkrise als besonders problematisch erwiesen hatte: Die Geldpolitik war mit der Stabilisierung einer massiv angeschlagenen Konjunktur in der Eurozone überfordert, die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) zu prozyklischem Verhalten gezwungen. Der Mangel einer effektiven Stabilisierungspolitik in der Eurozone wurde im 4-Präsidentenbericht durch die Vision einer ‚Stabilisierungskapazität‘ immerhin schon konkreter angesprochen als im späteren 5-Präsidentenbericht, der nur noch von einer ‚Stabilisierungsfunktion‘ sprach, ohne damit institutionelle Kapazitäten auf EU- bzw. Eurozonen-Ebene meinen zu müssen. Das Reflektionspapier wählt hier einen Mittelweg: Es bleibt bei der vagen Bezeichnung ‚Stabilisierungsfunktion‘, schlägt aber konkretere Institutionalisierungen vor: 1) Ein Europäisches Investitionsschutzprogramm, mit dessen Hilfe konjunktur-stabilisierende (staatliche) Investitionen im Falle von Konjunktureinbrüchen gefördert werden könnten; 2) eine Europäische Arbeitslosenversicherung, die eine temporäre (keine dauerhafte!) regionale Umverteilung von Finanzmitteln in konjunkturell besonders betroffene Mitgliedstaaten ermöglichen

würde und 3) ein eigenständiges EU-Budget zur Durchführung einer eigenständigen EU-Finanzpolitik mit Stabilisierungsauftrag. Hierfür wird dann ganz offen die Einrichtung eines EU-Finanzministeriums (EU Treasury) – als Diskussionsvorschlag, nicht als konkrete Vision der EU-Kommission – angesprochen. Dieses könnte neben der stabilitätsorientierten Finanzpolitik auch die Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken und die Ausgabe des oben erwähnten ‚sicheren EU-Wertpapiers‘ übernehmen. Dass nicht erst die Schaffung eines EU-Finanzministeriums eine Verstärkung der politischen Legitimation der EU-Institutionen und der Transparenz ihrer Handlungen erfordert, wird zwar nicht verschwiegen, konkrete Vorschläge aber bleiben gleichwohl aus.

Ein Schritt in die richtige Eichtung

Insgesamt kann das Reflektionspapier insofern als mutig bezeichnet werden, als es sich in einer Zeit zunehmender Skepsis gegenüber weiterer Vertiefung der EU-Integration genau hierfür ausspricht und auch trotz klarerer politischer Signale wichtiger Mitgliedstaaten nicht scheut, mit dem EU-Finanzministerium das Thema ‚Wirtschaftsregierung‘ offensiv anzuschneiden. Sicher hätte man sich noch mehr Verve in der Reklamierung dieses Themas wünschen dürfen, aber dennoch erscheint das Reflektionspapier gegenüber dem 5-Präsidentenbericht ein klarer Schritt vorwärts zu sein. ■

Die aktuelle Zahl

4

von Michael Reschke¹

4 Eckpunkte weist das Rentenkonzept der SPD zur diesjährigen Bundestagswahl auf:

1. Kein weiteres Absenken des Rentenniveaus bei gleichzeitiger Sicherung des aktuellen Niveaus von mindestens 48 Prozent bis 2030
2. Gesetzliche Solidarrente für langjährig Beschäftigte von 10 Prozent über der Grundsicherung
3. Beitragsbegrenzung von 22 Prozent bis 2030 und Einführung eines steuerfinanzierten Demografiezuschusses
4. Keine (weitere) Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters

Das Rentenkonzept geht somit über die rentenpolitischen Beschlüsse der Großen Koalition aus dem Frühjahr 2017 hinaus. Diese hatten zum Ziel, die Erwerbsminderungsrenten sowie die Betriebsrenten zu stärken und die vollständige Rentenangleichung zwischen Ost und West bis 2025 zu erreichen. Ebenso geht das Konzept über das „Gesamtkonzept zur Alterssicherung“ des Bundesarbeitsministeriums heraus, welches teilweise in der Großen Koalition umgesetzt wurde und als Grundlage der rentenpolitischen Diskussion gelten sollte.

Deutlich wird also, dass das Thema Rente mitnichten noch abgeräumt und für den Bundestagswahlkampf neutralisiert wurde. Im Gegenteil: Die rentenpolitische Debatte zu den Grundfesten des Rentensystems sollte somit eröffnet sein. Weitestgehenden Zuspruch erhielt die SPD umgehend von den Gewerkschaften, die in ihren Konzepten ähnlich argumentieren. An einer zentralen Stelle, nämlich der Höhe des Rentenniveaus, bleibt die SPD-Forderung jedoch hinter den Forderungen der

Gewerkschaften zurück: diese fordern anstatt 48 Prozent ein höheres Rentenniveau von etwa 50 Prozent. Eine durchaus renten- und sozialpolitisch begrüßenswerte Forderung, die außerdem griffiger zu kommunizieren und auch unter legitimatorischen Gesichtspunkten nachvollziehbar ist. Die Höhe des Rentenniveaus wirft jedoch die Frage nach der Finanzierung auf. An dieser Stelle bewegt sich das SPD-Konzept im finanziell selbst gesteckten Rahmen aus vor allem garantierter Beitragsgrenze und Höhe des Steuerzuschusses. Grundsätzliche Einigkeit zwischen Gewerkschaften und SPD besteht bei der Finanzierung wiederum darin, dass die Rentenkassen für eine nachhaltige Finanzausstattung höhere Löhne und somit Beiträge und ebenso einen höheren Steuerzuschuss benötigen.

Dass die SPD die Rente zu einem Wahlkampfsschwerpunkt ausgerufen hat, ist strategisch richtig. Die Glaubwürdigkeitsdefizite der SPD werden nicht zuletzt aus den Rentenreformen der Vergangenheit genährt, die sich zu sehr um Leistungseinschränkung, Privatisierung und Rente mit 67 drehten. Hierzu einen Kontrapunkt zu setzen und an die erreichten Reformen in der Großen Koalition anzuschließen bei gleichzeitigem Aufzeigen der Unvereinbarkeiten mit der Union könnte in einen aussichtsreichen Weg in einen Rentenwahlkampf münden. Orientierte sich die SPD an der gewerkschaftlichen Forderung von 50 Prozent, wäre eine klarere Polarisierung möglich. Auch und gerade deswegen, da die Union offenbar ernsthaft beabsichtigt, zur zukünftigen Ausgestaltung der Rente im Bundestagswahlkampf keine Stellung zu beziehen. Dass die Union sich selbst so in eine defensive Position manövriert, bietet die seltene Chance, ihr eine programmatische Diskussion in einem Politikfeld aufzuzwingen, in dem der bloße Einsatz des Standings von Kanzlerin Merkel nicht ausreichen sollte. Die Voraussetzung hierfür lautet aber: nicht ablenken lassen, liebe SPD, sondern selber durch die Kunst der Wiederholung Agenda-Setting betreiben. ■

¹ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Circular Economy und Zirkuläre Wertschöpfung – Für eine moderne Industrie im 21. Jahrhundert

von Reinhold Rünker¹

In der internationalen Diskussion gibt es ein neues Buzz-Word. Spätestens seit der Ellen-McArthur-Stiftung/McKinsey-Studie „Growth within: A Circular Economy Vision for a competitive Europe“ steht „Circular Economy“ auf den Tagesordnungen internationaler Konferenzen. Die Bedrohung der Weltmeere durch Plastik ist globales Sinnbild dafür, dass ungehemmte Nutzung natürlicher Ressourcen die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten bedrohen. Die Ankündigung des US-Präsidenten, die internationalen Klima-Vereinbarungen von Paris zu kündigen, um die heimische Industrie vor Umweltauflagen zu schützen, mutet an wie ein irrer Versuch, die Uhr in das 19. Jahrhundert zurückzudrehen. Gleichzeitig wird so das Bild verfestigt, dass sich Industrie und ökologische Anforderungen an die Erhaltung unseres Planeten in einem unversöhnlichen Konflikt gegenüberstehen.

Wer Wirtschaftswachstum und gleichzeitig der jetzigen wie kommenden Generationen eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft ermöglichen will, muss deshalb heute deutlich machen, wie Produktion und Konsum so in eine Wechselbeziehung gesetzt werden können, dass Rohstoffe nicht verschwendet, sondern weiterverwendet (re-cycled) und -entwickelt (up-cycled) werden. Wir werden also nicht umhin kommen zu fragen, wie neue Produkte und Dienstleistungen aussehen können, wer sie bereitstellt, also produziert und wer die qualitativen ökonomischen, sozialen und ökologischen Standards für diese Innovationen setzt.

Dieser Herausforderung stellten sich vom 5. bis 7. Juni mehr als 1.500 TeilnehmerInnen aus 105 Ländern beim erstmals durchgeführten World Circular Economy Forum in Helsinki. Anlässlich der Staatsgründung Finnlands vor 100 Jahren hatte die finnische Regierung

durch ihre staatliche Forschungseinrichtung sitra zu dieser Konferenz eingeladen, auch um deutlich zu machen, dass sich das kleine norddeuropäische Land entschlossen in Richtung Zukunft bewegen will. Begleitend dazu hatte die internationale Beratungsagentur Deloitte eine Studie veröffentlicht, in der sie das Potenzial für finnische Unternehmen abschätzte und einige konkrete Beispiele vorstellte – so etwa eine Kooperation der größten skandinavischen Kaufhauskette Stockmann mit einem Anbieter für Textilrecycling oder die ressourcenschonende Modernisierung von Baukränen bei Konecranes.

Finnland befindet sich mit dieser Initiative in guter Gesellschaft mit anderen, eher kleinen Ländern: Die Niederlande veröffentlichte 2016 als Ergebnis eines Kabinettsbeschlusses eine Roadmap für Circular Economy. Luxembourg will seine verschüttete industrielle Tradition mit Hilfe eines Zukunftsdialogs unter der Leitung von Jeremy Rifkin neu erfinden und setzt dabei ebenfalls auf Circular Economy. Unternehmen Forschungseinrichtungen und Verbände aus Belgien beteiligen sich mit anderen Regionen an EU-Programmen zur interregionalen Zusammenarbeit (INTERREG), für die sich auch zunehmend Akteure aus Nordrhein-Westfalen bewerben.

So engagiert die Debatte um Circular Economy aktuell geführt wird, so sind doch zentrale Mängel zu erkennen:

- Akteure der Circular Economy kommen oft aus der Bewegung um die globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals). Die Motivation dafür speist sich aus der notwendigen Verantwortungsethik gegenüber der globalen Entwicklung um die Zukunftsfähigkeit des Planeten. Ökonomische Überlegungen werden überlagert von moralischen Ansprüchen, was sich angesichts der realen

¹ Reinhold Rünker, Bankkaufmann und Historiker, arbeitet im Wirtschaftsministerium in NRW und lebt in Leichlingen (Rheinland).

Entwicklung – siehe Trumpismus – zu einem folgenlosen Empörungsschrei reduzieren könnte. Was bleibt übrig, wenn sich moralische Empörung gegen die globalen ökonomischen Interessen nicht durchsetzen kann?

- Zahlreiche internationale Großkonzerne sind auf den Nachhaltigkeitszug aufgesprungen – sei es, weil auch dort engagierte MitarbeiterInnen in mittleren und höchsten Führungsebenen die Zeichen der Zeit erkannt haben oder zumindest eine günstige Gelegenheit sehen, sich durch ein gelungenes GreenWashing als „gute“ Marke zu präsentieren.
- Viele internationale Beratungsunternehmen – so etwa Deloitte, McKinsey oder Accenture – suchen nach dem Digitalisierungs-Hype anschlussfähige Beratungsansätze. Circular Economy greift viele Elemente aus Industrie 4.0 und Digitalisierung auf und unterstützt langfristige Unternehmensstrategien, die über klassische Restrukturierungsmaßnahmen oder Merger & Acquisition hinausreichen.
- Staatlicherseits finden sich derzeit eher (außer Finnland oder den Niederlanden) weniger Akteure, die das Thema Circular Economy“ in den Mittelpunkt ihrer (Wirtschafts- und Industrie-)Politik rücken. Einen bedeutsamen Aufschlag hat die EU-Kommission mit ihrem Circular Economy-Package vom Dezember 2015 getan. Dies aber auch als Ergebnis eines gescheiterten Anlaufs zur Regulierung der Abfallwirtschaft. Circular Economy wird aber auch unter industriepolitischen Gesichtspunkten zunehmend bedeutsam für die EU-Kommissionspolitik.
- Circular Economy hängt jedoch – gerade in Deutschland, aber auch andersorts – immer noch der Geruch an, es handele sich um eine lediglich ausgeklügeltere Variante der Abfallwirtschaft, also des Entsorgens oder des Recyclings. Dass auch das WCEF²

in Helsinki davor nicht gefeit war, lässt sich daran erkennen, dass als ein Beispiel für „circular village“ eine Müllsortier- und Verwertungsanlage präsentiert wurde.

- Bemerkenswert ist zudem, dass viele Überlegungen zur Circular Economy nicht zum industriellen Kern – nämlich der Produktentwicklung im industriellen Maßstab – vordringen. Für viele Akteure scheint es zunächst näherliegend, mittels digitaler Plattformen Kreisläufe zu schließen – also etwa ein besseres Matching zwischen Anbietern und Nachfragern von Werk- und Wertstoffen zu organisieren.

Die Kernüberlegung der Zirkulären Wertschöpfung: Mehr vom Richtigen!

Um insbesondere den beiden zuletzt genannten Verkürzungen zu begegnen, wird im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium seit etwa zwei Jahren ein industriepolitisches Innovationskonzept entwickelt, das Circular Economy produktorientiert als „Zirkulärer Wertschöpfung“ übersetzt (MWEIMH 2016). Dabei geht es um einen Dreiklang:

- Zirkulär betont, in Kreisläufen zu denken. Rohstoffe und Werkstoffe werden am Ende des Wertschöpfungsprozesses wieder zu Nährstoffen neuer Kreisläufe. „Abfall“ wird Nährstoff, Roh- und Werkstoffe gehen nicht verloren.
- Wert betont den materiellen Gehalt: Die Zirkuläre Wertschöpfung schafft und sichert ökonomische Werte, indem sie Bedarfe und Bedürfnisse deckt; sie bietet einen Mehrwert, der betriebswirtschaftlich wie volkswirtschaftlich relevant ist.
- Schöpfung betont den kreativen Prozess. Er fordert zum radikalen Infragestellen auf, um Neues zu schaffen – neue Produkte mit neuen Designs und Werkstoffen, neue Verfahren, Services und Geschäftsmodelle.

Zirkuläre Wertschöpfung beschreibt einen umfassenden industriepolitischen Innovationsansatz, der die *quantitative* Effizienzorientierung

2 World Circular Economy Forum

um die qualitative Effektivitätsorientierung ergänzt: Beginnend beim Produktdesign und dem Screening der Werk- und Inhaltsstoffe, geht es über neuartige Produktionsverfahren bis hin zur Definition von Nutzungswegen und Fragen der Rückgewinnung von Ressourcen. Welche Auswirkungen werden durch den Materialeinsatz, durch die Produktion, durch die Konsumweise etc. erzeugt? Welche sind gewollt, welche nicht? Wie können wir die gewollten Auswirkungen verbessern, neue und bessere Effekte erzielen?

Dazu muss neben die inkrementellen Innovationen die Bereitschaft treten, Produkte – Güter wie Dienstleistungen – komplett neu zu denken und die disruptiven Technologien dafür zu nutzen. Stoffkreisläufe schließen, damit Werk- und Inhaltsstoffe möglichst immer wieder verwendet werden können, Produkte stärker modular aufbauen, um deren Nutzungsdauer zu verlängern, mehr Produkt-Sharing anbieten oder Produktleistungen Stück für Stück entmaterialisieren – all das sind Facetten einer zirkulären Wertschöpfung, um künftig Wachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln.

Zirkuläre Wertschöpfung ist ein Impulsgeber für Innovationen, der neue Wege hin zu einer Modernisierung unserer Industrien aufzeigt. Sie bietet einen starken Anreiz für mehr industrielle Symbiose und zur Bildung von Wertschöpfungsnetzwerken jenseits üblicher Allianzen.

Zirkuläre Wertschöpfung hat einen positiven und motivierenden Gestus: es geht um Ermöglichung statt Eingrenzung, um Gestaltung statt Abwehr, es geht um Wohlstand für alle statt Verzicht. Dabei gibt es nicht immer nur die eine richtige Lösung; Es geht um „Mehr vom Richtigen!“, statt weniger vom Falschen.

Ökonomische, ökologische und soziale Dividende erwirtschaften

„Zirkuläre Wertschöpfung“ baut auf den Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards auf, die im Cradle to Cradle®-Konzept (Braungart/McDonough 2013, dies. 2014) entwickelt wurden. Die Herausforderung besteht darin, Produkte von vornherein so zu gestalten, dass sie für kontinuierliche geschlossene Stoffkreisläufe ausgerichtet sind. Dabei ist die definierte Nutzung der wichtigste Mechanismus zur Feststellung der Sicherheit der Materialien in einem Produkt. Problematische Stoffe sollen bei der Herstellung von Produkten gar nicht erst verwendet werden und damit auch nicht in den Materialkreislauf gelangen.

Dies ist ein Schritt über die klassische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienzorientierung hinaus. Entsprechend des jeweiligen Nutzungsszenarios sollten problematische Stoffe und Substanzen, welche für bestimmte Applikationen notwendig sind, sicher in technischen Kreisläufen zirkulieren, mit der Maßgabe, kei-

Wachstumsmodell einer zirkulären Wertschöpfung



ne negativen Auswirkungen auf Gesundheit, Mensch und Natur zu verursachen.

Zirkuläre Wertschöpfung betont nun stärker die ökonomische Komponente: Erst, wenn neben die Zirkularität auch der ökonomische Nutzen – gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung und unternehmerisches Kalkül – tritt, kann sie als Innovationskonzept die Öko-Nische verlassen.

Ein Unternehmen wird sein Geschäftsmodell nicht vom einen auf den anderen Tag auf den Kopf stellen können. Bei der zirkulären Wertschöpfung geht es daher vor allem auch um ein neues Bewusstsein. Materialien und Inhaltsstoffe müssen bekannt sein und mit Blick auf ihre Wiederverwendbarkeit hinterfragt werden. Dazu ist eine viel engere Zusammenarbeit etwa mit Zulieferern notwendig – Wertschöpfungsverbünde entstehen so neu. Nutzungswege sind zu definieren, um Strukturen für die Sammlung und Rückgewinnung zu schaffen. So entstehen neue und intensive Kundenbeziehungen, Märkte können passgenauer bedient und Innovationszyklen beschleunigt werden, weil Kundenbedürfnisse schneller erkannt und Produkte wie Services angepasst werden.

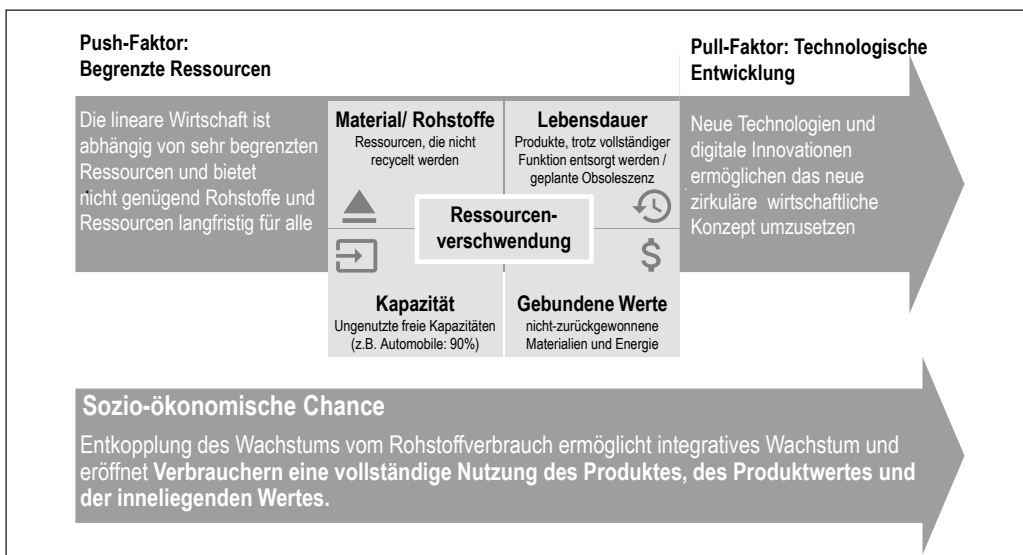
Als Lohn winken geringere Aufwendungen für Grundstoffe, mehr Unabhängigkeit von Preisschwankungen und schließlich die gewonnen Sekundärrohstoffe. Neben diese „ökonomischen Dividende“ tritt die „ökologische Dividende“, weil trotz Wachstum die Umwelt geschont und entlastet wird. Es entsteht auch eine „soziale Dividende“: neues Wachstum schafft und erhält Arbeitsplätze, materieller Verteilungsspielraum entsteht, gemeinsame Produktentwicklung schafft neue Identifikation mit den Unternehmen.

Push- und Pull-Faktoren: Endliche Rohstoffe und disruptive Technologien

Zentraler Push-Faktor in Richtung einer zirkulären Wertschöpfung ist die zunehmende Ressourcenverknappung mit einer einhergehenden Ressourcenverschwendung. Die technologische Entwicklung – Stichwort Disruptive Technologien – bietet als „Pull-Faktor“ die Instrumente für ihre Umsetzung.

Auch wenn wir in Deutschland insgesamt sich positiv entwickelnde Recycling-Quoten haben, werden weiterhin zu geringe Volumina an Materialien und Rohstoffe stofflich wiederverwertet oder wiederverwendet. Daneben sind

Zentrale Treiber einer zirkulären Wertschöpfung



häufig Produktnutzungszyklen zu kurz, um einen nutzwerteffizienten Gebrauch von Materialien zu erreichen, da viele Produkte, trotz vollständiger Funktionalität, aufgrund mangelnder Modernität entsorgt werden. Aus dieser Verschwendung von Ressourcen werden vorhandene Materialkapazitäten nicht hinreichend genutzt und damit gebundene Werte vergeudet. Andererseits sind die Kosten für eine systematische Rückführung, Demontage und Neu-Nutzung vieler Konsumgüter derzeit noch zu hoch, als dass dies für marktorientierte Unternehmen profitabel zu organisieren wäre.

Ziel der Zirkulären Wertschöpfung ist eine Reduzierung der Ressourcenverschwendung und damit eine Verringerung der Abhängigkeiten von importierten Primärrohstoffen und ihren volatilen Preisen und Verfügbarkeiten. Gleichzeitig sollen aber produktseitig Zusatznutzen und die ökonomische Qualität (Effektiver

Ressourceneinsatz, Verbesserung der Kostenstruktur etc.) verbessert werden.

Im Sinne einer neuen Effizienzorientierung wird es daher auch künftig darum gehen, den Ressourceneinsatz so effizient wie möglich zu gestalten, sie soll dabei aber lediglich bis zu jenem Maße erfolgen, wie verfügbare Ressourcen noch effektiv in Wertschöpfungsprozesse integriert werden können und folglich eine ausreichende Werthaltigkeit besitzen. Es muss also eine Abwägung getroffen werden, ob dem Gewinn über eine verlängerte Nutzungsphase mögliche Kosten bei der Wiederaufarbeitung gegenüberstehen. Kurzfristige und langfristige Überlegungen stehen damit im Konflikt. Effizienzorientierung ist nur eine notwendige Bedingung zur Etablierung einer zirkulären Wertschöpfung, die allerdings das bestehende lineare Paradigma mit allen bestehenden negativen Konsequenzen nicht verlässt.

Grafik 3: Lösungsansätze zirkulärer Wertschöpfung



Zirkuläre Wertschöpfung betont vier Hauptaspekte der Produktentwicklung:

- **Intelligente Produkte:** Je weniger ein Produkt verändert werden muss, um wieder genutzt werden zu können, desto geringer sind die Kosten in Form von Arbeit, Energie, Material, in dem Produkt gebundenem Kapital und die negativen Auswirkungen auf die Umwelt bei der Weiterverwertung.
- **Verzicht auf Zusatzstoffe:** Verwendung von Materialien, die noch nicht kontaminiert oder denen Zusatzstoffe hinzugefügt werden, um damit die Wiederverwertung auf einem gleichbleibend hohen Qualitätsniveau zu ermöglichen und somit letztlich die Materialproduktivität zu erhöhen.
- **Verlängerung des Lebenszyklus:** Produkte durch Reparieren, Umnutzung oder einen kompletten Wiederaufbau so lange wie möglich in der Wertschöpfung zirkulieren lassen und so Material, Energie und Arbeit einsparen, die durch die Herstellung eines neuen Produktes anfallen würden.
- **Kaskaden-Nutzung:** Produkte im Verlauf der Wertschöpfungskette auf verschiedene Arten wiederverwerten und so das Zuführen neuer Ressourcen in die Wirtschaft soweit wie möglich zu vermeiden.

Besser statt billiger – Besitzen, um zu nutzen

Selbst wenn wichtige Rohstoffe derzeit einen zu niedrigen Preis haben, so ist die Ungewissheit über die Schwankungsbreite für die Unternehmen ein Risiko. Neben dem Preiskalkül ist der Aufwand, der getrieben werden muss, um Rohstoffe einzusammeln und daraus wieder neue Produkte zu schaffen, eine Herausforderung. Lösungen können nur durch die Unternehmen selbst herbeigeführt werden, die ihre hochwertigen Produkte und Services auch am Markt über den Preis realisieren können. Dabei ist eine vollkommen neue Gestaltung von Produkten und Dienst-

leistungen vor allem von denjenigen zu erwarten, die stark mittel- und langfristig orientiert sind und entsprechend agieren. Das Motto heißt: Besser statt billiger!

Die Mehrzahl der Menschen hat nach eigenem Verständnis ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein – wer kann schon dafür sein, den Generationen, die uns folgen, einen ausgebrannten Planeten zu hinterlassen. Bekannt ist in diesem Zusammenhang aber auch die Kluft zwischen Einstellung und Verhalten. Die Menschen können dennoch für die zirkuläre Wertschöpfung gewonnen werden, denn smarte Lösungen, die ein mehr an Komfort, eine bessere Benutzerfreundlichkeit und leichtere Verfügbarkeit zu einem akzeptablen Preis anbieten, werden sich durchsetzen.

Auch hierbei hilft der digitale Wandel: Mobile Endgeräte, die mittlerweile so etwas wie die Fernbedienung für unseren Alltag sind, digital home utilities, Cloud-Computing oder privater 3D-Druck, um nur einige Trends nennen. Aber auch Phänomene wie Produkt-Sharing oder die schrittweise Entmaterialisierung von Produktleistungen – also Waschleistung statt Waschmaschine, Laufleistung statt Reifen oder Mobilität statt Auto – sind Facetten einer zirkulären Wertschöpfung, die das Zeug haben, Verbraucherinnen und Verbraucher zu begeistern.

Zirkuläre Wertschöpfung nutzt den Trend zur „Sharing Economy“ und verstärkt ihn. Da die Werkstoffe in Kreisläufe geführt werden sollen, wird es wichtiger, dass der Produzent auch Eigentümer seines Produktes bleibt. Nur so kann er sicherstellen, dass er seine Werkstoffe am Ende der Nutzungszeit auch zurückbekommt. Sobald es aber einen Eigentumsübergang auf den Nutzer gibt, steigen Kosten und rechtliche Unsicherheiten bei der Rückführung, vor allem dann, wenn das Produkt den Rechtssetzungsraum verlässt. Hinzu kommt, dass nur solche Güter einer „Sharing Economy“ zugänglich sind, die eine so hohe Werthaltigkeit haben, dass ihre einmaligen Anschaffungskosten im Verhältnis zur Nutzungsdauer zu hoch sind und gleichzeitig bei einer Rücknahme durch den Hersteller doch

eine so hohe Werthaltigkeit besitzen, dass sie (gemeint sind die Güter einer Sharing Economy) einer ökonomischen Rationalität folgen. Mit anderen Worten: Konsumgüter sollten beispielsweise so hergestellt werden, dass es für die Hersteller ökonomisch rationaler ist, sie zurückzuholen, als die Verlängerung der Nutzungsdauer dadurch zu erreichen, dass sie außerhalb der EU exportiert und dann am Ende ihres Lebenszyklus auf unkontrollierten Deponien verbracht werden. Für den Konsumenten hingegen steht der Nutzen im Vordergrund, der Besitz für den Gebrauch wird künftig wichtiger, als selbst Eigentum an dem Gut zu haben.

Die Diskussion weiter vorantreiben

Die internationale Debatte treibt das Thema Circular Economy weiter voran. Wenn damit nicht nur eine mediale Blase aufgebaut werden soll, sondern eine neue Balance zwischen der Sicherung unseres Planeten und dem Stillen des menschlichen Bedürfnisses nach materieller Sicherheit gefunden werden soll, muss die Debatte von den intellektuellen und wohlmeinenden Bühnen in die betriebliche Praxis gebracht werden. Die Umsteuerung von einer linearen zu einer zirkulären Wirtschaft wird eine große Kraftanstrengung bedeuten und einen langen Atem erfordern.

Bundes- wie Landesregierungen sollten durch konkrete Aktionspläne und Förderaktivitäten dazu beitragen, dass Regionen und Unternehmen fit gemacht werden für die zirkuläre Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Deutschland ist gut beraten, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Die Zukunft gehört der industrie- und innovationspolitischen Verzahnung von Wertschöpfung und nachhaltigen Zielen. ■

- Brynjolfsson, E.; MacAfee, A. (2014): The Second Machine Age, Kulmbach
- Gore, A (2014): Die Zukunft – Sechs Kräfte, die die Welt verändern, München
- Ellen MacArthur Foundation; McKinsey Center for Business and Environment; Stiftungsfonds für Umweltökonomie und Nachhaltigkeit (2016): Growth within: A Circular Economy Vision for a competitive Europe, https://www.sun-institute.org/wc/files/growth_within_for_print1.pdf. [21.02.2017]
- Europäische Kommission (2015): Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft; unter http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:8a8ef5e8-99a0-11e5-b3b7-01aa-75ed71a1.0004.02/DOC_1&format=PDF. [21.02.2017]
- Lacy, P.; Rutqvist, J.; Buddemeier, P. (2015): Wertschöpfung statt Verschwendung. Die Zukunft gehört der Kreislaufwirtschaft, München
- MWEIMH (2016b): Potenzialanalyse einer zirkulären Wertschöpfung im Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Rünker, Reinhold: Intelligente Industrie durch zirkuläre Wertschöpfung, Wiso-Direkt 8/2017, Bonn 2017
- Wilts, H. (2016), Deutschland auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft?, Bonn

Literatur

- Braungart, M.; McDonough, W. (2013): Intelligente Verschwendung, München
- Braungart, M.; McDonough, W. (2014): Cradle to cradle. Einfach intelligent produzieren, 3. Auflagen, München/Berlin

Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

von Jörg Deml¹

Dass die jeweiligen Armuts- und Reichtumsberichte (ARB) der Bundesregierung in einem Spektrum von ‚Beschönigung‘ bis ‚Dramatisierung‘ charakterisiert werden, ist für politisch interessierte Menschen erwartbar. Gleichwohl gilt es daran zu erinnern, dass diese Reibung ein Wert an sich ist: Bis 1998 sah die Bundesregierung keine Notwendigkeit, sich des Themas überhaupt anzunehmen. Wer vor dem Hintergrund der notwendigen Abstimmung in der Bundesregierung, in der unterschiedliche Auffassungen zum Tragen kommen, die Schlussfolgerung zieht, die Erstellung durch eine unabhängige Kommission wäre sinnvoller, negiert geradezu die emanzipatorische und politisierende Wirkung des Diskurses um die Interpretation des ARB.² Dem Kölner Armutsforscher und diesjährigen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Prof. Dr. Christoph Butterwege, ist daher in diesem Punkt zuzustimmen: „Deshalb wäre es falsch, Armuts- und Reichtumsberichte künftig, wie manche KritikerInnen – genannt sei nur der Paritätische Wohlfahrtsverband – vorschlagen, von einem Sachverständigenrat aus »unabhängigen« Wissenschaftlern erstellen zu lassen. Damit würde die Bundesregierung von ihrer Verpflichtung entbunden, selbst klar Position hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensverteilung bzw. der Verteilungs(un)gerechtigkeit zu beziehen.“³

Armut ist relativ – und kompliziert

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichtes gab es – ähnlich wie beispielsweise bei den Armutsberichten des PARITÄTISCHEN – eine mediale Diskussion über

die Angemessenheit des richtigen Armutsbegriffes: Ist Armut als absolute Armut, also dem Fehlen von als notwendig erachteten Gütern, zu definieren, oder als relative Armut, bei dem auf die Abweichung vom gesellschaftlich Normalen abgestellt wird? Die Differenz besteht also nicht darin, ob historische oder regionale Bezüge zu berücksichtigen sind – kaum ein Verfechter des Konzepts der absoluten Armut würde diese nur als gegeben ansehen, wenn die physische Existenz gefährdet wäre. Die Differenz besteht darin, ob das durchschnittliche Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft den Referenzpunkt für das Konstatieren von Armut darstellt: Während im Konzept der absoluten Armut eine nennenswerte Abweichung von dem, was in der Mitte der Gesellschaft normal ist, ‚nur‘ als ungleich betrachtet würde, wird im Konzept der relativen Armut davon ausgegangen, dass diese Abweichung eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr möglich macht, was als Armut zu betrachten ist.⁴ In der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung wird hier von Beginn an eindeutig Position bezogen: „Denn Menschen vergleichen sich in der Gesellschaft, in der sie leben, und fühlen sich ausgegrenzt, wenn sie am allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand nur eingeschränkt teilhaben können. Dies gilt insbesondere für die Menschen, die im Vergleich zum mittleren Einkommen deutlich weniger haben.“ (5. ARB, S. 100). Falsch wäre es aber, das Konzept der relativen Armut auf den Aspekt der Einkommensarmut zu reduzieren: Auch die Untersuchung und Bewertung der Ausstattung mit weiteren Ressourcen (Ernährung, Wohnen, Bildung, soziale und kulturelle Teilhabe, etc.) ist danach vorzunehmen, was ‚normal‘ ist.

¹ Jörg Deml ist Leiter des Referates „Wohlstandsmessung, Armuts- und Reichtumsfragen“ im BMAS.

² Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), „Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Berlin 2017

³ Christoph Butterwege, „Verschleierung des Reichtums, Verharmlosung der Armut“, in: Sozialismus, Heft 5/17, S. 27-31, hier: S. 28

⁴ Vgl. Olaf Groh-Samberg / Jan Goebel, „Armutsmessungen im Zeitverlauf“, in: Wirtschaftsdienst, Heft 6/2007, S. 397-403

PapyRossa Verlag



**Christoph
Butterwegge**

ARMUT

Basiswissen Politik /
Geschichte / Ökonomie

Pocketformat
978-3-89438-625-2
131 Seiten | € 9,90

›Reformen‹ à la Hartz haben das Armutsproblem tiefgreifend verschärft. Butterwegge analysiert die Ursachen von Armut und ihre Auswirkungen, hinterfragt die amtliche Statistik, diskutiert Strategien gegen Armut und zeigt, dass ein ›Bedingungsloses Grundeinkommen‹ kein Patentrezept ist.



Thomas Wagner

DAS NETZ IN UNSERE HAND!

Vom digitalen Kapitalismus
zur Datendemokratie

Paperback
978-3-89438-635-1
166 Seiten | € 13,90

Wie lassen sich Google, Facebook, Twitter und Co. an die Leine nehmen? Wie lässt sich die Datenknechtschaft bezwingen? Es geht um die Rückeroberung des virtuellen Raums. Ein öffentlich kontrolliertes Internet wäre ein Schritt auf dem Weg zur Datendemokratie.

Die Versprechen der sozialen Marktwirtschaft erscheinen brüchig

Die breite gesellschaftliche Zustimmung zu dem bundesrepublikanischen Modell der sozialen Marktwirtschaft, also einer regulierten Marktwirtschaft in Verbindung mit einem an Statussicherung orientiertem Sozialsystem, beruht im Kern darauf, dass zwei zentrale Versprechen Bestand haben:

- 1) Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand durch Reallohnsteigerungen;
- 2) Durch besondere Anstrengungen und Leistungen ist sozialer Aufstieg möglich.

Diese Versprechen einer meritokratischen Gesellschaft, in der sich Leistung lohnt, erscheinen brüchig, wie die Ergebnisse einer Befragung, die für den 5. ARB durchgeführt wurde, zeigen. So wird für die letzten Jahre eine Polarisierung der Gesellschaft für die jüngere Vergangenheit wahrgenommen: 84 Prozent gehen davon aus, dass der Anteil Armer stark bzw. etwas zugenommen hat, 70 Prozent glauben, dass dies auch für den Anteil Reicher gelte. Diese Tendenz zeigt sich – natürlich mit Abstufungen – über das komplette Spektrum der Einkommensverteilung und der Bildungsabschlüsse. Auch das Risiko der Armut ist in der Wahrnehmung sozial entgrenzt: Drei von Vier glauben, dass dieses Risiko für jeden besteht; überraschenderweise beträgt der Wert in der Altersgruppe der 40-49-jährigen, also bei denjenigen, die typischerweise beruflich und familiär positioniert sind, sogar 84 Prozent. Hier zeigt sich die Verunsicherung über die Stabilität des sozialen Status. Bei der Einschätzung, wer die Möglichkeit besitzt, reich zu werden, glaubt nur knapp ein Drittel, dass jeder reich werden könne; hier zeigt sich ein deutlicher Rückgang über den Lebenszyklus hinweg: Die Zustimmung zu dieser These nimmt – erfahrungsgesättigt – von 46,1 Prozent bei den 18-29-Jährigen auf 21 Prozent bei den über 65-Jährigen ab. Das – entgegen den empirischen Fakten – aktuell das Armutsrisiko für die Lebensphase „Alter“ als am höchsten angenommen wird, kann sicherlich auch mit der öffentlichen Berichterstattung über vermeintlich drohende Altersarmut er-

klärt werden; hier wird nicht differenziert zwischen erwarteten und realen Zuständen. Hinzu kommt aber auch die Unsicherheit über eine Altersphase, die für den Großteil der Befragten biographisch noch in der Zukunft liegt, und die Angst, dass Lebensleistung nicht angemessen honoriert werden wird.⁵

Dass das Leistungsprinzip – im Ansehen der Bevölkerung nach dem Bedarfs- bzw. Solidaritätsprinzip das zweitwichtigste Gerechtigkeitsprinzip – an Bindekraft verliert, zeigt sich auch daran, welche Rolle individuellen Anstrengungen bei der Möglichkeit, einen sozialen Aufstieg zu erreichen, beigemessen wird: Zwar wird den entsprechenden Merkmalen wie „Bildung, Ausbildung“, „Leistung, Fleiß“, „Initiative, Durchsetzungsvermögen“ und „Intelligenz, Begabung“ mit Anteilswerten von über 95 Prozent eine sehr wichtige bzw. wichtige Rolle zugeordnet. Allerdings wird „Beziehungen, Protektion“, „soziale Herkunft“ und „Geld, Vermögen“ auch ein hohes Gewicht zugeordnet, und der Faktor „soziale Herkunft“ ist seit 2006 der einzige mit einem Anstieg in der empfundenen Bedeutung.⁶

Armut ist in erster Linie ein unzureichendes Ergebnis der Marktverteilung

In der Debatte um Einkommensarmut wird – gerade wenn sie sich auf die Verteilungsmaße der Armutsrisikoquote und des Gini-Koeffizienten stützt – in der Regel auf die Ergebnisse der Umverteilung geachtet. Zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit sozialpolitischer Maßnahmen ist dies durchaus angemessen⁷; allerdings versperrt der Blick auf die Sekundäreinkommensverteilung den Blick auf die Ursachen von Armut und Ungleichheit: Die Notwendigkeit der sozialstaatlichen Korrektur der Primär-

einkommensverteilung setzt schließlich deren Ungleichheit voraus. Da in einer kapitalistischen Ökonomie für den übergroßen Teil der Gesellschaft eine abhängige Beschäftigung die entscheidende Quelle ist, um ein Markteinkommen zu erzielen, betrachtet der 5. ARB stärker als seine Vorgänger die Veränderungen in der Lohnarbeit, die sich in den letzten Jahrzehnten stärker ausdifferenziert hat.

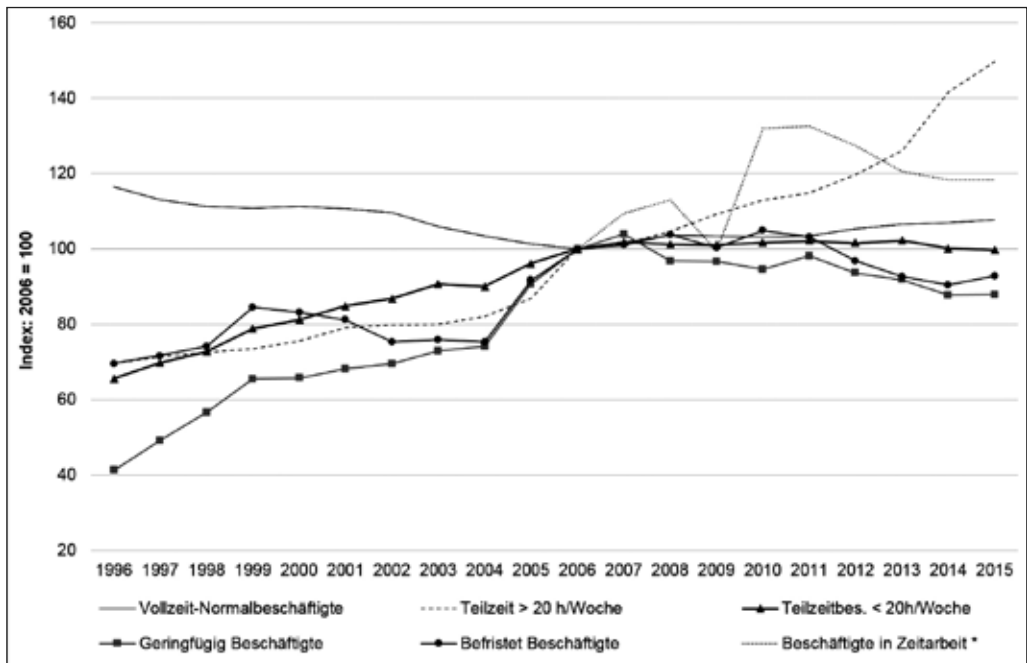
Diese Ausdifferenzierung wird unmittelbar erkennbar anhand der unterschiedlichen Entgeltentwicklung in den einzelnen Branchen. Sie schlägt sich aber auch darin nieder, dass Erwerbstätigkeit zwar ein notwendiges, aber in den letzten Jahren kein hinreichendes Mittel mehr zur Überschreitung der Armutsrisikoschwelle gewesen ist: Der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die bei einer Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens erzielt haben, liegt selbstverständlich weit unterhalb der allgemeinen Armutsrisikoquote. Jedoch ist in allen verfügbaren Datenquellen bis zum Jahr 2014 ein Anstieg zu beobachten gewesen (vgl. 5. ARB, S. 560ff). Entsprechend ist der Niedriglohnbereich – also das Segment der Beschäftigten, die weniger als zwei Drittel des Medianverdienstes erzielen – ebenfalls gestiegen: War Mitte der 1990er Jahre noch jeder sechste Arbeitnehmer in diesem Segment tätig, so war es zu Beginn der 2010 Jahre knapp jeder Vierte (vgl. 5. ARB, S. 65ff). Die nachlassende Tarifbindung hat hierzu beigetragen, wie auch der internationale Vergleich zeigt: Je höher der Anteil der Tarifbeschäftigten ist, umso geringer ist der Umfang des Niedriglohnsektors.

Auch der Ausweitung der atypischen Beschäftigung, also von Beschäftigungsverhältnissen, die von dem Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses abweichen, wird in der kritischen Arbeitsmarktforschung ein negativer Effekt auf die Lohnentwicklung zugeschrieben. Unabhängig von dieser empirisch nicht zu beantwortenden Frage ist atypische Beschäftigung, deren sozial- (geringfügige Beschäftigung) oder arbeitsrechtliche Behandlung (befristete Beschäftigung) abweicht, die unsicher ist (Arbeitnehmerüberlassung) oder mit einem geringeren Stundenumfang (Teilzeit) einhergeht, mit ver-

5 approxima (2016): Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland, Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „ARB-Survey 2015“, Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 26ff

6 IAW (2016): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung), Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 221ff

7 Im 5. ARB stellt der Indikator „Wirkung von Sozialtransfers“ für unterschiedliche, nach Alter, Geschlecht, Haushalt- und Erwerbsstatus, etc. differenzierte soziale Gruppen das Risiko der Einkommensarmut in einer fiktiven Situation ohne Sozialtransfers dar, und vergleicht, wie durch die Sozialtransfers das Risiko der Einkommensarmut reduziert wird. Im Durchschnitt der Bevölkerung wird die Armutsrisikoquote um rund ein Drittel reduziert.



schiedenen Risiken verbunden. Das BMAS hat daher Studien zur Vorbereitung des 5. ARB in Auftrag gegeben, in denen eine repräsentative Stichprobe von Beschäftigten der Geburtsjahrgänge 1944 bis 1986 untersucht wurde.⁸ Beide Forschungsvorhaben kommen zu dem Ergebnis, dass zumindest in der kurzen und mittleren Frist negative Effekte gegeben sind. Bei sämtlichen Formen ist von einem „Einsparereffekt“ auszugehen, d.h., die atypische Beschäftigung erhöht zum einen das Arbeitslosigkeitsrisiko, und verringert zum anderen die Wahrscheinlichkeit, in Zukunft in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt zu sein. Auch die Betroffenheit von atypischer Beschäftigung ist untersucht worden: Sie hat im Längsschnitt zugenommen, so dass bei jüngeren Beschäftigten die Wahrscheinlichkeit gestiegen ist, Phasen atypischer Beschäftigung aufzuweisen. Allerdings sollte man daraus keinen linearen Trend ableiten: Die Entwicklung seit Ende der 2000er Jahre zeigt,

dass bei konjunktureller Erholung und hoher allgemeiner Beschäftigung gerade diejenigen Formen atypischer Beschäftigung zurückgehen, die typischerweise nicht freiwillig gewählt werden, wie befristete Beschäftigung und Arbeitnehmerüberlassung, während die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse bei gestiegener Verhandlungsmacht der Beschäftigten steigt.

Diese Entwicklung sollte als allgemeines Fazit für die Verhältnisse, über die der ARB berichtet, beherzigt werden: Sie sind nicht unveränderlich, sondern politisch gestaltbar – und der ARB kann Argumente liefern, warum dies notwendig ist. ■

8 Stephan Thomsen et al., „Risiken verschiedener atypischer Beschäftigungsformen für die berufliche Entwicklung und das Erwerbseinkommen im Lebensverlauf“, Berlin 2016: Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, „Risiken atypischer Beschäftigungsformen für die berufliche Entwicklung und Erwerbseinkommen im Lebensverlauf“, Berlin 2016: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Beide sind abrufbar auf der ARB-Homepage <http://www.arb-muts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Studien/studien.html>

Rezensionen: Jenny Marx / Heinrich Heine

von Thilo Scholle¹

Im Frühjahr 2017 fand Raoul Pecks Film „Der junge Marx“ einige öffentliche Beachtung. Besonders hervorgehoben wurde im Film auch der enge und partnerschaftliche Umgang von Marx und Engels mit ihren Ehefrauen bzw. Lebensgefährtinnen, Jenny von Westphalen und Mary Burns. Während manche verbreitete Meinung Marx als Privatperson als eher egoistischen und in Bezug auf den Lebensstil in bürgerlichen Umgangsformen verhafteten Menschen zeichnen, war die Darstellung im Film – bei aller klassischen Rollenverteilung im Haushalt – doch zumindest auch die eines vertrauten politischen Paares.

Dem Leben der Jenny Marx widmet sich die vorliegende Biographie von Angelika Limmroth. Jenny wurde am 12. Februar 1814 in Salzwedel als ältestes Kind des Landrats Ludwig von Westphalen und seiner Frau Caroline geboren. Ihr jüngerer Bruder Ferdinand sollte es später bis zum preußischen Innenminister bringen – eine durchaus problematische Verbindung zu seiner mit dem berühmten Revolutionär Marx verheirateten Schwester. Zu den Bekannten der Familie von Westphalen in Trier gehörte bald die Familie Marx. Deren 1818 geborener Sohn Karl ging als Jugendlicher ebenfalls im Hause Westphalen ein und aus. Eine erste Verlobung mit einem jungen Leutnant im Jahr 1831 löste Jenny bald wieder. Ihr Interesse galt dem vier Jahre jüngeren Karl Marx. Im Herbst 1836 verlobten sie sich heimlich. Karl ging bald darauf als Student nach Berlin, später nach Bonn. Die Beziehung blieb viele Jahre im Verborgenen, erst 1843 heirateten beide. Karls erste politische Schritte als Redakteur der Rheinischen Zeitung lagen da schon hinter ihm, kurz nach der Hochzeit ging es bereits ins Pariser Exil. Die folgenden Jahre sollten geprägt sein von steter Unruhe: Marx politische Arbeit sorgte kaum für ein normales Einkommen, und bedeutete zudem auch die stetige Sorge vor Ausweisung und dem damit verbundenen Zwang zum Neuaufbau der Existenz. So musste die junge Fami-

lie Paris bereits 1845 verlassen und ins Brüsseler Exil gehen. 1848 aus Belgien ausgewiesen und wieder in Paris, ging es 1849 nach London, wo die Familie sich endlich dauerhaft niederlassen konnte. Jenny Marx starb am 2. Dezember 1881, zwei Jahre vor ihrem Ehemann.

Rolf Hecker / Angelika Limmroth (Hrsg.)

Jenny Marx – Die Briefe



Karl Dietz Verlag,
Berlin 2014
607 Seiten, 39,90 €

Angelika Limmroth

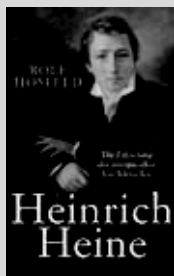
Jenny Marx – Die Biographie



Karl Dietz Verlag,
Berlin 2014
303 Seiten, 24,90 €

Rolf Hosfeld

Heinrich Heine – Die Erfindung des europäischen Intellektuellen



Siedler Verlag,
München 2014
509 Seiten, 24,99 €

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Angelika Limmroth beginnt ihre Darstellung mit einem Prolog, dessen Überschrift bereits Auskunft über die Grundmelodie des Bandes gibt: „Und der Mohr ist auch gestorben“. Sie bezieht sich damit auf einen Satz, den Friedrich Engels nach Jennys Beerdigung den Töchtern gesagt haben soll: Marx, der „Mohr“, hatte einen Teil von sich selbst verloren. Letztlich zeichnet Limmroth im Band durchaus das nach, was Engels in der Grabrede ebenfalls über Jenny formulierte: „Was eine solche Frau, mit so scharfem und so kritischen Verstande, mit einem politisch so sicheren Takt, mit solch einer leidenschaftlichen Energie, solch großer Kraft der Hingabe, in der revolutionären Bewegung geleistet, das hat sich nicht an die Öffentlichkeit vorgedrängt, ist niemals in den Spalten der Presse erwähnt worden. Was sie getan hat, wissen nur die, die mit ihr gelebt haben. Aber ich weiß, dass wir oft ihre kühnen und klugen Ratschläge vermissen werden – kühn ohne Prahlerei, klug, ohne der Ehre je etwas zu vergeben“.

Im Weiteren folgt die Autorin chronologisch Jennys Lebensweg: Von der Herkunft ihrer Familie über die Jugendzeit in Trier bis hin zum Beginn ihrer Liebesbeziehung zu Karl Marx und den Jahren in Paris, Brüssel und London. Dabei gelingt es ihr, die tiefe Verbundenheit beider deutlich zu machen. Die Verbindung beider wird als ein letztlich – trotz einiger Tiefen – bis zum Lebensende inniges Verhältnis beschrieben. Darüber hinaus zeigt die Autorin Jenny Marx als politische (Mit-)Denkerin von Marx. Nicht nur im Sinne der weithin bekannten Entzifferungsmeisterin von Karls unleserlicher Handschrift, sondern seit Beginn der Beziehung als teilnehmende Beobachterin der politischen Lage und der Situation von Marx und seinem Umfeld. Auch wenn die Autorin an einigen Stellen eher spekulativ Jennys jeweiligen Gemüts- oder Gedankenzustand beschreibt, ist ihr insgesamt eine Biographie gelungen, die Jenny Marx als eigenständigen politischen Menschen und nicht nur als Teil der Biographie ihres Mannes herausstellt.

Diese Einordnung Jennys lässt sich auch durch den gewissermaßen als Teil 2 zur Biographie dienenden Briefband gut nachvollziehen. Die dort versammelten 329 Schriftstücke ent-

halten neben vielem alltäglichen – Mahnschreiben zu nicht gezahlten Rechnungen, die Organisation von Umzügen und anderem – auch interessante und lesenswerte Eindrücke von Jenny zu aktuellen politischen Ereignissen. Dies betrifft dabei nicht nur die 25 Briefe, die sich an Karl Marx richten, sondern auch weitere Texte. Sie zeigen Jenny Marx als eine kluge Frau, die sich ihres zeitgenössischen politischen Umfelds sehr bewusst ist, und oft auch in Vertretung Karls politische Fragen mit den Briefpartnern erörtert. Die – meist bereits an anderer Stelle veröffentlichten Briefe – sind jeweils mit Anmerkungen der Herausgeber versehen. Diese bleiben jedoch sehr knapp, ohne die vorherige Lektüre der Biographie Jennys dürfte dem Lesenden doch vieles unklar bleiben.

Das demokratisch-frühsozialistische politische Umfeld in Marx' frühen Pariser Exiljahren wird im Film ebenfalls ausführlich beschrieben. Die Figur Heinrich Heine bleibt dabei eher unterbelichtet. Eine ausgesprochen gut geschriebene und sehr lesenswerte Heine-Biographie hat Rolf Hosfeld vorgelegt, der in ähnlicher gelungener Weise zuvor bereits Biographien zu Marx selbst sowie zu Kurt Tucholsky vorgelegt hatte. Sehr detailliert zeichnet er dabei sowohl die Entwicklung des Dichters Heine wie auch des politischen Intellektuellen Heine nach. Politisch ordnet der Autor Heine als einen „frühen Sozialdemokraten“ ein – hier verstanden auch in Abgrenzung zu radikalen kommunistischen Ausrichtungen. Intensiv einbezogen wird Heines Auseinandersetzung mit und Prägung durch die zeitgenössische Philosophie, insbesondere mit Bezug auf das Denken Hegels. Deutlich wird zudem Heines Bedeutung auch in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich. Der Untertitel des Bandes „Die Erfindung des europäischen Intellektuellen“ wird so durch den Gang der Darstellung untermauert.

So gelingt Hosfeld nicht nur ein schönes Portrait des großen Dichters und sozialen Demokraten Heinrich Heine, sondern zugleich auch ein Beispiel für die intellektuelle Entwicklung eines linken politischen Intellektuellen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. ■

Rezension: Transformation – Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs

von Thilo Scholle¹

Bereits seit einigen Jahren führen Michael Brie und andere Akteure aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) eine Debatte um die politisch-analytische Relevanz und inhaltlich-strategische Auffüllung des Begriffs der „Transformation“.² Inhaltlich handelt es sich um einen Vorschlag v.a. an die Partei Die Linke für einen handlungsleitenden Mittelweg zwischen revolutionärem Anspruch und einer reformistischen Gestaltung des Bestehenden, die keine Perspektive einer grundsätzlichen Änderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bietet. Einzelne Beiträge zur Diskussion füllen bereits eine ganze Reihe von Bänden.

Hintergrund des vorliegenden Sammelbandes ist eine gemeinsame Konferenz von der RLS und dem „Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien“ aus dem Jahr 2015. Ziel war nach Angaben der Herausgeber, zu einer größeren terminologischen und theoretisch-konzeptionellen Klarheit zu kommen und dem Transformationsdiskurs eine neue Richtung zu weisen: „Es ist offensichtlich, dass die sich vollziehenden oder anstehenden gewaltigen – globalen wie regionalen oder lokalen – Umbrüche so auf den Begriff gebracht werden müssen, dass eingreifende, gestaltende Praxis befördert wird.“ Die im Band versammelten insgesamt 15 Beiträge nähern sich diesem Anspruch auf sehr unterschiedliche Weise – und mit einem unterschiedlichen Grad an Überzeugungskraft.

In einem einleitenden Beitrag gibt der Mitherausgeber Michael Thomas zunächst einige Stichpunkte zur Transformationsdebatte. „Kritische Transformation“ müsse als „Große Transformation“ gedacht werden – erst der Bruch mit alten Rationalitätsmustern erlaube einen Zu-



gang zur Fragestellung. Transformation bedeute in einem umfassenden und komplexen Sinn einen Pfadwechsel im Entwicklungsmodus: „Solche Übergangsprozesse zeigen dann ihr transformatorisches Potenzial, wenn die Konstitution entsprechender sozialer Beziehungen gelingt, wenn also ein konkreter wie komplexer Ausgangspunkt gefunden wird, in bzw. aus dem eine Transformation von Sozial- und Naturbeziehungen aufzuzeigen ist.“ Rolf Reißig arbeitet in seinem Beitrag drei Merkmale von Transformation heraus: das Ziel des gesellschaftlichen Pfadwechsels statt bloßer Modifikation; ein eingreifendes, gestaltendes Handeln von Akteuren; eine Orientierung auf die Zukunft, nicht als rationale Umsetzung eines feststehenden Masterplans, sondern als „offener Suchprozess nach gesellschaftlichen Alternativen in einem neuen Möglichkeitsraum“. Aktuell gehe es vor allem um Transformation als Veränderungs- oder Stabilisierungsdiskurs. Reißig diskutiert dies an den unterschiedlichen Varianten ökologischer Entwicklung. Nötig sei ein neues Konzept von Entwicklung und Wachstum. Ein neues zentrales Handlungssubjekt sieht der Autor nicht: „Eher sehen wir eine Vielzahl von

¹ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

² Siehe dazu zuletzt Thilo Scholle, Sammelrezension: Kritische Transformationsforschung, spw 4/2016.

Wandlungspotenzialen in der Gesellschaft und eine Vielzahl heterogener individueller und kollektiver Akteure in Gestalt vieler Einzelner, gesellschaftlicher Interessengruppen, sozialer Bewegungen, von Organisationen, Verbänden und intellektuellen Diskursgemeinschaften mit Blick auf einen Richtungswandel.“ Ob und wie daraus wirksame Transformationskoalitionen entstehen könnten, müsse die Transformationsforschung beschäftigen. Reißig selbst schlägt die Perspektive einer „Solidarischen Teilhabegesellschaft“ vor.

Jan Turowski widmet sich der Frage, in welchem Verhältnis Transformationsdiskurse und Transformation zueinander stehen. Dabei macht er drei Varianten von Transformationsdiskursen aus: „Verhinderungsdiskurse“, beispielsweise von neoliberalen Thinktanks zum Thema Klimawandel; „Systemstabilisierende Transformationsdiskurse“ – die notwendige Transformationen in einigen gesellschaftlichen Teilbereichen verhandelten, aber ein neues gesellschaftliches Naturverhältnis gerade vermeiden würden; sowie „Systemüberwindende Transformationsdiskurse“, die sich um Fragen der Überwindung des vorherrschenden Wirtschafts- und Sozialsystems formierten.

Ulrich Brand macht sich daran, ein „kritisch-emanzipatorisches Transformationsverständnis“ zu skizzieren. Entscheidend sei, dass es „neben Nischen und Experimentierfeldern sowie deren Ausweitung auch anderer Modi und Logiken gesellschaftlicher Reproduktion“ bedürfe, und nicht mehr die auf Akkumulation und Herrschaft setzende Krisen, Verelendung und Zerstörung in Kauf nehmende kapitalistische Transformationsdynamik.

Mario Candeias versucht, den Begriff des „Transformation Organizing“ – verstanden als eine stärkere Bildung von und Verankerung in „Solidarnetzwerken“ – für die politische Strategie und Praxis der Linkspartei nutzbar zu machen. Im abschließenden Beitrag des Bandes verschiebt Dieter Klein den Fokus von der Perspektive auf die unterschiedlichen „linken“ Akteure des Wandels hin zur Frage, ob Teile der Machteliten in der Lage sein werden, „sich den Krisen des 21. Jahrhunderts auf neue Weise zu

stellen.“ Zu ermitteln sei, ob unter dem Druck der ungelösten Probleme und der Stärkung der gesellschaftlichen Linken „und aller anderen demokratischen alternativen Akteure“ dann „flexible Fraktionen des herrschenden Blocks Elemente einer postneoliberalen, sozial und ökologisch orientierten Transformation im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen hervorbringen und mittragen“ könnten. Historische Referenzfolie für Klein ist hier der New Deal in den USA der 1930er Jahre. Grundsätzlich plädiert Klein für ein Verständnis von Transformation als „Doppelte Transformation“ – dass eine systeminterne Transformation bereits der Einstieg in eine Große Transformation sein müsse. „Wenn die ganze menschliche Zivilisation in Gefahr ist und damit auch Grundlagen des Kapitalismus und der Lebensweisen der Herrschenden selbst bedroht sind, kann dies zu autoritären und destruktiven Reaktionen, aber auch zu einer Umkehr flexibler Fraktionen im Machtblock führen.“

Die im Band versammelten Beiträge bieten einen interessanten Einblick in die Debatten zum Stichwort „Transformation“, ohne über den in den bisherigen Bänden abgebildeten Diskussionsstand wirklich weiter hinaus zu gehen. Grundsätzlich ist die Idee, mit dem Begriff der „Transformation“ die politisch-strategisch wenig weiterführende Entgegensetzung von Reform und Revolution zu überwinden, hilfreich. In weiteren Beiträgen im Band wird zudem versucht, die Relevanz von Alltagspraxis mit in die Diskussion einzubringen. Die Debatte um „Transformation“ ist damit wesentlich konkreter als viele andere sehr abstrakte Debatten um Veränderung im linken politischen Raum. Es bleibt allerdings der Eindruck, dass die theoretische Grundlegung nun weitgehend erfolgt ist, und die im Band aufgeworfene Frage offen bleibt, ob und wenn ja wie diese Überlegungen nun tatsächlich von Akteuren in der politischen Praxis aufgegriffen werden. ■

DL 21 Aktuell

DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE DIE LINKE IN DER SPD.

Mut zu Rot-Rot-Grün

von Hilde Mattheis¹

In knapp drei Monaten findet die Bundestagswahl statt. Die Kampagne unseres Spitzenkandidaten, Martin Schulz, steht unter dem Motto „Gerechtigkeit“. Das ist erfreulich, denn Gerechtigkeit ist der Markenkern unserer Partei. Und wie Wahlanalysen zeigen, schneiden wir bei Wahlen immer dann besonders gut ab, wenn uns die WählerInnen auf diesem Politikfeld hohe Kompetenzwerte zuschreiben. Die Einführung einer Familienarbeitszeit, das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Abschaffung der Abgeltungssteuer sind daher wichtige Punkte, um das Schlagwort Gerechtigkeit mit Inhalten zu füllen. Themen, die uns Linken in der Partei darüber hinaus besonders am Herzen liegen sind die Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 50 Prozent, die Einführung einer Vermögensteuer sowie einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung, in der alle Einkommensarten verbeitragt werden und bei der die Bemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben wird.

Um diese Anliegen durchzusetzen, werden wir nach der Wahl auf Koalitionspartner angewiesen sein. Hier stellt sich die Frage, mit wem wir die meisten der oben genannten Forderungen durchsetzen können. Dass unsere Möglichkeiten in der großen Koalition begrenzt sind, hat diese Legislaturperiode mehrfach deutlich gezeigt – sei es im Bereich Arbeit und Soziales, bei der Gleichstellung oder bei der Asylpolitik. Aus der Parteispitze wurde in den vergangenen Monaten mehrfach die Option einer Ampel ins Spiel gebracht, während ein rot-rot-grünes Bündnis mit Verweis auf die außen- und sicherheitspolitischen

Positionen der Linkspartei kritisch beurteilt wurde. Vor allem die Person Sahra Wagenknecht scheint für manch einen die Personifizierung des Bösen zu sein. Aber haben wir mit den notorischen Steuersenkern der FDP oder einem Joachim Hermann mehr Gemeinsamkeiten als mit der Fraktions-Vorsitzenden der Linkspartei? Wir dürfen bei aller Kritik und allen Fragen, die bei Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Linken und Grünen zu klären wären, nicht vergessen, dass es in der Linkspartei zahlreiche Strömungen mit sehr unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen gibt. Mit vielen von ihnen loten wir seit Jahren Möglichkeiten einer Zusammenarbeit aus. So haben wir als DL21 zahlreiche rot-rot-grüne Podiumsdiskussionen abgehalten. Über 100 VertreterInnen der Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und Linken haben sich auf Einladung ihrer stellvertretenden Vorsitzenden seit Ende letzten Jahres mehrfach getroffen, um Gemeinsamkeiten für eine potenzielle progressive Koalition herauszuarbeiten. All diese Gespräche laufen konstruktiv und sehr fruchtbar ab.

Wenn wir es mit unseren oben genannten Vorhaben ernst meinen, sind Grüne und Linke die Parteien, mit denen wir unsere Vision für eine gerechtere Gesellschaft am ehesten wahr werden lassen können. Daher sollten wir uns mutig zu dieser Koalitionsoption bekennen. ■

¹ Hilde Mattheis, MdB, ist Vorsitzende der DL21 und stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg.

WSI-Studie

Nicht nur mehr Geld: Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit von Niedriglohnbeschäftigten mit Mindestlohn verbessert

Der gesetzliche Mindestlohn hat die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit von Beschäftigten im Niedriglohnsektor positiv beeinflusst. Das betrifft nicht nur die bessere Bezahlung. Beschäftigte, die vom Mindestlohn erfasst sind, konstatieren zwar oft gestiegene Ansprüche an ihre Arbeit, aber auch eine größere Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, ein verbessertes Betriebsklima und höhere Wertschätzung durch Vorgesetzte. Das zeigt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

„Die gestiegene Arbeitsplatzqualität und -zufriedenheit der Mindestlohnempfänger ist ein weiteres Argument, das zu einer insgesamt positiven Bewertung des gesetzlichen Mindestlohns beiträgt“, schreiben WSI-Arbeitsmarktforscher Dr. Toralf Pusch und Dr. Miriam Rehm von der Arbeiterkammer Wien in ihrer Untersuchung, die in der Fachzeitschrift „Wirtschaftsdienst“ erscheint. Dafür haben die Wissenschaftler detaillierte Befragungsdaten von mehr als 340 Beschäftigten ausgewertet, die 2014 weniger als 8,50 Euro in der Stunde verdienten und nach dem 1.1. 2015 im gleichen Job weiterarbeiteten. Die Daten stammen aus dem Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS), für das die Bundesagentur für Arbeit repräsentativ ausgewählte Niedriglohnbeschäftigte jedes Jahr befragt. Um kontrollieren zu können, welche Effekte wirklich auf dem neuen Mindestlohn beruhen, verglichen Pusch und Rehm die Antworten der zum Mindestlohn Beschäftigten mit denen von rund 440 vergleichbaren Arbeitnehmern, die 2014 zwischen 8,50 und 13 Euro in der Stunde erhielten.

Die zentralen Ergebnisse: Der Mindestlohn greift – meistens

Von 2014 auf 2015 stieg der Stundenlohn der befragten Niedrigstverdiener beträchtlich: von

durchschnittlich 6,70 Euro brutto pro Stunde auf im Mittel 8,20 Euro. Der Mittelwert unterhalb von 8,50 Euro zeigt zwar, dass der Mindestlohn im Jahr seiner Einführung noch nicht überall gezahlt wurde. Die Verbesserung um gut 22 Prozent übertraf trotzdem das durchschnittliche Lohnwachstum in der Vergleichsgruppe (3,7 Prozent) um ein Vielfaches.

Mehr Einkommen bei kürzerer Arbeitszeit

Entsprechend wuchs der durchschnittliche monatliche Verdienst der Mindestlohn-Beschäftigten spürbar – von durchschnittlich 839 auf 994 Euro. Und das, obwohl die Befragten im Mittel pro Woche anderthalb Stunden weniger arbeiteten. Der Anteil der Beschäftigten mit überlangen Arbeitswochen von mehr als 45 Stunden ging deutlich zurück, während er in der Kontrollgruppe anstieg. In den geringeren Arbeitszeiten sehen die Forscher einen wichtigen Grund dafür, dass die Befragten der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie nach Einführung des Mindestlohns signifikant bessere Noten geben als zuvor.

Verdichtung, aber auch Aufwertung der Arbeit

Vor Einführung des Mindestlohnes hatten manche Ökonomen dramatische Beschäftigungsverluste prognostiziert. Diese blieben ebenso aus wie drastische Preissteigerungen. Offensichtlich ist es vielen Arbeitgebern gelungen, die höheren Lohnkosten auszugleichen, etwa durch eine höhere Produktivität. Indizien dafür erkennen Pusch und Rehm in den PASS-Daten: Mindestlohn-Beschäftigte berichten über mehr und anspruchsvollere Arbeit. Zugleich geben sie an, seltener in ihrer Tätigkeit gestört zu werden. Außerdem empfinden sie das Klima zwischen ihren Kollegen und das Verhältnis zu Vorgesetzten als besser – lauter Trends, die sich bei der Kontrollgruppe nicht so ausgeprägt zeigen. Lediglich ihre Aufstiegschancen schätzen Mindestlohn-Beschäftigte etwas negativer ein als Angehörige der Kontrollgruppe.

„Diese Erkenntnisse können als Anhaltspunkte gewertet werden, dass Unternehmen einerseits auf Arbeitsverdichtung und anderer-

seits auf verstärkte Motivation setzen“, schließen Pusch und Rehm. So würden gering bezahlte Tätigkeiten etwa durch bessere Organisation „aufgewertet“. Unter dem Strich empfänden das die Mindestlohn-Beschäftigten als überwiegend positiv.

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung

Online-Artikel von Michael Vester

Michael Vester setzt sich in seinem Online-Beitrag u.a. mit dem Mobilisierungspotential des Rechtspopulismus in den sozialen Milieus und gesellschaftspolitischen Lagern auseinander. Der Mitherausgeber der spw differenziert das rechtspopulistische Wählerpotential in ein rebellisch-autoritäres und ein resigniert-autoritätsgebundenes Lager aus und arbeitet deren jeweilige sozialstrukturelle Verortung und Traditionslinien heraus. Hierzu vergleicht er die Befunde und die Methodik eigener Untersuchungen zu den sozialen Milieus mit der Mitte-Studie von Heitmeyer u.a. sowie der Studie von Decker et. al. und formuliert eine strategische Schlussfolgerung zu den Mobilisierungspotentialen für eine solidarischere

Politik durch die SPD. Seine Analyse macht sichtbar, dass die Resigniert-Autoritätsgebundenen – im Gegensatz zur sozialdarwinistisch eingestellten Gruppe der Rebellisch-Autoritären – durch eine Politik sozialer Sicherung angesprochen und teilweise auch von der SPD zurückgewonnen werden könnte. Die Verortung der Lager im sozialen Raum und die Schwerpunkte des rechtspopulistischen Wählerpotentials widerlegen zum einen die These von der AfD als eine Art Staubsaugerpartei, die aus allen Milieus und Lagern (gleichermaßen) Wähler anziehe. Zum anderen ordnet sie die Beobachtungen von Didier Eribon richtig ein, die in der Debatte häufig als ein rechtspopulistischer Siegeszug bei allen Arbeitern fehlinterpretiert werden.

► http://spw.de/data/michael_vester.pdf

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Max Reinhardt, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder, Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache • Tel.: +49 177 -525 049 8 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. © spw-Verlag/Redaktion GmbH 2017. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis: S. 67 © ferkelraggae - Fotolia.com

Satz und Druck: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, 1.-3. Tausend, Juni 2017

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Werner Ruf
Islamischer Staat & Co.
Profit, Religion und globalisierter Terror
Neue Kleine Bibliothek 225
156 Seiten | € 13,90 | 2017
ISBN 978-3-89438-618-4 | PapyRossa Verlag



Aaron Tauss (Hrsg.)
Sozial-ökologische Transformationen
Das Ende des Kapitalismus denken
208 Seiten | € 19,80 | 2016
ISBN 978-3-89965-698-5 | VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Neva Löw
Wir leben hier und wir bleiben hier!
Die Sans Papiers im Kampf um ihre Rechte
159 Seiten | € 19,90 | 2013
ISBN: 978-3-89691-945-8
Westfälisches Dampfboot



Patrick Schreiner
Warum Menschen sowas mitmachen
Achtzehn Sichtweisen auf das Leben im Neoliberalismus
Neue Kleine Bibliothek 240
164 Seiten | € 13,90 | 2017
ISBN 978-3-89438-632-0 | PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

Klaus Busch/Axel Troost/ Gesine Schwan/ Frank Bsirske u.a.
Europa geht auch solidarisch!
Streitschrift für eine andere Europäische Union
88 Seiten | € 7,50 | 2016
ISBN 978-3-89965-745-6 | VSA-Verlag



Wulf D. Hund
Negative Vergesellschaftung
Dimensionen der Rassismusanalyse
2. erweiterte Auflage
223 Seiten | € 24,90 | 2014
ISBN: 978-3-89691-634-1
Westfälisches Dampfboot

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

☐ Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

☐ Normal-Abo 39,00 € Inland (inkl. Versand);
37,00 € bei Bankeinzug)

☐ Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)

Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Abo per Fax: 0231 / 202 00 24 oder unter: www.spw.de